

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albrecht Vautl, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Ullrich, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Vautl & Co., Magdeburg, Große Wühlstraße 2. — Fernsprech-Nr. 4111 bis 4267. — Postzeitungsamt 2. Posttrafik-Bezirk Magdeburg. — Preis: monatlich 2,00 Mark, halbjährlich 1,00 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10spaltige 37 Millimeter breite Nonpareilzeile brüht 30 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreispaltige 30 Millimeter breite Nonpareilzeile brüht 100 Pf., auswärts 150 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Schlagwörter keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postkontonr. 123 Magdeburg

Nr. 151.

Magdeburg, Freitag den 2. Juli 1926.

37. Jahrgang

Vor der Entscheidung.

Die zweite Lesung des Fürstengesetzes ist zu Ende. Mehr mißmutig als freudig hat die Reichstagsvollversammlung diese Arbeit geleistet. Ueber die Ausschlußbeschlüsse hinaus ist weder von der Rechten noch von der Linken etwas erreicht worden. Die deutschnationalen Anträge verfielen ebenso wie die sozialdemokratischen und die kommunistischen der Ablehnung. Auch die Kommunisten ergaben sich trotz der pomphaft angekündigten Obstruktion in dieses Schicksal. Wo einer der kommunistischen Redner glaubte, die bürgerlichen Parteien wie eine kommunistische Parteiverammlung anreden zu können, versiel er stürmischer Heiterkeit.

Ein rheinischer Kommunist, der durch seine Gewalttaten gegen die deutsche Sprache mehr auffällt als durch seinen Klassenkampf, leistete sich die Drohung mit einem bewaffneten Aufstand. Die Rechte und die Mitte des Hauses quittierte dafür

mit tausendem Hohngeklächter.

Es ist tieftraurig, daß eine proletarische Partei im deutschen Parlament nicht mehr ernst genommen wird. Wie lange noch wollen die kommunistischen Arbeiter sich eine geistig so tiefstehende Vertretung gefallen lassen?

Wirft man in letzter Stunde noch einen Blick auf das Ergebnis, so zeigt sich kein erfreuliches Bild. Erreicht ist, daß der § 8 des Gesetzes den Wegfall der Zivillisten, Kronfidelskommisrenten, Kronnotationsrenten und ähnlicher Renten entschädigungslos festsetzt. Der deutschnationale Graf v. Merfeldt brachte die immerhin bemerkenswerte Leistung fertig, die Streichung dieser reinen Repräsentations- und Luxussummen als einen Vorstoß gegen das christliche Sittengesetz zu bezeichnen. Selbst der Zentrumsabgeordnete Schulze machte diese Sorte Christentum nicht mit. Man braucht wahrhaftig die protestantische Kirche zu ihren Vertretern im Reichsparlament nicht zu beglückwünschen. Den Gipfel überhöhter Taktik erreichte wieder einmal die kommunistische Partei. Sie

stimmte gegen diesen Paragrafen,

obwohl er der einzige im ganzen Gesetz ist, der eine Konzeption an die Forderung der entschädigungslosen Enteignung bedeutet. Wenn die Sozialdemokraten ebenso stimmen würden wie die Kommunisten, würden also die ehemaligen Fürsten alle ihre Millionen schwerer Repräsentationssummen in aller Zukunft weiter erhalten. Jedermann im Lande wird erkennen, daß diese kommunistische Taktik nicht mehr Politik, sondern glatter politischer Wahnsinn ist.

Simmer wieder gingen die sozialdemokratischen Abgeordneten Rosenfeld und Landsberg auf die Tribüne des Hauses, um für die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge einzutreten. Rosenfeld stritt dafür, daß alle Teile der fürstlichen Vermögen, die aus Gründen der Kultur, der Kunst und der Volksgesundheit dem deutschen Volke erhalten werden müßten, ohne jede Einschränkung entschädigungslos in das Volkvermögen übergehen sollen. Vergebens! Die Regierungsparteien stimmten selbst diese selbstverständlichen kulturellen Forderungen nieder.

Auch die sozialdemokratischen Anträge, die die verrückten Aufwertungen der Fürstenforderungen, die bis zu 1450 Prozent aufgewertet worden sind, in Zukunft verhindern sollen, verfielen der Ablehnung. Selbstverständlich hatten fast zu allen Paragrafen die Deutschnationalen Anträge gestellt, die weit über die Beschlüsse des Ausschusses hinaus den Fürsten alles zukommen lassen wollten, was diese etwa zu fordern geneigt sind.

Während der Reichstagsberatungen erschienen einige Deputationen

aus den Betrieben unter Führung von roten Frontkämpfern im Reichstag. Solche Delegationen wären unter Umständen sogar zu begrüßen, wenn sie in genügender Stärke und kluger Führung aufträten. Aber nicht einmal einen solchen Abordnungssturm wußten die Kommunisten zu organisieren. Wie stark wußten sie in jenen kritischen Wochen des Inflationsjahrs 1923 mit Deputationen den Reichstag zu bestürmen. Am Mittwoch aber war es ein ganz kümmerliches, ein klägliches Aufgebot von wenigen Arbeitern, das der Sache wieder einmal mehr geschadet als genützt hat.

Die Sozialdemokratie braucht aus ihren Reihen solche Abordnungen als Rückenbedeckung nicht. Sie ist genau über die Stimmung im Lande unterrichtet. Jeder der sozialdemokratischen Abgeordneten hat in den vergangenen Monaten beobachten können, mit welcher Hingabe und mit welchem glühenden Idealismus die Anhänger der Sozialdemokratie im Kampfe für den Volksentscheid gestanden haben. Keiner ihrer Abgeordneten wird diese Arbeit vergessen, auch wenn der 20. Juni uns keinen Erfolg gebracht hat. Alle sozial-

demokratischen Funktionäre, Mitglieder und Wähler werden auch die schwierige Lage ihrer Reichstagsfraktion zu würdigen wissen. Es ist nun einmal bedauerliche Tatsache, daß nach dem Scheitern des Volksentscheids

nur noch der parlamentarische Weg

bleibt. Daß die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Taktik auf dem rechten Wege ist, beweist die Tatsache, daß sie allein in der Opposition von links als Machtfaktor anerkannt wird. Niemand in der Reichsregierung, niemand in den bürgerlichen Parteien wartet auf die Neben und die Beschlüsse der Kommunisten.

Noch weniger freilich beachtet man den sagenhaften Ausschuß für Fürstenabfindung, der unter Führung einiger Berliner Literaten steht und seine politische Wirkung niemals über einen Teil der intellektuellen Groß-Berlins hinaus erstreckt hat. Dieser Ausschuß beweihräuchert sich selbst als Sieger. Trotzdem würde der Volksentscheid sicher nicht tausend Stimmen weniger erhalten haben, wenn dieser Ausschuß sich nicht betätigt haben würde.

In fieberhafter Spannung erwarten die Massen im Lande die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion. Wir halten es für richtig, daß sie die letzten Möglichkeiten der Verhandlungen ausschöpft und den Reichstag bis unmittelbar vor der dritten Lesung über ihre letzte Entscheidung im unklaren läßt. Diese Entscheidung muß am Donnerstagabend fallen. Die Fraktion wird lediglich nach sachlichen Erwägungen entscheiden. Dunkle Andeutungen von „Regierungskonsequenzen“ werden sie nicht beeinflussen. Sie trägt die Konsequenzen ihrer Entscheidung selbst. Bringt die Zustimmung die Sozialdemokraten mit einem „Nein“ an die Seite der Deutschnationalen gegen das Gesetz, so wird alle Welt begreifen, daß wir mit Nein stimmen, weil die Fürsten zuviel, die Deutschnationalen aber mit Nein votieren, weil nach ihrer Meinung die Fürsten zu wenig erhalten sollen.

Entscheidet sich die sozialdemokratische Fraktion, wofür uns die geringere Aussicht zu sprechen scheint, für Ja,

so muß sie aus überragend wichtigen politischen Erwägungen sich leiten lassen, die klar und offen sofort vor dem Lande darzulegen sind. —

Freitag Reichstagsabschluss.

Die Arbeiten des Reichstags sollen nach den Wünschen des Präsidiums unter allen Umständen am Freitag abgeschlossen werden. Es ist beabsichtigt, die noch zu erledigenden Rollfragen, falls das notwendig ist, in einer Nachsitzung vom Freitag zum Sonnabend abschließend zu beraten. Im wesentlichen hängt das von dem Ausgang der für Donnerstagabend nach dem Plenum angelegten entscheidenden sozialdemokratischen Fraktions-sitzung ab.

Verlagt die Sozialdemokratie dem Abfindungsgesetz ihre Zustimmung, dann dürfte die Reichsregierung wahrscheinlich auf eine Abstimmung über das Gesetz im Plenum verzichten und zu den angekündigten „Konsequenzen“ durch den Austritt des Gesamtkabinetts schreiten. In diesem Falle könnte die Rolldebatte am Freitag im Laufe des Tages stattfinden. Die weitere Entwicklung würde sich dann zwangsläufig aus den „Konsequenzen“ des Kabinetts ergeben.

Vor der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion werden mit den Regierungsparteien nochmals Verhandlungen über das Fürstenabfindungsgesetz stattfinden. Es verlaute, daß die Regierungs- und die Koalitionsparteien bereit sind, in bezug auf § 6 des Gesetzes, der von der Auktions-sprache, noch gewisse Zugeständnisse zu machen. Die Bestimmungen über das Reichsbergericht sollen jedoch keineswegs geändert werden, dagegen beabsichtigt man, der Sozialdemokratie in bezug auf die Zusammensetzung des Gerichtshofs vor der entscheidenden Abstimmung gewisse mündliche Zusicherungen zu machen. In sich ist das nichts Neues, nachdem der Reichskanzler bereits im Rechtsausschuß in diesem Sinne Erklärungen abgegeben hat.

Das Erwerbslosen-Notprogramm.

Zeit Monaten hält die Arbeitslosigkeit an. Während die Zahl der Konkurse zurückgeht und sich auch sonst Anzeichen dafür mehren, daß es mit der Gesamtwirtschaft wieder aufwärts geht, bleibt die Zahl der Erwerbslosen stabil. Gleichzeitig wächst die Zahl derer, die infolge Ueber-schreitung der Fristen keine Erwerbslosen-Unterstützung mehr erhalten. Weit über 1000 Arbeitslose dürften arbeitstätig ausgeteuert werden.

Die Sozialdemokratie hat es schon immer für ihre Pflicht gehalten, das Los der Erwerbslosen zu verbessern. Ihrem wiederholten Drängen ist es gelungen, die Erwerbslosen-Unterstützung, so unzureichend sie auch immer noch sein mag, gegenüber dem Jahre 1925 um rund 25 Prozent für den Durchschnitt der Erwerbslosen zu steigern. Sozialdemokratische Kommunalverwaltungen führen im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zahlreiche und umfangreiche Notstandsarbeiten aus, bei denen an 180000 Erwerbslose beschäftigt werden. Endlich ist es ihr jetzt auch gelungen, die übrigen Reichstagsparteien für die Sache der Erwerbslosen zu gewinnen, und der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags hat soeben dem Reichstag einstimmig

ein Notprogramm unterbreitet.

Nach diesem neuen Programm soll die Zahl der bei produktiven Notstandsarbeiten Beschäftigten auf mindestens 500000 Erwerbslose gesteigert werden. In Deutschland gibt es zurzeit eine Fülle von öffentlichen Aufgaben, die sofort und mit Nachdruck in Angriff genommen werden können. So legen die jetzigen Hochwasserschäden es nur zu nahe, mit Fluß- und Bachregulierungen sowie Stauanlagen und Schutzdeichen endlich den stets wiederkehrenden Hochwasserschäden vorzubeugen. Die umfangreichen Programme des Ausbaues der deutschen Wasserkraft sind noch immer zum großen Teile unausgeführt. Während die Wohnungsnot unermindert anhält, sind immer noch über 100000 Arbeiter des Baugewerbes erwerbslos. Die Motorisierung des deutschen Verkehrs wird durch den schlechten Zustand der deutschen Landstraßen gehemmt; die Elektrifizierung der Eisenbahn macht nur träge Fortschritte. In zahlreichen Fällen sind die aus der Vorkriegszeit vorhande-

nen Schiffsfahrtswege unzureichend geworden, und längst ausgearbeitete Kanalprojekte harren noch immer der Ausführung. Selt ist der Augenblick gekommen, um alle diese Arbeiten großzügig in Angriff zu nehmen.

Neben diesen Maßnahmen freilich müssen andre in Gang kommen. Die deutsche Handelspolitik muß endlich angefaßt einer Arbeitslosigkeit, die nach Millionen zählt, nach dem Grundfah geführt werden, daß es ihre Hauptaufgabe ist, den Export zu fördern und den feiernden Arbeitern der Exportindustrien Arbeit zu geben. Schon vor über einem Vierteljahr wies der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Simon (Franken) im Reichstag darauf hin, daß Hunderttausende von Arbeitern das Schicksal der Arbeitslosigkeit der Unzulänglichkeit unserer Handelspolitik zu danken hätten. In größerem Maße gilt das von den Auswirkungen des Kartellunfugs. Leider ist es der Sozialdemokratie nicht gelungen, die übrigen Parteien dazu zu bewegen, sich den sozialdemokratischen Richtlinien der Kartellpolitik anzuschließen. Dagegen ist jetzt einstimmig an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet worden, im Rahmen der deutschen Reparationen darauf hinzuwirken, daß ein Programm umfangreicher und

langfristiger Sachlieferungen

mit den Gläubigerstaaten vereinbart werde, um so aus der Last der Reparationen wenigstens den Vorteil stetiger Beschäftigung für einige Industriezweige zu gewinnen.

Außerdem fordert der Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses von der Reichsregierung wenigstens eine große Kredit-Enquete. Seit Monaten entstehen aus der Politik der Banken die schwersten Schädigungen für die deutsche Volkswirtschaft. Um diesem Uebel nach einer Seite abzuhelfen, fordert ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Auslandsanleiheperre für die Kommunen aufzuheben, soweit die kommunalen Aufsichtsbehörden der Länder dies zulassen. Die übrigen Parteien wären freilich auch hier für weitgehende zielbewusste Maßnahmen nicht zu gewinnen.

Dies Notprogramm dürfte an die Mittel der Reichsregierung verhältnismäßig hohe Anforderungen stellen. Se-

Das Recht der Heimatlosen.

Der Völkerrechtler Dr. Hans Wehberg schreibt uns: Im März dieses Jahres, in den Tagen der außerordentlichen Völkerversammlung, hatte ich mit Fr. Nansen in seiner Eigenschaft als Hilfskommissar des Völkerbundes für die Flüchtlinge eine eingehende Unterredung, in der Nansen davon zu überzeugen suchte, daß nicht nur die Frage der Flüchtlinge aus Rußland und Armenien, zu deren Schutz ja Nansen speziell vom Völkerbund eingesetzt worden ist, sondern der Schutz aller staatenlosen Personen die größte Aufmerksamkeit verdiene. Fr. Nansen stimmte meinen Ausführungen zu und stellte in Aussicht, sich mit allen Kräften für die heimatlosen Personen einzusetzen.

Die Bedeutung des Problems erkennt man, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es nicht nur in den Nachfolgestaaten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie, sondern überall in Europa, Amerika usw. viele tausende Personen gibt, die keinem Staate angehören,

weil sie nie eine Nationalität befreiten oder weil sie die bisherige Staatsangehörigkeit verloren haben, ohne eine andre zu erwerben. Diese Personen befinden sich von den verschiedensten Gesichtspunkten aus in einer sehr ungünstigen Lage. Wollen sie eine neue Heimat im Ausland antreten, so stellt ihnen niemand einen Paß aus. Haben sie irgendwelche Ansprüche an einen Staat zu richten, so nimmt sich keine Regierung ihrer an. Waren sie früher Beamte, so erhalten sie von keiner Regierung Pension.

Diese Zustände sind nicht nur durch die Unvollkommenheit und Fehlerhaftigkeit der jüngsten Friedensschlüsse und der Minderheitsverträge veranlaßt. Sie haben vielmehr ihre tiefste Ursache in dem Mangel einer einheitlichen internationalen Regelung des Staatsangehörigkeitsrechts und dem Fehlen einer internationalen Instanz zu seiner Auslegung. Das erkennt man besonders daraus, daß

Streitigkeiten über Staatslosigkeit

auch nach früheren Kriegen vorgekommen sind. Insbesondere haben über diese Frage zwischen Dänemark und Preußen bereits vor vielen Jahren Verhandlungen geschwieft.

Nun kann man natürlich nicht warten, bis das gesamte Recht der Staatsangehörigkeit international geregelt ist. Die schwierige Rechtslage der heimatlosen Personen erfordert eine baldige spezielle Regelung. Man braucht z. B. nur den Bericht des Weltgerichtshofs über seine Tätigkeit in den Jahren 1922 bis 1925 (S. 153—156) durchzulesen, um zu erkennen, wie verhältnismäßig zahlreich die Fälle sind, in denen sich staatenlose Personen (natürlich vergeblich) an den Weltgerichtshof gewandt haben. Mir ist auch bekannt, daß schon früher Anregungen an den Völkerbund ergangen sind, sich des Problems der Staatslosigkeit anzunehmen; aber bisher ist etwas Entscheidendes nicht geschehen.

Und doch muß man sich fragen, ob nicht zum mindesten die Frage der Ausstellung von sogenannten

Identitätsnachweisen,

die für die Staatenlosen die Bedeutung von Pässen haben, entsprechend einem Wunsche der jüngsten Paßkonferenz, einheitlich geregelt werden könnte. Bereits heute gibt es solche Identitätsausweise für die russischen und armenischen Flüchtlinge. Sie müßten aber auf alle Staatenlosen ausgedehnt werden. Jeder Staat müßte die Verpflichtung übernehmen, heimatlosen Personen, die in seinem Bereich ihren Wohnsitz haben, einen solchen Paß auszuhandigen. Ein weiterer Schritt wäre die eventuelle Ausstellung eines solchen Ausweises direkt durch den Völkerbund beziehungsweise durch das für diese Frage zuständige Internationale Arbeitsamt.

Über damit wäre auf die Dauer nur ein Teil der Schwierigkeiten gelöst. Das Ziel muß darauf hinausgehen, vermittels des Völkerbundes den Entwurf eines internationalen Abkommens vorzubereiten und einer Konferenz der Mitgliedstaaten vorzulegen, wonach im Rahmen der Völkerbundsorganisation eine internationale Kommission geschaffen wird, vor der alle Fragen betreffend Staatslosigkeit zu behandeln wären. Jeder Staatenlose müßte das Recht erhalten, vor dieser Kommission seinen Anspruch auf Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staate geltend zu machen.

Eine solche Kommission würde gewissermaßen die Vorläuferin eines internationalen Verwaltungsgerichtshofs für alle Fragen der Staatsangehörigkeit

des Minderheitenrechts

sein, und es würden ihr mit der Zeit weitere Aufgaben übertragen werden können. Die Kommission würde ferner zur Vereinfachung des Rechts der Staatsangehörigkeit wesentlich beitragen, da ja jede Entscheidung über Fragen der Staatslosigkeit die Vorentscheidung über zahlreiche grundsätzliche Probleme der Staatsangehörigkeit mit sich bringt. So wie die Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofs eher möglich war als die Kodifikation des Völkerrechts, so ist auch die Schaffung einer gerichtlichen Instanz über bestimmte Fragen der Staatsangehörigkeit leichter zu erreichen als die Festsetzung von allgemein gültigen Regeln über das Recht der Heimatlosen.

Ganz abgesehen aber von dieser Bedeutung für das Recht der Staatsangehörigkeit würde eine solche Kommission auch in sonstiger Beziehung von wesentlichem Einfluß sein:

Einmal würde die Tendenz, wonach auch Privatpersonen und Minderheiten unter bestimmten Voraussetzungen Rechte und Pflichten im Völkerrecht haben können, erheblich gefördert. Was

Wirtschaftskrise war es also die höchste Zeit, durchgreifendere Linderungsmaßnahmen als bisher für die Opfer zu ergreifen.

Neben der Verlängerung der Geltungsdauer der bisherigen Unterstützungsätze ist, wie wir erfahren, auf Drängen der Gewerkschaften für die Kurzarbeiter eine gewisse Verbesserung erreicht worden. Die Unterstützungsdauer erstreckt sich nicht mehr wie bisher nur auf 6 Wochen, sondern sie gilt für die ganze Dauer der Kurzarbeit. Die Geltungsdauer der bisherigen Unterstützungsätze ist deshalb bis tief in den Herbst hinein (bis Ende November) verlängert worden, weil man für die Lösung der mit der Umgestaltung der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge verbundenen Probleme genügend Zeit schaffen wollte.

In der Zwischenzeit gilt es nun, mit Hilfe des neuen Programms für die produktive Erwerbslosenfürsorge die Zahl der Arbeitslosen soweit als möglich zu vermindern. Für die Durchführung des produktiven Arbeitslosenprogramms wird ein unter der Führung des Reichsarbeitsministeriums stehender besonderer Ausschuß gebildet, der zur Vermeidung unnötigen Nebeneinanderarbeitens in den Ländern und Gemeinden eine möglichst einheitliche und systematische Regelung der produktiven Notstandsarbeiten in die Wege leiten soll. Nachdem nun alle Welt die Notwendigkeit einer umfassenden Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen eingesehen hat und übergroße Hindernisse nicht mehr zu überwinden sind, muß von dem Ausschuß rasche Arbeit verlangt werden. Auch ein Ausschuß kann Großes leisten, wenn er nur will.

Notstandsarbeiten der Reichsbahn?

Der Reichsarbeitsminister hat in seiner Stellungnahme zur Arbeitslosenfrage im Reichstag auch an die Reichsbahn appelliert, sich an den Notstandsarbeiten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu beteiligen. Wie wir dazu aus Eisenbahnerkreisen hören, wird die Forderung des Reichsarbeitsministers von den Eisenbahnerorganisationen lebhaft unterstützt. Eine neue Finanzierung vor allem der Bahnunterhaltungsarbeiten wäre die beste Vorbeugung gegen neue Personaleinsparungen.

Von den vor einigen Monaten für Bahnunterhaltungsarbeiten, Wohnungsbau und dergleichen vom Reich der Reichsbahn gegen Vorzugsaktien zur Verfügung gestellten 100 Millionen sind über 70 Millionen bereits verwendet worden. Tausende von Mitarbeitern konnten bei den Arbeiten beschäftigt werden.

Die Fortführung der Bahnarbeiten ist natürlich nur möglich, wenn das Reich abermals mit einem größeren Geldbetrag der Reichsbahn zu Hilfe kommt. Von sich aus kann die Reichsbahn nicht finanzieren. Sie hat erst vor kurzem 150 Millionen zur Stärkung des Betriebskapitals gegen Vorzugsaktien hereinnehmen müssen, weil die Einnahmen in der Zeit vom Januar bis April unter dem Vorschlag zurückgeblieben sind. Bei einer Weiterführung der bisherigen Bahnarbeiten würden mindestens 12—15 000 Arbeiter Beschäftigung finden.

Sektsteuer.

Im Rahmen des Steuermildergesetzes ist im März die Weinsteuern gefallen. Gleichzeitig wurde für Sekt die Vondersteuer wieder eingeführt, und zwar zu dem einheitlichen Satze von 1 Mark für die Flasche. Mit Rücksicht auf die verwaltungsrechtlichen Schwierigkeiten ist diese Neuregelung nicht sofort in Kraft getreten. Termin der neuen Steuerart war der 1. Juli.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß dieser einheitliche Satz ohne Rücksicht auf Preis und Qualität für einen sehr beachtenswerten Teil der deutschen Sektindustrie eine unentzählige Belastung und Erschwerung darstellt. Ausgehend von diesen Ermüdungen hatte vor kurzem deshalb die sozialdemokratische Fraktion angeregt, den einheitlichen Satz zu befeitigen und eine Steuerstaffelung auf der Grundlage des Verkaufspreises einzuführen. Vorgesehen war: Flaschenpreis bis 2,50 Mark 50 Pf., von 2,50 bis 5 Mark 1 Mark, darüber 2 Mark Steuer.

Dieser Versuch, der von einem Teil der Sektfabrikanten, und zwar von solchen, die hauptsächlich deutsches Produkt verwenden, lebhaft begrüßt wurde, schien zuerst auch bei den Parteien des Reichstags Gegenliebe zu finden. Es wurde verhandelt und man schien sich einig zu sein. Inzwischen war aber (nicht ohne Hilfe von Vertretern bürgerlicher Parteien) die Sektindustrie mobil geworden und sie hat es verstanden, sowohl im Finanzministerium als auch bei den bürgerlichen Parteien die ursprüngliche Geneigtheit für die Einführung einer gerechten Staffelung zu befeitigen.

Infolge dieses Widerstandes ist der sozialdemokratische Wunsch nach einem gerechten Steueransatz zurückgefallen geworden. Das Gesetz mit der einheitlichen Vondersteuer ohne Rücksicht auf Qualität und Preis tritt am 1. Juli in Kraft.

Sich kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß es durchaus möglich, ja sogar wünschenswert ist, die hierfür notwendigen

Mittel auf dem Anleiheweg zu beschaffen.

Die Reichsregierung verfügt über die Ermächtigung, bis zu 550 Millionen Reichsmark Kredite aufzunehmen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese Summe vollkommen ausreicht, um die Ausgaben zu bestreiten, die sich bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags aus dem großen Programm des Kampfes gegen die Erwerbslosigkeit ergeben. Demgemäß hat auch schon ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums im Volkswirtschaftlichen Ausschuß die Erklärung abgegeben, daß die große Aktion gegen die Arbeitslosigkeit an der Frage der Kosten nicht scheitern würde.

Überblickt man dies Programm in seiner Gesamtheit, so muß man sagen, daß vielleicht noch nie in einer Volkswirtschaft ein so umfangreicher Plan zur Bekämpfung der Krise aufgestellt worden ist wie dieser. Es genügt aber freilich nicht, daß nur die zentralen Instanzen des Reiches und der Länder Notstandsarbeiten in Gang setzen, sondern gerade in den Gemeinden muß es überall das Bestreben der Vertreter der Sozialdemokratie sein, im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge gegen die Krise am Arbeitsmarkt und gegen die Krise der deutschen Wirtschaft anzukämpfen und Werte schaffende Arbeit zu organisieren. Auch in finanzieller Hinsicht bietet schon die heutige Organisation der produktiven Erwerbslosenfürsorge den Kommunen umfangreiche Erleichterungen, und besondere Erlasse der Reichsarbeitsverwaltung sind in der letzten Zeit mit dem Ziele weiterer Erleichterungen an die nachgeordneten Behörden ergangen.

Unterstützungsabbau auf Umwegen.

Vor einigen Tagen erklärte der Reichsarbeitsminister Brauns im Reichstag, daß die bisherigen Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge bis zum 27. November verlängert werden. Die Absicht, gleichzeitig eine Vorschrift zu erlassen, wonach die Unterstützungsätze 75 Prozent des zuletzt bezogenen Lohnes bei voller Beschäftigung nicht überschreiten dürfen, sei fallen gelassen worden.

In der Anordnung des Reichsarbeitsministeriums ist eine Vorschrift, die den Unterstützungsatz auf 75 Prozent des Verdienstes beschränkt, auch nicht enthalten. Dagegen wird in der Begründung gesagt, daß „die örtlichen Stellen oder auch die Landesregierungen“ Bestimmungen erlassen können, nach denen die Erwerbslosenunterstützung 75 Prozent des letzten Arbeitslohnes nicht übersteigen darf. Den Landesregierungen ist inzwischen diese Begründung überandt worden.

Wir müssen gegen eine solche Geschäftsbehandlung schärfste Bewahrung einlegen. Der hier vorgeschlagene Weg eines Abbaues der Erwerbslosenunterstützung ist aber auch rechtlich unzulässig. Im § 10 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge heißt es, daß über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung der Reichsarbeitsminister Anordnungen erläßt. Innerhalb dieser Anordnungen bestimmt der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises, was in seinem Bezirk zu gelten hat. Daraus geht hervor und die Praxis bestätigt es, daß der Reichsarbeitsminister Höchstsätze festsetzt, von denen nur der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises abweichen kann. Weder der Reichsarbeitsminister noch die Landesregierungen dürfen Vorschriften erlassen, nach der die Erwerbslosenunterstützung 75 Prozent des letzten Arbeitslohnes nicht übersteigen soll. Es wird deshalb Aufgabe der Arbeitnehmerbeisitzer in den Verwaltungsausschüssen der öffentlichen Arbeitsnachweise sein, dafür zu sorgen, daß ein Abbau der Erwerbslosenunterstützung unterbleibt.

Stabiles Wirtschaftselend.

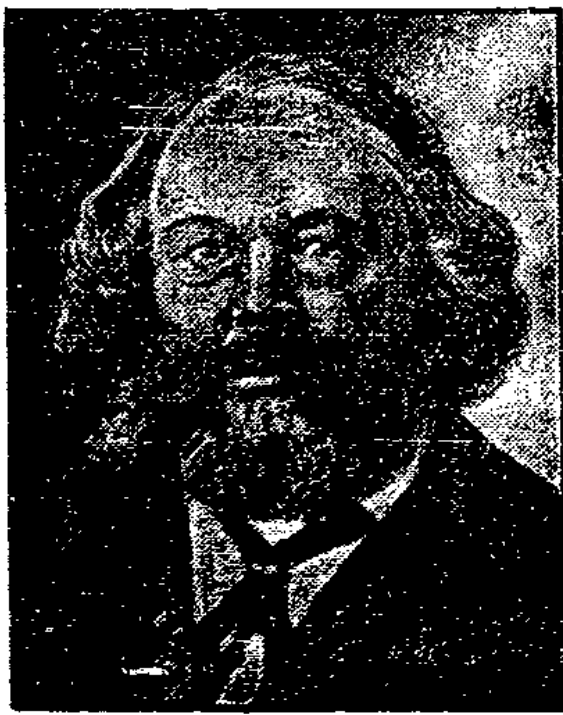
Die Arbeitslosenziffern für die erste Junihälfte zeigen das gleiche Bild wie der Monat Mai: schwacher Rückgang bei den männlichen Arbeitslosen und Steigen bei den weiblichen Unterstützungsempfängern. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger sank von 1 420 000 auf 1 419 000, die der weiblichen stieg von 1 744 000 auf 1 749 000 oder um 0,3 Prozent. Bei stabiler

Der 50. Todestag Bakunins.

Am 1. Juli 1876 verstarb in einem Wiener Privatpital der russische Revolutionär Michael Bakunin. Nur eine kleine Gruppe von Arbeitern und Intellektuellen, von Freunden und Feinden des Anarchismus umstand das Grab eines Mannes, der länger als ein Menschenalter die Welt in Flammen zu setzen versucht hatte. Seine Seele, einstmal ein feuerpeiender Krater, war erloschen. Entzündet hatte sich sein Geist an der Hegelschen Philosophie, und dem Atheismus des Junghegelianers Feuerbach entnahm er die Brandfäden, die er in das Schiff der Kirche warf. Als im Jahre 1848 die Feuerlawine der Revolution über West- und Mitteleuropa ging, hatte Bakunin schon in der Schweiz, in Belgien und in Frankreich Sprengminen gelegt. Begeistert schrieb er schon bei dem ersten Lamindenner an Gerweg: „Wir brauchen etwas andres, Sturm und Leben, und eine neue geistlose und darum freie Welt.“ Eine geistlose Welt — in diesem Worte kündete sich sein Anarchismus an.

In der Entfesselung der revolutionären Leidenschaft, der fanatischen Zerstörungswut erlöste Bakunin die notwendige Voraussetzung für die Befreiung der Unterdrückten und Glenden. Mit einem gewissen Mißbehagen schaute er 1844 auf Marx, der die Arbeiter zu bewußten wissenschaftlich denkenden Menschen erziehen wollte. Nach seiner Ansicht machte Marx die Arbeiter nur zu „Rationalisten“. Er hatte eine ausgesprochene Vorliebe für den radikalen Rechtsbrecher, für den starken Räuber, der gegen eine ganze Welt geschriebener und ungeschriebener Gesetze Krieg führt. Er appellierte an die starken Instinkte des Lebens und seiner tiefsten Ueberzeugung entsprang das Wort: „Nur das Leben schafft Dinge und wirkliche Wesen. Die Wissenschaft schafft nichts, sie konstatiert, erkennt die Schöpfungen des Lebens.“ Die Kunst der Zerstörung war ihm „schaffende Lust“. Bakunin verlor sich bald in das weiteste, entfernteste Ziel menschlicher Entwicklung, in das Ideal einer sich völlig frei affizierenden Staat- und herrschaftslosen Gesellschaft. Er glaubte schon die ersten Anbewegungen dieser neuen Gesellschaft zu verspüren: „er nahm“, wie einmal sein Freund Alexander Herzen sagt, der wohl in die tiefsten Klüfte dieser abgründigen revolutionären Persönlichkeit gedrillt hat, „den zweiten Monat der Schwangerschaft für den neunten“.

Nach dem Scheitern der Dresdener Märzrevolution 1849 ist Bakunin zweimal zum Tode verurteilt worden — in Sachsen und Oesterreich. Er wurde schließlich nach Sibirien verbannt, und hier entkam er endlich den Ehernen Väterchen. Eine sehr abenteuerliche Flucht führte ihn über Ostasien und Amerika nach London. Schnell gewinnt er wieder Beziehungen zu den Revolutionären der ganzen Welt. Er konspiriert in Italien, er führt persönlich die revolutionäre Kommune-Bewegung in Lyon, er ruft Rußlands Jugend auf, unter das Volk zu gehen. Er tritt der Internationale bei und kennt mit Marx hart zusammen.



Michael Bakunin hat den massenhaften Abfall seiner Anhänger von seinen anarchischen Grundgedanken nicht mehr erlebt. In Frankreich trennten sich vom Bakunismus Guesde und Broussé, in Italien Costa, in Rußland Axelrod und Plechanow und so weiter. Die anarchische Lehre Bakunins löste sich so

radikal von allen bestehenden Verhältnissen los, erklärte ihnen einen so scharfen, grundsätzlichen Krieg, daß sich jede revolutionäre, nach den Ideen von Bakunin geleitete Organisation sofort außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stellen und sich ein Geheimstatut schaffen mußte. Der Bakunismus ist eben durch den vollständigen Bruch mit allen gegebenen Verhältnissen gekennzeichnet. Der Lohnarbeiter des kapitalistischen Zeitalters hängt aber aufs engste mit der bürgerlichen Gesellschaft zusammen. Sein Kampf richtet sich zunächst gegen die aufbringlichsten und empörendsten Mißstände der kapitalistischen Gesellschaftsordnung — nicht gegen diese selbst. Er erhält einen Hungerlohn und er ringt um einen auskömmlichen Lohn; er ist politisch entrechtet und er kämpft um politische Rechte. Der Bakunismus rechnete mit einem ganz traditionslosen revolutionären Proletariat. Für die Erbhaftigkeit der proletarischen Umgehung hatte Bakunin keinen Spürsinn — er sah über die national-kulturelle Eigenart des Proletariats hinweg. Der geschichtslose, revolutionäre Mensch, den Bakunin aus seiner Persönlichkeit heraus erzeugt hatte, existierte wohl nur in seiner eignen Haut.

Bakunin konnte keine Massenbewegung schaffen, weil er die drängendsten Wünsche der Masse nicht verstand und den Kampf nicht auf dem geschichtlich gegebenen Boden zu führen wußte. Karl Marx, der von ihm verpörrte Wissenschaftler, arbeitete sich in das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft hinein, er rief den Proletarier seiner Zeit zu einer Arbeiterbewegung mit sehr greifbaren Zielen auf. Er wurde ein Organisator des Weltproletariats.

Das künstlerische Personal des Mitteldeutschen Landestheaters (Direktion Hermann Lange) ist wieder vollständig. Als Darsteller wurden neu verpflichtet: Anita Hammerstein (Stadtheater Koblenz), Lotte Körner (Stadtheater Heidelberg) und Erich Angewieski (eig. Ensemble). Von den bisherigen Mitgliedern des Mitteldeutschen Landestheaters wurden wieder verpflichtet: Dr. Hans Altmann, Antonie Kießler, Hans Albert Martens, Willi Roland, Ruth Schumann, Heinrich Spennrath, Elsa Warda, Franz Weillhammer, Kurt Jiliger, Gerbert Jimez.

in dem Entwurf über das internationale Präsenzabkommen von 1907 vorgesehen war, was durch die Verfassung des von 1908 bis 1918 bestehenden Zentralamerikanischen Gerichtshofes verwirklicht war, würde endlich im Rahmen des Völkerbundes Wahrscheinlichkeit werden: die Privatpersonen würden in bestimmten Fragen

ein selbständiges Klagerrecht

erhalten. Daß sich die Entwicklung immer mehr in dieser Richtung bewegt, ist gerade erst Ende Mai 1928 auf der 7. Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht von dem Referenten Prof. Ebers und von so berühmten Gelehrten wie Niemeyer und Schücking anerkannt worden.

Ferner würde die Idee des Art. 15 Abs. 8 der Völkerbundstatuten, wonach Fragen, die nach internationalem Recht zur ausschließlichen Zuständigkeit einer Partei gehören, einem Rechtsverfahren entzogen sind, für einen begrenzten Kreis von Fragen ausgefüllt.

Auf der 17. interparlamentarischen Konferenz zu Genf vom Jahre 1912 hat Prof. Jörn, der deutsche Delegierte auf beiden Haager Friedenskonferenzen, einen internationalen Gerichtshof unter anderem für die Fragen der Staatsangehörigkeit beantragt. Es wäre jetzt Gelegenheit, den Vorkläufer eines solchen Gerichtshofes in Gestalt einer internationalen Kommission für die Rechte staatenloser Personen zu befürworten.

Anleiheablösung für alte Leute.

Der Reichstagsausschuß für die Fragen der Anleiheablösung schloß am Mittwoch seine Untersuchungen mit der Annahme eines Antrags, in dem die Regierung aufgefordert wird, die noch vorhandenen Ueberschüsse des Rechnungsjahrs 1925 zur besonderen Anleiheablösung für solche Gläubiger zu verwenden, bei denen wegen hohen Alters ein besonderes Bedürfnis zu rascher und weitherziger Hilfe besteht. Wenn nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers die Ueberschüsse des Vorjahrs 180 Millionen betragen, würde, nachdem von dieser Summe bereits 147 Millionen anderweit verbucht sind, für den genannten Zweck noch 33 Millionen zur Verfügung stehen.

In einem weiteren angenommenen Antrag wird festgestellt, daß der Satz von 12% bis 25 v. S. für die Aufwertung von Gemeindeforderungen im Sinne des Gesetzgebers so aufzufassen ist, daß der Satz von 12 v. S. nicht den gesetzlichen Normalatz, sondern den Mindestsatz bedeutet.

Ein anderer Antrag ersucht die Reichsregierung, zur Milderung der durch Erstattung von Steuern entstandenen Härten einen angemessenen Betrag als Härtefonds für die Zwecke der Anleiheablösung bereitzustellen. Weiterhin fand Annahme eine Entschließung, die eine Denkschrift über die durch das Gesetz über Kleinrentnerfürsorge entstandene Belastung fordert.

Gegen die Autonomisten.

Aus Straburg wird gemeldet, daß die elsässische sozialistische Partei am Mittwoch morgen ein Manifest veröffentlichte, in dem sie sich in entschiedener Form gegen die autonomistische Bewegung und für den energischen Anschluß des Elsaß an Frankreich ausspricht.

Das Manifest beschuldigt die Merikale Partei, aus Haß gegen das republikanische Frankreich die autonomistische Bewegung zu kulturlampfenden Propaganda zu haben, zusammen mit den Kommunisten, für die alle Mittel gut seien, die Moskauer Theorien in die Tat umzusetzen.

Es wird dann eine Vereinfachung der Verwaltung auf dem Wege der Dezentralisation, aber im Rahmen Frankreichs verlangt und der Gedanke eines elsäß-lothringischen Parlaments entworfen. Verlangt wird der zweisprachige Unterricht in der Volksschule mit der französischen Sprache als Grundlage.

Die sogenannte „Muttersprache“ sei eine Merikale Forderung, die nur aufgeworfen werde, um die Bevölkerung vom französischen Wesen und französischen Geist zu trennen. Das Manifest verlangt weiter die Zweisprachigkeit für alle Beamten, die mit dem Volk in Berührung kommen, und die Vervollkommnung der Sozialgesetzgebung. Es verweist entschieden die Forderung eines autonomen elsäß-lothringischen Eisenbahnbereichs ab.

Das Manifest ist von allen elsässischen sozialistischen Abgeordneten unterschrieben sowie von zahlreichen anderen Angehörigen der sozialistischen Partei, darunter dem sozialistischen Bürgermeister von Straburg, Peirotes.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Die Exekutive der englischen Bergarbeiter hatte sich bei ihrer am Mittwoch beendeten Sitzung darüber zu entscheiden, ob der Verband diejenigen Arbeiter zurückziehen sollte, die zwecks Sicherung der Gruben in Arbeit belassen worden waren. Es war aus verschiedenen, bei der Exekutive eingelaufenen Berichten klar geworden, daß die Unternehmer die Voraussetzungen, unter denen der Bergarbeiterverband der Fortsetzung der Sicherungsarbeiten zugestimmt hatte, vielfach verletzen. Die Exekutive entschied sich jedoch gegen eine Zurücknahme dieser Sicherungsmänner in diesem Zeitpunkt, beschloß aber im Falle eines weiteren Mißbrauchs durch die Unternehmer die Situation nochmals zu beraten.

Die Gerüchte, daß inoffizielle Versuche von den Bergarbeitern bei der Regierung unternommen worden seien, wurden vom Sekretär der Bergarbeiter, Cook, nach Schluß der Exekutivitzung am Mittwochabend entscheidend demontiert. Cook fügte jedoch im Namen der Exekutive hinzu, der Verband wäre glücklich, wenn irgend jemand mit einem Plan aufträte, der den Bergarbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit auf der alten Basis ermöglichte.

Die Unternehmer hoffen, daß es ihnen gelingen wird, die Einheit der Bergarbeiterschaft durch das neue Bergbaugesetz zu sprengen und eine bedeutende Anzahl von Bergarbeitern in den einzelnen Betrieben zur Wiederaufnahme der Arbeit auf der neuen Basis zu bewegen. Die Exekutive ist jedoch auf Grund der aus sämtlichen Distrikten eingelaufenen Berichte völlig davon überzeugt, daß dieser Versuch angesichts der ungeborenen Entschlossenheit der Bergarbeiter von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Im Unterhaus richtete der Sozialist Tom Shaw am Mittwoch an die Regierung die Frage, ob es nach der gesetzlichen Feststellung des Achtstundentags im Bergbau, welcher praktisch auf einen 8 1/2-Stunden-Tag unter Grund hinauskomme, der Regierung überhaupt noch möglich sein werde, ihr Versprechen betreffend die Ratifizierung der Washingtoner Arbeitszeit-Konvention zu erfüllen. Shaw erhielt von dem Arbeitsminister eine ausweichende Antwort.

Ein Erfolg der freien Gewerkschaften

Am Sonnabend und Sonntag fanden in Oesterreich die Wahlen für die Kammer der Arbeiter und Angestellten statt. Die freien Gewerkschaften haben nach den vorläufigen Ergebnissen in der Sektion der Arbeiter 101 860, das sind 78,3 Prozent der Stimmen, in der Sektion der Angestellten 89 445 oder 71,6 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Es handelt sich nur um die in den Bezirken der Betriebe abgegebenen Stimmen, dazu werden noch etwa 10 000 Stimmen von Monteuren, Straßenarbeitern u. dgl. aus den Bezirken ihrer wirklichen Arbeitsstätte oder ihres Wohnortes kommen.

Die Christlichsozialen haben 7939 oder 6,8 Prozent in der Arbeitersektion und 7516 oder 13,7 Prozent in der Angestelltensektion erhalten.

Die Deutschenationalen erhielten bei den Arbeitern 1177 gleich 1 Prozent, bei den Angestellten 7090 oder 12,8 Prozent, die Kommunisten bei den Arbeitern 5747 gleich 4,9 Prozent und bei den Angestellten 324 oder 0,5 Prozent der Stimmen.

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß das Ergebnis einen Erfolg der freien Gewerkschaften sowohl bei den Arbeitern als den Angestellten darstellt, während der Einfluß der Kommunisten und der bürgerlichen Organisationen in beiden Kammern ganz bedeutungslos ist.

Rumäniens italienische Bindungen.

Die Annäherung Rumäniens an Italien macht immer größere Fortschritte. Der Abschluß der Anleihe von 200 Millionen Lire in Italien dürfte dieser Tage bereits erfolgen. Was über die Bedingungen bisher bekanntgeworden ist, bestätigt die Annahme, daß es sich nicht um eine wirtschaftlich notwendige, sondern um eine von Italien nach Rumänien gepresste Anleihe handelt.

Es ist gar keine Rede mehr von einem Valutastützungsfonds, der — wie es anfangs hieß — aus dieser Anleihe geschaffen werden sollte. Rumänien wird kein Geld, sondern fast ausschließlich Anleihe material, vor allem Unterseeboote, erhalten. Gleichzeitig verpflichtet es sich zur Entschädigung der italienischen Untertanen, die durch die Bodenenteignung betroffen worden, und zu einer Regelung der Kriegsschulden an Italien.

Auch die beharabische Frage wurde in den Verhandlungen berührt. Italien hat — im Gegensatz zu England und Frankreich — bisher die Ratifizierung des beharabischen Protokolls verweigert. In ihm haben England, Frankreich, Italien und Japan 1919 den Anschluß Beharabiens an Rumänien vorbehaltlich parlamentarischer Ratifizierung anerkannt. Erst unlängst ließ die italienische Regierung durch ihre Presse erklären, daß sie an eine Ratifizierung dieses Protokolls nicht denke. Jetzt freilich scheint sie einzulenten. Zwar soll Italien die Ratifizierung nicht offiziell vornehmen, aber einen Bündnisvertrag mit Rumänien abschließen, der indirekt eine Garantie der Nordgrenzen enthält.

So gerät Rumänien immer mehr in die Abhängigkeit des italienischen Imperialismus, dem es auch innenpolitisch nahesteht.

Ein neuer Streich Mussolinis.

Aus Rom wird uns geschrieben: „Der italienische Ministerrat hat ein von Mussolini vorgelegtes Wirtschaftsprogramm gutgeheißen, durch das die italienische Produktion gehoben und die Lebenshaltungskosten vermindert sowie die Kosten einzelner grundlegender Rohstoffe herabgesetzt werden sollen. Außerdem wird der Verbrauch verschiedener Luxusartikel eingeschränkt.“

„In einzelnen Maßnahmen ist u. a. vorgesehen: Vom 1. Juli 1926 bis 30. Juni 1927 ist der Bau von Luxusgebäuden verboten. Die Bautätigkeit wird auf Arbeiter- und Bauernhäuser beschränkt. Mit den Arbeitgebern sind Vorträge vorgesehen für den Bau von Häusern für ihre Arbeitnehmer. Ab 1. Juli dürfen keine neuen Geschäftshäuser, Konditoreien, Cafés, Bars und sonstige nächtliche Vergnügungsorte neu eröffnet werden. Ab 1. Juli dürfen bis auf weiteres die Tageszeitungen nur in einem Umfang von 6 Seiten erscheinen; ihr Format darf nicht geändert werden. Ab 1. November soll an Stelle des reinen Benzins eine Mischung von Benzin und Alkohol in den Handel kommen. Schließlich werden ab 1. Juli die Arbeitgeberverbände „bis auf weiteres“ den Arbeitstag um eine Stunde verlängern. Die Regierung läßt mitteilen, daß sie mit diesen Maßnahmen beabsichtige, die Nation zu einer strengeren Lebensweise zu erziehen. Der Wirtschaftsminister hat zu diesem Zweck auch die Mühlenbesitzer angewiesen, nur noch zu 15 Prozent vermischtes Mehl in den Handel zu bringen.“

Wenn Siffuoren reformieren wollen, kommt immer Unfug zustande. Der einzige „Erfolg“ dieses Erlasses wird die Verlängerung der Arbeitszeit, die Beschränkung der Presse und die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft sein. Kein Wunder, daß die italienischen Kapitalisten mit Mussolini sehr zufrieden sind.

Ladenschluß im Auslande.

Das Sekretariat des Internationalen Verbandes von Handels- und Bureauangestellten in Europa hat eine Broschüre des Gewerkschaftlers Smit (Amsterdam) über die Ladenschlußfrage herausgegeben, die eine vollständige Uebersicht über die Regelung des Ladenschlusses in allen europäischen Ländern enthält.

Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß eine reichsgesetzliche Regelung bisher in Belgien noch völlig fehlt und in Holland noch nicht zufriedenstellend erfolgt ist.

In Holland haben allerdings die Gemeinden das Recht, einen Ladenschluß für ihre Stadt festzusetzen. Von diesem Recht haben bisher 172 niederländische Gemeinden Gebrauch gemacht, von denen 135 Gemeinden ein Jahresregulierung, 33 Gemeinden eine verschiedenartige Regelung für Winter- und Sommerhalbjahr und 4 Gemeinden eine Regelung nur für den Winter getroffen haben. In 11 Gemeinden wird im Winter um 7 Uhr, in 107 Gemeinden teilweise im Winter, teilweise im Sommer um 8 Uhr geschlossen, während in 78 Gemeinden offiziell 9-Uhr-Ladenschluß besteht. Sonnabends wird in 68 Gemeinden um 10 Uhr, in 49 Gemeinden um 11 Uhr abends geschlossen, während in 34 Gemeinden überhaupt keine Vorschriften über den Ladenschluß am Sonnabend bestehen.

Die Broschüre enthält sehr wertvolles Material, das auch in Deutschland Beachtung verdient.

Notizen.

Stahlhelm-Messerheben. Mehrere Angehörige des Stahlhelms überfielen in der Krefelder Straße in Köln einen Arbeiter, der sich mit seiner Frau auf dem Heimweg befand. Die Krefelder stachen den Arbeiter mit Messern nieder und richteten ihn so zu, daß er in das Krankenhaus übergeführt werden mußte. Selbst der Frau brachten sie mit ihren Messern Verletzungen bei. Die Polizei verhaftete eine Person, die als Mittäter in Frage kommt.

Steigender Index. Amlich wird gemeldet: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juni 140,5 gegen 139,9 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 0,4 v. S. erhöht. Bei den Ernährungsausgaben konnten Preissteigerungen für Kartoffeln und Fleisch durch die in der ersten Monatshälfte noch nachgebenden Preise für Milch und Milchzeugnisse nur zum Teil ausgeglichen werden. Die Ausgaben für Wohnung haben sich in einzelnen Teilen des Reiches weiter erhöht.

Lächerlicher Antrag. Um aller Welt darzutun, daß sie politisch nicht ernst genommen sein wollen, haben die Sozialisten im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: „Für die Dauer des Vertrags von Versailles ist die Flagge des Deutschen Reiches schwarz. Die endgültige Flagge des Deutschen Reiches ist die Fahne, unter der der Befreiungskampf durchgeführt wird.“ Wie Wilhelm der Ausreißer, immer ein großes Maul, solange keine Gefahr droht.

Sakrileg abgelehnt. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags lehnte am Mittwoch den Antrag des Oberreichsanwalts zur Genehmigung der Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten Schneider, Roenen, Kemmle, Hörnle, Pfeiffer und Hedert wegen Hochverrats ab. Für die Verhaftung stimmten die Deutschenationalen und die Volksparteiler.

Urteil im Spritweber-Prozess. Im Berliner Spritweberprozess wurde am Mittwoch das Urteil verkündet. Der Angeklagte Kriminalkommissar a. D. Peters erhielt 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Kriminalkommissar a. D. Behrer 2 Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Hermann Weber eine Gesamtsstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Heinrich Weber 1 Jahr Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, die Angeklagten Gebrüder Siemke 6 Monate Gefängnis, der Angeklagte Galfann 2 Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Dr. Cantrop wurde freigesprochen. Die empfangenen Bestechungsgelder in der Gesamthöhe von 21 000 Mark wurden als für die Staatskasse verfallen erklärt. Den Angeklagten wird die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. Die Haftbefehle werden aufgehoben gegen Peters, Hermann Weber, Robert Siemke und Dr. Cantrop.

Erneuter Frankfurter. Der wenig gute Eindruck, den die französische Regierungserklärung in politischen und finanziellen Kreisen hinterlassen hat, zusammen mit den zahlreichen kausen Nachrichten über die Absichten Caillaux bezüglich der Aufnahme einer Auslandsanleihe und der eventuellen Heranziehung des Goldbestandes der Bank von Frankreich haben am Mittwoch ein starkes Unbehagen an der Pariser Börse ausgelöst, das sich in einem neuen starken Frankfurter äußerte. Das Pfund Sterling stieg von 169,40 in den Morgenstunden bereits auf 172,25 und schloß mit dem amtlichen Notenkurs 173,52. Die deutsche Reichsmark, die am Dienstag mit 8,28 Frank notierte, stieg am Mittwoch auf 8,51 Frank.

Italienische Ausfuhr nach Deutschland. In einem Bericht über die italienische Ausfuhr schreibt der „Lavoro“ in Genua, daß Deutschland das wichtigste Land für die italienische Ausfuhr sei. Ob jedoch Italien sich in dieser Stellung auch im neuen Jahre werde behaupten können, sei zweifelhaft. Jedenfalls beweisen die Ziffern des Außenhandels Italiens die große Bedeutung, welche der deutsche Markt für Italien habe, und Italien müsse sich anstrengen, damit ihm dieser Markt erhalten bleibe und immer günstiger werde. Man dürfe nicht gleichgültig einen Markt von dieser Bedeutung aufs Spiel setzen.

Die englischen Bergarbeiter bleiben fest! Der Vollzugstat der englischen Bergarbeiter hat nach Ueberprüfung der Lage in den Grubenbezirken einstimmig beschlossen, sich jeder Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne zu widersetzen. — Bergarbeiterssekretär Coak hielt in Falkirk vor 10 000 Grubenarbeitern eine Rede, in der er mitteilte, daß nach seinen Berechnungen der Grubenstreik den Unternehmern und der Regierung bis jetzt 408 Millionen Pfund gelostet habe. Das hätte genügt, um den Arbeitern während 32 Monate die Löhne zu zahlen.

Depeschen.

Der Achtstundentag im englischen Bergbau.

Ab. London, 1. Juli. Nach der „Morning Post“ wird das Oberhaus die Vorlage über den Achtstundentag in den Bergwerken vermutlich am Mittwoch in dritter Lesung erledigt haben, so daß das Gesetz am Donnerstag die königliche Genehmigung erhalten wird. „Times“ schreibt zur Kohlenfrage: Nächste Woche wird der Kohlenstreik in eine kritische Periode eintreten, wenn die Achtstundentagsvorlage Gesetz geworden ist und die Zehntausender daraufhin einen neuen Vorschlag auf der Grundlage einer achtstündigen Arbeitszeit machen.

Ab. London, 1. Juli. Die Unnachgiebigkeit bei den Verhandlungen über das Bergbaugesetz im englischen Unterhaus wird durch die Tatsache beleuchtet, daß die Debatte über den § 1 sechs Stunden dauerte, bevor der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wurde. Die Beratung des § 2, der die Gültigkeit des Gesetzes für fünf Jahre festsetzt, fand vor nicht befehltem Hause statt. Der Arbeitervertreter Westwood bezeugte das Gesetz als einen mörderischen Akt. § 2 wurde schließlich mit 271 gegen 132 Stimmen angenommen. Durch Festlegung eines gesetzlichen Achtstundentags für den Bergbau hofft man, die Bergarbeiter zur Aufgabe ihres bisher so heldenhaft verteidigten Siebenstundentags zwingen zu können. Im Unterhaus wird gegenwärtig ein heftiger Kampf um das Gesetz geführt, aber auch dort wird es durchgedrückt werden. (D. Red.)

Vertagung der französisch-russischen Verhandlungen.

Ab. Paris, 1. Juli. Nach dem „Petit Journal“ ist die Vertagung der französisch-sowjetrussischen Verhandlungen zur Regelung der Vorkriegsverpflichtung Rußlands so zu erklären, daß die Verhandlungen auf einem toten Punkt angekommen seien und daß es nicht möglich gewesen ist, auch nur über einen Artikel des Programms eine Grundlage für die Verständigung zu finden. Die Vertreter der Sowjets, die den Mißerfolg der Beratungen festgestellt hätten, kehrten nach Moskau zurück. Die Verhandlungen würden, wenn dazu Gelegenheit geboten würde, im Oktober oder November wieder aufgenommen werden.

„Kulturbringer“ England.

Ab. London, 1. Juli. „Daily Express“ meldet aus Hongkong vom 30. Juni: Zwei britische Motorboote, die mit Maschinengehörten besetzt waren, und Frachtboote mit Waren für einen britischen Dampfer eskortierten, haben auf Boote mit chinesischen Streikposten getroffen, die den Versuch gemacht hatten, die Frachtboote zu behindern. Es heißt, daß 26 Streikposten getötet wurden.

Bergmannstod.

Ab. Paris, 1. Juli. Nach einer im „Petit Parisien“ wiedergegebenen Meldung aus Santiago de Chile sind bei einer Explosion in einem Bergwerk bei Chiqui Canata 14 Bergleute ums Leben gekommen und etwa 20 verletzt worden.

Immer weg mit Schaden SAISON-AUSVERKAUF



Wir wollen unsere gesamten Bestände an Sommer-Schuhwaren räumen und haben deshalb die Preise ohne Rücksicht auf den Einkauf teilweise so gewaltig herabgesetzt, daß wir mit Verlust verkaufen! Billiger geht es nicht mehr! Jetzt heißt es schnell zugreifen!

Nur Beispiele! Unsere großen Schaufenster-Auslagen sagen ihnen alles!

- | | | | | |
|---|------|---|------|--|
| 1 Posten gran Segeltuch-Kinder-Turnschuhe mit guten Ledersohlen | 95 | Damen-Lastung-Zug- und -Schürschuhe, gute Verarbeitung | 2.45 | Mehrere 100 Paare Damen-, braune, Lack- |
| 1 Posten weiße Leinen-Kinder- und Damen-Stiefel bejt. Markenfabrikat, jed. Paar nur | 1.95 | 1 Posten schwarze u. braune Kinder- u. Mädchen-Halb- und -Spangenschuhe | 2.95 | grau, beige, feinfarbig Wildleder, Chevreau, Vorkalf-Lugud-Damen-, Spangen- u. feinste Zug-Modelle, Pumps mit Garnituren, Restposten, Einzelpaare, teils unvollständige Sortimente erster Qualitäten |
| 1 Posten weiße Leinen-Damen-Spangen- und Schnür-Schuhe, beste Verarbeitung, zum Ausdrehen | 1.95 | 1 Post. feine braune Kinder-Halb- u. Haferlschuhe, bestes Fabrikat | 2.95 | bisher 24.50 14.75 12.90 12.50 10.90 8.90 6.90 |
| 1 Post. gute Leder-Sandalen gute Ledersohlen, 27 bis 31 | 1.95 | 1 Posten Kinder-Lack-spangenschuhe, Ia. Qualität 25 u. 26 4.95 28 u. 24 4.50 18 n. 10 | 2.25 | Ca. 200 Paar Herren-Halbschuhe und -Stiefel schwarz und braun teils Wildleder-Einfüge in feinen Lederformen, unvollständige Sortimente |

Alle angezeigten Waren nur soweit Größen und Vorrat am Lager vorhanden.

Schuh-Masting der Billige Alter Markt Nr. 14

Größte Auswahl. Größtes Lager am Platze. ganz dicht am Rathaus

Saison - Ausverkauf

Glas - Porzellan - Haushalt

zu spottbilligen Preisen!

- | | | | | |
|---|-------|----|----|----|
| Glas-Butterglöden | 28 | | | |
| Glas-Rüfenglöden mit Zeller | 88 | | | |
| Milchfluten 1/2 Liter, helles Glas | 25 | | | |
| Kaffee-SERVICE Steilg. Blumenmutter | 95 | | | |
| Steller dekoriert, neu oder Flach | 9 | | | |
| Porzellan-Obertasse | 5 | | | |
| Porzellan-Goldrand-Steller | 48 | | | |
| Porzellan-Randplatten | 95 | | | |
| Einfachgläser 1a. Glasmaterial, mit Gummi u. Evange | | | | |
| 2 70 | 60 | 55 | 50 | 45 |
| Emaill-Banne 55 cm, weiß | 3.95 | | | |
| Emaill-Kaffeekanne | 65 | | | |
| Emaill-Waschbecken 84 cm | 95 | | | |
| Emaill-Wasertiegel 20 cm | 1.95 | | | |
| Emaill-Schmortopf 22 cm | 1.15 | | | |
| Emaill-Eimer 24 cm, eckig | 88 | | | |
| Zinteimer 25 cm, rechteckig | 95 | | | |
| Sollinger Stiefel | 65 | | | |
| Saatsiebent 24 cm, Eisen | 58 | | | |
| Rüchegarnitur 14 teilig, bunt | 3.95 | | | |
| Rinder-Klappwagen 1a. Fabrikat | 16.50 | | | |
| Selbsttühle zum Zusammenklappen | 95 | | | |
| Siegtühle verstellbar | 4.95 | | | |
| Beddigröhr-Bettel mit Vollauff | 11.00 | | | |
| Schleifern stabile Bauart | 1.15 | | | |

Wittkowski
Magdeburg, nur Breiter Weg 61.

KREDIT

- zu billigsten Preisen, in prima Qualitäten:
- Herren-Konfektion** in größter Auswahl
- Gummi-Mäntel** für Damen und Herren
- Damen-Konfektion** in reichhaltigen Sortimenten.
- Kleiderstoffe** — **Seiden** — **Musseline**
- Baumwollwaren — Inlette — Unterbett-Drell
- Bettwäsche** — **Leibwäsche**
- Oberhemden — Sporthemden — Einsatzhemden
- Tischwäsche** — **Frottierväsche**
- Gardinen** — **Decken**

Kulante Zahlungsbedingungen:
Waren für 30.— Mk. — Anzahlung 6 Mk.
Waren für 50.— Mk. — Anzahlung 10 Mk.
Waren für 75.— Mk. — Anzahlung 15 Mk.
Waren für 100.— Mk. — Anzahlung 20 Mk. usw.
Wöchentl. Abzahlg. v. 1.50 Mk. an od. monatl. v. 6.— Mk. an.

Magdeburger Wäsche-Vertrieb
Bismarckstraße 14, 1. Etage
(Ecke Mollkestraße, 5 Minuten vom Dom entfernt)
Staats- und Kommunalbeamte in bester Position und mit genügenden Ausweisen erhalten Waren ohne Anzahlung.
Kredit auch nach auswärt. — Auswärtige Kunden erhalten Fahrvergütung.
Kunden, die ihr Konto beglichen haben, erhalten desgl. Waren ohne Anzahlung.
Bei Barzahlung 15% Erlass.

Empfehle
la. zollfreies Gefrierfleisch
Fleisch- u. Wurstwaren
sowie alle irischen zu soliden Preisen, in bester Güte.
Hans Germershausen, Fleischmeister,
Dito-von-Guerde-Straße 66.

Chaiselongues
Sofa, Zettel, Patent-
Kastl-Matr., nicht bill.
u. Schund, sondern äußerl.
reell u. preisw. dir. aus
der Spez. Polsterwerk-
statt zu verf. R. Bende,
Zapez-Mil, Aufselt 3, 0.

Frische Rinderleber, Pfund nur 90 Pfg.
Reines Rinderleber 3 Pf. 35 Pfg., bei 5 Pf. 30 Pfg.
Reines Rinderleber 3 Pf. 55 Pfg., bei 5 Pf. 50 Pfg.
Re. Chaiselongues 3 Pf. 70 Pfg., bei 5 Pf. 65 Pfg.
Reines Rind-, Kalb-, Hammel- und Schweinefleisch zu bekannt billigen Preisen.
Richard Bosse, nur Große Marktstraße 20.

Geschenke
Uhren, Ringe, Armbänder, Halsketten
Reichste Auswahl
PAUL BODENSTEDT
Alter Markt 32/33, neben Gumbertplatz

Saisonverkauf
A. Karger
8. Gr. Marktstraße 8.
Sämtliche zur Räumung gestellten Waren zu sehr billigen Preisen.
Alle andern Waren in guten Qualitäten bekannt billig.

Kaufen Sie direkt von der Fabrik
Sie sparen ein Vermögen.
Bequemste Zahlungsbedingungen.
Metallbetten u. 10 Mk. an
Holzbetten u. 25 Mk. an
Kinderbetten u. 19 Mk. an
Auflegematrassen u. 12 Mk. an
Stahlrohrmattressen u. 12 Mk. an
Chaiselongues u. 25 Mk. an
Federbetten, 7 Pf. Feder u. 27 Mk. an
Reformunterbetten u. 18 Mk. an
Steildressen, 24 Stück u. 85 Mk. an
leise Kompl. Schlafzimmer } billig
bei 10% Rabatt Barzahlung.
Fabrik-Lager: Dichterbrücke 11
Vertreter: Wilhelm Heil.

Qualitäts-Lacke und -Farben!
Ein Fabrik-Lager-Posten moderner
Tapeten
weit unter Preis!
Lack- und Farben-
Lafage, Handels-G. m. b. H.
Halberstädter Str. 52a, neben Straßen-
bahn-Depot. Telefon 42095.

Zur Erhaltung Ihrer Gesundheit
lesen Sie:
Planmäßige Körperübungen.
Der Weg zu Kraft und Gesundheit.
Von Stadtmédizinalrat Dr. Fischer-Defoy.
Preis 70 Pfg.
Kurze Gesundheitslehre.
Körperpflege, Kleidung, Speisen, Arbeit.
Von Maria Pahn. Preis 35 Pfg.
Hygiene des Alltags.
Eine Fülle lebenswichtiger Ratsschlüsse.
Von Dr. W. Schwichten. Preis 35 Pfg.
Die Gefahren des Geschlechtslebens
Dr. Fischer-Defoy. Preis 35 Pfg.
Darfst du heiraten?
Von Dr. Fischer-Defoy. Preis 35 Pfg.
Erste Hilfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen.
Von Dr. Raumann u. Dr. Fischer-Defoy.
Mit 32 Abbildungen. Preis 70 Pfg.
Posto extra!
Buchhandlung Volkstimme,
Magdeburg.

Zweite Lesung des Fürstengesetzes.

Die Reichstagsitzung wird am Mittwoch um 1 1/2 Uhr eröffnet. Die zweite Beratung eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Fürsten und den vormalig regierenden Fürstentümern wird fortgesetzt bei § 8, der nach den Beschlüssen des Reichsausschusses folgenden Wortlaut hat:

§ 8. Die Renten, Kronrenten, Kronrentenrenten und ähnliche Renten fallen entschädigungslos weg. Graf v. Merfeldt (dt.-natl.) bezeichnet diesen Paragraphen als eine Verletzung der Heiligkeit des Privateigentums. (Lachen b. d. Komm.)

Abg. Schulte (Ztr.) erklärt, daß diese Renten keinen privatrechtlichen Charakter tragen, deshalb könne das Zentrum, ohne gegen seine grundsätzliche Einstellung zu verstoßen, für die entschädigungslose Enteignung stimmen. Schon vor der Ummäzung habe ein Minister den öffentlichen Charakter dieser Renten anerkannt.

Abg. Landsberg (Soz.) weist darauf hin, daß diese Renten zu Repräsentationszwecken gezahlt worden sind, daß sie Zulagen zu den sonstigen Bezügen darstellten. Sie sind mehrfach erhöht worden mit der Begründung, daß sie für Repräsentationszwecke nicht mehr ausreichen. Es gibt kein Amt, über dessen Dauer hinaus Repräsentationsgelder gezahlt werden.

Abg. Pfleger (Bayr. Vp.) erklärt, daß die Bayerische Volkspartei sich die endgültige Stellungnahme zu diesem Paragraphen noch vorbehalten.

Abg. Neubauer (Komm.) meint gegenüber dem deutschnationalen Redner, daß noch niemals soviel Privateigentum geraubt worden sei wie von den früheren Fürsten. Das ganze Objekt, um das es sich hier handle, ist so geringfügig, daß die Kommunisten recht daran tun, wenn sie gegen den Paragraphen stimmen. (Da der Redner über alles mögliche, nur nicht über den § 8 spricht, wird er zweimal zur Sache gerufen.)

Der § 8 wird darauf angenommen. Dagegen stimmen, wie schon im Ausschuss neben den Deutschnationalen und Völkischen auch die Kommunisten.

Es folgen die §§ 9 bis 12, die die Verteilung der Vermögenswerte regeln.

Abg. Rosenfeld (Soz.):

Es handelt sich hier um fürstliche Vermögensstücke, die aus Gründen der Kultur, der Kunst und der Volksgesundheit dem deutschen Volke erhalten werden müssen. Man hätte hoffen dürfen, daß wenigstens in den Fragen, bei denen es sich um die Interessen der großen Massen des deutschen Volkes zur Förderung der Kultur und der Volksgesundheit gegenüber den Interessen einer kleinen Anzahl von fürstlichen Familien handelt, eine Verbesserung des Gesetzes zustande gekommen wäre. Das ist in der Vorlage aber nicht geschehen. Auch bei den Vermögensstücken, die lediglich Kultur und Volksgesundheit dienen sollen, wird ein Unterschied gemacht zwischen fürstlichem und privatem Eigentum. Ungeforderte, die wir im Interesse der Kultur und der Volksgesundheit gestellt haben, sind nicht erfüllt worden. Noch vor einigen Tagen hat ein Rechtslehrer im „Berliner Tageblatt“ festgestellt, daß auch bei den Vermögensstücken, die angeblich privat erworben worden seien, staatliche Gelder verwendet worden sind. Wir verlangen ganz besonders, daß die Wälder usw. dem Volke erhalten bleiben. Erst gestern ist uns mitgeteilt worden, daß in Thüringen, besonders in Rorbürg und Gölba, außerordentlich große Holzfällungen vorgenommen werden. Diese

Verwüstungen der Forsten

werden gerade in solchen Gegenden vorgenommen, in denen sich zahlreiche Heime für kranke Kinder befinden, und wo besonderes Gewicht auf die Erhaltung des Waldbestandes gelegt werden mußte, ganz abgesehen von der Verschleuderung des Holzes, das dem Volke gehört und jetzt verschoben werden soll. Wir verlangen, daß diese für die Kultur und für die Volksgesundheit wichtigen Kapitalanlagen für das Volk gerettet werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Merfeldt (dt.-natl.) begründet einen deutschnationalen Antrag, wonach diese Paragraphen gestrichen werden sollen. Er dürfe nichts vorweg aus der Streitmasse genommen werden, um sie dem Staate zu geben.

Abg. Schulte (Ztr.) tritt für die Ausschussfassung ein. Die kulturellen und Volkswohlfahrtsaufgaben, die früher die Fürsten zu erfüllen hatten, müßten jetzt von den Ländern übernommen werden.

Abg. Tiedt (Komm.) erklärt, daß den früheren Fürsten dieselbe angemessene Lebenshaltung gewährt werden solle wie den Prinzen. Das wäre bei den Fürsten deshalb besonders an-

gebracht, weil sie die Mörder der im Kriege gefallenen Soldaten seien. (Lärm b. d. Deutschnationalen.) Als zwei Millionen Menschen tot auf den Schlachtfeldern lagen, sei Wilhelm feig nach Holland geflohen (Lärm b. d. Deutschnationalen). Abg. Laverenz (dt.-natl.) wird wegen beleidigender Zureue zur Ordnung gerufen.) Auch Hindenburg, der während des Krieges den Soldaten Eigenland versprochen hat, habe sein Wort gebrochen. (Rufe und Lärm b. d. Deutschnationalen.)

Abg. Rosenfeld (Soz.) stimmt dem Vorredner darin zu, daß die Auslegung des Begriffes „angemessene Lebenshaltung“ zu den schlimmsten Fehlurteilen führen könne, wie das die Sozialdemokraten im Ausschuss mit größtem Nachdruck dargelegt haben.

Die sozialdemokratischen und deutschnationalen Abänderungsanträge werden abgelehnt, die einzelnen Paragraphen mit den Stimmen der Regierungsparteien gegen Deutschnationale, Völkische und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Das Haus wendet sich den Paragraphen 13 bis 17 zu, die die Festlegung der Renten und die Aufwertung der als berechtigt anerkannten Ansprüche enthalten.

Abg. Rosenfeld (Soz.): Auch im § 14 wird bei der Bemessung der Renten gesagt, daß sie den Fürsten eine angemessene Lebenshaltung gewährleisten sollen. Hier haben wir die gleichen Bedenken wie vorher; wir wenden uns auch dagegen, daß die Renten dem Familienoberhaupt gewährt werden sollen, zum mindesten müßten sie auf die einzelnen Mitglieder des in Frage stehenden Hauses verteilt werden. Wir verlangen eine Beschränkung der Rente; sie darf nicht in alle Ewigkeit ausgezahlt werden, auch die Fürsten müssen sich endlich eheliche Arbeit suchen. Der Redner erinnert bei der Besprechung des § 16 an

die unerhörten Aufwertungsurteile,

die bei den fürstlichen Ansprüchen gefällt worden sind und die größte Erregung im Volke hervorgerufen haben. Man hat auf 800, ja bis auf 1450 Prozent aufgewertet. In Ausschuss wurde uns erklärt, daß man auch künstlich gegen derartige Urteile nichts unternehmen könne. Das darf unter keinen Umständen zugelassen werden. Der Redner begründet dann folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu § 16:

Bei der Aufwertung von Ansprüchen hat das Aufwertungs-gesetz vom 16. Juli 1925 nicht den Durchführungsvorbereitungen mit der Maßgabe Anwendung zu finden, daß für Ansprüche auf Kapitalabfindungen, die für die Ueberlassung von Gebäuden und Grundstücken an ein Land den vormalig regierenden Fürstentümern zugestanden sind, die für die Aufwertung von hypothekarisch gesicherten Kaufgeldern maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen auch dann Maß greifen, wenn die Ansprüche auf Kapitalabfindungen hypothekarisch nicht gesichert sind.

Bei der Aufwertung von Leistungen, die in einem Vertrage oder Vergleiche festgesetzt worden sind, ist darauf Rücksicht zu nehmen, welcher Goldmarkbetrag (vergl. § 2 des Aufwertungs-gesetzes) diesen Leistungen zur Zeit ihrer Festsetzung entsprach.

Abg. Lindeiner-Wilbau (dt.-natl.) begründet einen Antrag auf Streichung der Bestimmung, wonach „wiederkehrende Leistungen“ für die Zeit vor dem 1. Januar 1925 nicht aufgemert werden dürfen.

Abg. Wunderlich (D. Vp.) wendet sich im Namen der Regierungsparteien gegen die sozialdemokratischen Anträge, weil das Reichsgericht schon die Möglichkeit habe, im Sinne dieser Anträge zu entscheiden. Die hohen Aufwertungsurteile seien in jenen Jahren der Inflation gesprochen worden, wo die Richter noch keinen Maßstab für ihre Entscheidungen hatten.

Die sozialdemokratischen und deutschnationalen Abänderungsanträge werden abgelehnt, die einzelnen Paragraphen in der bisherigen Parteilagerung angenommen.

Es folgt § 18, nach dem die den Fürstentümern zuerkannten Kapitalbeträge oder Rentenzahlungen nur für ihre privatwirtschaftlichen Zwecke verwendet und nicht ins Ausland gebracht werden dürfen.

Abg. Lohmann (dt.-natl.) verlangt die Streichung dieses Paragraphen, der die Mitglieder der Fürstentümer zu Staatsbürgern zweiter Klasse erniedrigt und unter Polizeiaufsicht stellt. Eine Veranlassung dazu besteht nicht, denn keines dieser Mitglieder habe je etwas gegen den Bestand des neuen Staates unternommen. (Lebh. Widerspruch bei den Soz. und Komm.)

Abg. Neubauer (Komm.) erinnert daran, daß Bismarck das Privatvermögen des hannoverschen Königs 1866 beschlagnahmte mit der Begründung, daß Preußen gegen Umtriebe des Welfen-

hauses geschützt werden müßte. Der § 18 biete nicht den notwendigen Schutz gegen Umtriebe der Fürsten. Die Verbindung Wilhelm's II. mit dem Verschwörer Claj sei nachgewiesen.

Abg. v. Nisthos (Dem.): Die Fürsten haben immer eine andre Rechtsstellung eingenommen als andre Staatsbürger. Sie können deshalb auch nicht in derselben Weise behandelt werden.

Abg. Landsberg (Soz.):

Der Abg. Lohmann hat diesen Paragraphen als Zeichen der Schwäche der deutschen Republik bezeichnet. Wenn sich eine Schwäche bei unserm Staatswesen zeigt, so liegt das nicht zuletzt daran, daß sich unter den Beamten sehr viele Männer befinden, die der deutschen Republik auf ganz besondere Weise dienen. Was es aber auch eine Schwäche des Staatswesens, als Preußen und der Norddeutsche Bund nach dem Jahre 1866 noch zu ganz andern Maßnahmen gegen Hannover und Hessen gezwungen haben? Herr Lohmann hat weiter gesagt, daß der neue Staat Großmut zeigen müsse. Ich glaube, daß der § 18 keinen Mangel an diesem Gefühl hat, er enthält schon allzuviel an Großmut. Wenn Bismarck im Jahre 1866 ebensobiel Großmut gezeigt hätte, wie es die Wälder dieses Kompromisses taten, dann hätten sich Hannover und Hessen außerordentlich glücklich gefühlt. Steht in diesem Gesetz etwas von Beschlagnahme, steht etwas darin, daß die Vermögen von den Behörden der deutschen Republik ad libitum verwendet werden könnten? Wie ist man dagegen mit dem Vermögen der Welfen umgegangen? Nur an eins will ich erinnern, an den Fall des Reichsbankdirektors, der eine Million unterschlagen hatte, aber so glücklich war, einen Minister zum Schwiegerjohn zu haben. Fürst Bismarck hat dann eine Million dem Schwiegerbater des Ministers

zur Deckung der Unterschleife

aus dem Welfenfonds ausgezahlt. Was bedeuten demgegenüber die Bestimmungen in diesem Gesetz? Für uns genügen sie nicht. Wir haben nicht das geringste Vertrauen zu den früheren Fürsten, deshalb beantragen wir eine Verschärfung der Bestimmungen.

§ 18 wird hierauf unter Ablehnung des sozialdemokratischen Abänderungsantrags von den Regierungsparteien angenommen.

Die §§ 19 bis 25, die das Verfahren vor dem Sondergericht regeln, werden nach kurzen Bemerkungen des Abg. Rosenfeld (Komm.) und Drhanber (dt.-natl.) von den Regierungsparteien angenommen.

Es folgen die letzten §§ 26 bis 29, die unter anderem die Ansprüche der sogenannten Standesherren regeln.

Abg. Rosenfeld (Soz.): Es handelt sich hier um die Familien, die bis zum Jahre 1805 eine Souveränität ausgeübt haben. Sollen auch diese ehemaligen Fürstentümer auf Kosten des deutschen Volkes leben? Die Renten, die sie beanspruchen, machen insgesamt fast 2 Millionen Mark

im Jahre aus. Es handle sich insbesondere um jenen Landgrafen Alexander Friedrich von Thüringen, dessen Ansprüche sich auf die Verkäufe deutscher Landesländer an das Ausland gründen. Aus dieser unbilligen Forderung soll heute noch eine Rente von 600 000 Mark gezahlt werden. Dann kommt der Graf Salm-Horstmar, der der Vertrauensmann des Herrn Claj ist. Wir fordern die gänzliche Beseitigung dieser fürstlichen Renten.

Abg. Forin (Komm.) fordert Beseitigung der Faulenzer-Renten.

Abg. Drhanber (dt.-natl.) beantragt die Streichung des § 26. Nach Ablehnung der übrigen Abänderungs- und Streichungsanträge wird ein Antrag der Mittelparteien angenommen, der dem letzten Absatz des § 26 folgende Fassung gibt:

Ansprüche auf Abfindungen, Renten oder ähnliche Staatsleistungen fallen entschädigungslos fort, soweit sie für die Uebertragung von Hoheits- oder ähnlichen öffentlichen Rechten oder für die Ueberlassung von Gegenständen geschuldet werden, die als Staatseigentum zu gelten hätten. Im übrigen können sie ganz oder zum Teil für erloschen erklärt werden, wenn im Hinblick auf ihren Entstehungsgrund und die seit ihrer geschichtlichen Entwicklung ihr Fortbestand nicht gerechtfertigt erscheint.

Mit dieser Abänderung wird der § 26 angenommen. Der Rest des Gesetzes wird bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen und Völkischen gegen die Kommunisten angenommen. Damit ist die zweite Beratung der Vorlage erledigt.

Ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung über verbürgten Weingeist für Heil- und kosmetische Zwecke wird dem Steuer-ausschuss, ein Zentrumsantrag auf Durchführung des Kanalbaues Wachen-Mein dem Verkehrsausschuss überwiesen.

Die Lampe mit dem roten Schirm.

Roman von Otto Schwerin.

(25. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Die drei stiegen langsam die Treppe zum ersten Stockwerk hinauf, wo sowohl Luz als auch die Sängerin logierten. Dort entschuldigte sich der Detektiv einen Augenblick, um das Paket, das er unter dem Arme hielt, in sein Zimmer zu tragen und sich die Hände zu reinigen.

Wenige Minuten später trat er bei Violetta ein, die zwei Zimmer innehatte, einen Salon und ein Schlafzimmer. Auf einem kleinen Tisch des im Empirestil gehaltenen Salons stand bereits das Teeservice sowie zwei Schalen jenes leichteren, feinen Gebäcks, in dessen Zubereitung die Wiener Patissiers Meister sind.

Violetta wusch mit ihrer ringgeschmückten weißen Hand auf einen Sessel. Luz nahm Platz.

„Erzählen Sie,“ sagte sie auffordernd, indem sie die Tasse des Detektivs mit Tee füllte. „Hier ist Zucker, bedienen Sie sich bitte selbst.“

„Grazie Signorina — erzählen?“ fragte Luz. „Zu erzählen gibt es leider nicht viel. Erstens ist der Gang der Untersuchung noch zu wenig fortgeschritten, als daß ich oder ein anderer sich schon ein abschließendes Urteil bilden können, und zweitens, wenn etwas von Wichtigkeit entdeckt worden wäre, hätte ich Ihrem Wunsche, Signorina, doch nicht nachkommen können, denn ich darf nichts ausplaudern. — Sie wissen doch, Signorina, was man unter Verurteilung versteht?“

„Natürlich weiß ich das,“ antwortete Violetta und blickte leicht auf die Unterlippe: „Ich verlange ja auch gar nicht, dottore, daß Sie sich in Einzelheiten verlieren, nur so im großen ganzen wollte ich orientiert sein. Waren Sie mit dem Verlauf Ihrer Untersuchung zufrieden?“

„Wie man's nimmt,“ entgegnete Luz.

Violetta schweigend und löffelte in ihrer Tasse.

„Die Sängerin Meja ist aber doch wohl unschuldig?“ fragte Leutnant von Monsterrat, der sich jetzt zum erstenmal am Gespräch beteiligte.

„Zweifelloß,“ sagte Luz. „Ich darf sogar noch weiter gehen und Ihnen verraten, daß ich persönlich es auf Grund meiner eingehenden Untersuchungen für ganz ausgeschlossen halte, daß eine Frau als die Mörderin in Frage kommt, wenn ich andererseits auch davon überzeugt bin, daß das bekannte „cherchez la femme“ auch auf den Fall Brohaffa anwendbar ist.“

Violetta blinzelte auf.

„Siehst Du, Luz, wie recht ich wieder einmal hatte. Sie müssen nämlich wissen, dottore, daß ich vorhin Ivo ausführlich

explizierte, warum es wohl als ausgeschlossen gelten darf, daß eine Frau als Täterin in Frage kommt, und daß die Polizei irrt. Denn eine Frau hat meiner Ansicht nach Herrn von Brohaffa nicht umgebracht.“

„Signorina,“ sagte Luz in leichtem Konversationsston, „darf ich wissen, auf Grund welcher Annahmen Sie zu der doch immerhin recht gewagten Behauptung gekommen sind?“

„Gewagt, dottore? Inwiefern ist meine Behauptung gewagt?“

„Nun,“ meinte der Detektiv langsam, „Sie wissen doch eigentlich von der Angelegenheit nicht mehr als das, was in den Zeitungen stand, und das ist herzlich wenig.“

„Sie haben mich nicht richtig verstanden, dottore, ich äußerte mich ganz allgemein, und nicht über den Fall Brohaffa im Besonderen. Natürlich keine ich die Einzelheiten des Falles gar nicht und wollte mit meiner Behauptung nur zum Ausdruck bringen, daß es der weiblichen Psyche, der ganzen Wesenart der Frau vollkommen widerspricht, einen Mord auf eine solche brutale Art und Weise zu begehen.“

„Sie wollen also behaupten,“ sagte Luz, den die Unterhaltung zu interessieren begann, „daß eine Frau unfähig wäre, zu morden?“

„Nein, ich denke gar nicht daran, etwas derart Unsinniges behaupten zu wollen. Es gibt Fälle, wo eine Frau weit grausamer sein kann wie ein Mann, und vor keiner Gewalttat zurück-jähret. Ich für meine Person bin überzeugt, daß eine Frau niemals oder doch fast niemals einen Mord in der Weise begeht, daß sie vermittels eines schweren Werkzeuges den Gegenstand ihrer Wut, ihres Hasses zu Boden schmettert.“

In des Detektivs Augen funkelte ein jeltames Leuchten. „Darf ich fragen, Signorina, woher Ihnen bekannt ist, daß Herr von Brohaffa mit einem schweren Werkzeug niedergeschlagen worden ist?“

Violetta griff zur Decke. „Wollen Sie mir bitte Ihre Tasse noch einmal reichen, dottore,“ sagte sie lebensmüdig, „sie ist, wie ich sehe, leer. — So, danke. — Was sagten Sie? — Ich so. Nun, die Sache stand doch in der Zeitung. Dort hieß es doch — ich erinnere mich der Fassung natürlich nicht mehr genau — Herr von Brohaffa wurde mit einer schweren Kopfwunde, oder mit zerstücktem Schädel tot, am Boden liegend, aufgefunden. Das stimmt doch, dottore? Nun, sehen Sie? Daraus schloß ich natürlich, daß Herr von Brohaffa mit einem schweren Gegenstand niedergeschlagen wurde. Und daß eine Frau auf diese Weise mordet, halte ich für ausgeschlossen. — Die weiblichen Mordwaffen sind Gift, Vitriol, vielleicht auch der Revolver, aber brutale Kraftamputation, wie im Falle Brohaffa, läßt meines Erachtens nur auf einen Mann als Täter schließen, falls überhaupt ein Mord vorliegt, was ja noch gar nicht erwiesen ist. Nicht wahr?“

„Ich bewundere Ihren Scharfsinn, Signorina Violetta,“ sagte Luz ruhig. „Ich will Ihnen gestehen, daß ich der gleichen Ansicht bin, und, ohne eine Indiskretion zu begehen, darf ich Ihnen gleichfalls verraten, daß es auf Grund meiner heutigen Untersuchungen tatsächlich als ausgeschlossen gelten kann, daß eine Frau als Täterin in Frage kommt. — und nun, Signorina, wollen wir mit Ihrer gütigen Erlaubnis das Thema Kriminalistik fallen lassen, das ich kein Gesprächsstoff für Damen.“

„Wenn Sie meinen,“ dottore,“ sagte Violetta, „gerne; meine Wißbegierde ist befriedigt.“ Dann reichte sie Luz die Schale mit Gebäck. „Bedienen Sie sich doch, bitte. Mich entschuldigen Sie nun, Signori. Es ist Zeit, an die Arbeit zu denken.“

Ivo von Monsterrat zog seine Uhr.

„Madonna!“ rief er aus. „Du mußt Dich umziehen, Violetta. Es ist höchste Zeit.“

„Ich bin gleich fertig, meine Herren,“ sagte die Sängerin unter der geöffneten Tür ihres Schlafzimmers, „und bitte Sie, nicht böse zu sein, wenn ich Sie nun zehn Minuten allein lasse. Ich rechne natürlich darauf, daß Sie mich nächster zum Theater begleiten.“

„Das versteht sich für meine Person ganz von selbst,“ sagte Leutnant von Monsterrat, und auch Luz machte eine leichte, zustimmende Verbeugung, ohne sich von seinem Sitze zu erheben.

Die beiden Herren zündeten sich Zigaretten an.

Ivo von Monsterrat wollte natürlich auch das Gespräch wieder auf den Fall Brohaffa lenken, doch Luz wehrte höflich ab.

„Lieber Freund,“ sagte er und zog ein Spiel Karten aus der Tasche, „wollen wir nicht die Kriminalistik begraben lassen, Sie paßt wirklich nicht in einen Damensalon. Ich glaube, wir beschäftigen uns zweckmäßiger und angenehmer hier mit den Karten. Sie wissen ja, wie schnell die Zeit bei einem kleinen Spielchen vergeht, und zu den „nur“ zehn Minuten, die Sie auf offengefanden nicht allzuviel Vertrauen.“

Leutnant von Monsterrat lachte. „Sie haben Fräulein Delhs überraschend gut kennengelernt,“ sagte er.

„Gewiß es sich um oberflächliche Dinge handelt,“ entgegnete Luz ernst, „mag das wohl zutreffen.“

Und ohne eine Antwort des Offiziers abzuwarten, griff er nach der Karten.

„Sie geben, Herr Leutnant,“ sagte er.

Und Monsterrat griff, ohne zu reden, das Kartenspiel auf. Bezüglich Violettas hatte sich Luz diesmal aber doch getraut, denn es vergingen tatsächlich kaum zehn Minuten, bis die Sängerin im Strahlenkleid, und einem leichten Gebilde von Tall und Strohhüte auf dem Kopfe, wieder im Zimmer erschien.

(Fortsetzung folgt.)

Anlässlich der Anträge der verschiedenen Parteien über die Hochwassererschädigten

richtet der Haushaltsausschuss in einem Antrag an die Regierung das Ersuchen, in Verbindung mit den Ländern die Schäden festzustellen und alsbald für ausreichende Hilfe zu sorgen.

(Abg. Pirnte (Komm.) begründet einen weitergehenden Antrag seiner Freunde, der 150 Millionen für Dammbauten und Entwässerungsanlagen verlangt.

Abg. Ferl (Soz.):

Wir fordern, daß bei der Hilfeleistung die durch das Hochwasser Geschädigten, vor allem die kleinen Leute, berücksichtigt werden, insbesondere die kleinen Wächter. Die dazu notwendigen Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden, auch aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Es kommt jetzt darauf an, schnell Hilfe zu leisten, frei von bürokratischen Engpassigkeiten. Auch den Ländern müssen Mittel gegeben werden, denn aus eigener Kraft können sie vielfach, wie z. B. Anhalt, die notwendige Hilfe nicht immer leisten. Wenn die Sozialdemokraten auch dem Ausschussbeschluss zustimmen, so bedeutet das nicht, daß sie damit ihre weitergehenden Forderungen für die durch das Hochwasser Geschädigten aufgeben.

Ohne Aussprache werden in zweiter und dritter Lesung verabschiedet: der zweite Zusatzvertrag zu dem am 1. September 1920 abgeschlossenen deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen; der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bankgesetzes; der Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen.

Es folgt der Bericht des Sozialen Ausschusses über das Washingtoner Übereinkommen über die

Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft.

Ueber die Ausschussverhandlungen berichtet Abg. Frau Schröder (Soz.): Der Ausschuss beantragt die Annahme folgender Entschließung: „Der 9. Ausschuss hat von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis genommen und erwartet die unverzügliche Vorlage der Gesetzesentwürfe zur Anpassung der deutschen Gesetzgebung an den Inhalt des Washingtoner Abkommens über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft.“

Wenn auch die Mehrheit des Ausschusses der Resolution zugestimmt hat, so war doch der Wille des Ausschusses, daß die entsprechenden Vorlagen spätestens bei Beginn der Herbsttagung dem Reichstag zugehen.

Die Rednerin berichtet ferner über die Ausschussverhandlungen über den Gesetzentwurf zur Abänderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung. Es handelt sich hierbei um die Regelung der Leistungen der Krankenkasse für Schwangere und Wöchnerinnen. Die Krankenkassen erhalten danach einen

Reichszuschuß von 50 Mark

für jeden Entbindungsfall. Für jede versicherte Schwangere ist jetzt die freie Hebammenhilfe sichergestellt, ebenso freie Arznei und Heilmittel. Die Schwangeren erhalten ferner einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 10 Mark und ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 50 Pfennig täglich, für vier Wochen vor und sechs zusammenhängende Wochen unmittelbar nach der Niederkunft. Weitergehende sozialdemokratische Anträge sind im Ausschuss abgelehnt worden. Es wurde lediglich erreicht, daß die Dauer des Wochenlohnbezugs vor der Entbindung auf zwei weitere Wochen erstreckt wird, wenn die Schwangere während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt, und vom Arzt festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb 6 Wochen stattfinden wird. Trifft sich der Arzt bei der Berechnung des Zeitpunktes der Entbindung, so hat die Schwangere gleichwohl Anspruch auf das Wochenlohn von dem in dem ärztlichen Zeugnis angegebenen Zeitpunkt bis zur Entbindung.

Die Rednerin erörtert schließlich eine Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion, die auch im Ausschuss behandelt worden ist, die Reichsregierung zu ersuchen, durch Einwirkung auf die Landesbehörden zu erwirken, daß in mißverständlicher Anwendung des § 7 Abs. 3 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 die Leistungen der Krankenversicherung in bezug auf Wochenhilfe und Familienwochenhilfe, oder ein Teil derselben auf die Erwerbslosenfürsorge angewendet werden.

Die Rednerin erklärt zum Schluß, nicht alle Wünsche sind im Ausschuss erfüllt worden, besonders nicht die der Sozialdemokraten und Kommunisten. So sehr ich das bedauere, so muß ich doch sagen, daß das, was heute unterbreitet wird, einen großen Fortschritt bedeutet. Eine

Jahresrente alte Forderung

ist erfüllt worden, daß den Wöchnerinnen die normale Gebarmen-hilfe sichergestellt werden soll. Zunächst geschieht das für die Versicherten, aber ich hoffe und fordere, daß auch die minderbemittelten Wöchnerinnen diese Hilfe bald bekommen. Ich hoffe weiter, daß die Reichsregierung ihre Versprechungen wahr machen und die Vorlagen zur Anpassung der Versicherung an die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zum Herbst einbringen wird. Gegenüber den aus politischen Gründen vorgebrachten Bedenken, daß große Industriestaaten die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Wöchnerinnenzuschuß noch nicht vorgenommen haben, spreche ich von dieser Stelle den Wunsch aus, daß bis dahin auch das geschehen möge. Aber wenn das nicht der Fall sein sollte, dann können wir doch stolz darauf sein, daß Deutschland den andern Staaten in der Mutterkassens-fürsorge vorangeht.

Die beiden Vorlagen werden darauf nach den Beschlüssen des Ausschusses verabschiedet. Auch die Entschließung der Sozialdemokraten, die sich gegen die Anrechnung der Wöchnerinnenhilfe auf die Erwerbslosenfürsorge richtet, wird angenommen.

Gegen 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag mittig 2 Uhr. Präsident Lohé schlägt vor, auf die Tagesordnung zu setzen den Gesetzentwurf über die Aussetzung von Verjährungen (Spezialgesetz für die Auseinandersetzungen mit den Fürstentümern), ländliches Siedlungswesen, Vertrag mit Dänemark, Auswüchse des Kartellwesens.

Abg. Schulz (Bromberg, dt.-nall.) beantragt, den dänischen Vertrag

von der morgigen Tagesordnung abzuheben und ihn zusammen mit dem schwedischen Vertrag zu verhandeln.

Abg. Hiltberding (Soz.) wendet sich dagegen. Der dänische Vertrag müsse unabhängig von dem schwedischen Vertrag verhandelt werden. Mit den Rechtsparteien stimmt auch der Senat für die Absetzung des dänischen Vertrags. Da die Abstimmung zweifelhaft ist, muß noch eine Auszählung des Hauses vorgenommen werden. Die Absetzung des dänischen Vertrags wird mit 160 gegen 149 Stimmen beschlossen.

Klagen wider das Reich.

Am Mittwoch wurde im Landtag mit der dritten Beratung des Staats begonnen. Bei der allgemeinen Besprechung nahm zunächst das Wort Ministerpräsident Braun. Er appelliert mit besonderem Nachdruck an das Reich, zur Durchführung des Notstandsarbeiten-Programms

ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Reichsfinanzminister habe erfreulicherweise bekanntgegeben, daß die Reichsfinanzverwaltung mit Ueberschüssen abgeschlossen habe. Um so mehr sei das Reich verpflichtet, gerade in der Arbeitslosenfrage nicht zu knausern. Das Gleiche gelte für die Wiedergutmachung der Ueberschüsse in Vermögensschäden; auch hier müsse das Reich mehr zur Deckung beitragen. Es habe wohl früher Zuschüsse versprochen, dabei aber merkwürdigerweise erklärt, dazu von Rechts wegen nicht verpflichtet zu sein.

Der Ministerpräsident streifte dann eine Reihe preussischer Beschwerden gegenüber dem Reich. Er kritisierte, daß das Reich eine Siedlungseinrichtungen schaffen wolle, während Preußen einen gut eingespielten Siedlungsapparat zur Verfügung habe. Statt unnötige Klösungen zu verursachen, solle das Reich lieber die versprochenen 50 Millionen endlich auch der Siedlung zuführen lassen. Preußen habe im Friedensvertrag ein fünftel seines Waldbestandes abtreten müssen. Das Reich habe seinerzeit die Ersatzpflicht anerkannt. Jetzt rede es davon, daß durch eine Abschlagszahlung von 65 Millionen die Verbindlichkeiten erledigt seien. (Hört, hört!) Das Reich habe sich ferner eine eigne Reichsforstverwaltung zugelegt. Preußen habe bis jetzt dagegen vergeblich protestiert. Ebenso seien die Wünsche Preußens bei der Befreiung der preussischen Stelle im Verwaltungsrat der Reichsbahn noch immer nicht erfüllt. Obwohl Preußen mehr als irgendein andres Land dem Reich die Treue gehalten habe, werde jetzt seine Reichstreue durch

Nichtachtung berechtigter Wünsche

belohnt. Sein Wunder, wenn die kleineren Länder jedesmal, wenn sie von Preußen etwas erreichen wollen, Reichsinteressen vorschützen. Preußen habe geglaubt, verschiedene Zwergländer könnten nichts Besseres tun, als sich an den preussischen Staatsverband anschließen. Wir haben uns, betont der Ministerpräsident, getäuscht. Preußen wird künftig nicht mehr seine Verwaltungseinrichtungen zur Verfügung stellen, nur damit die Zwergländer ihre Selbständigkeit erhalten können. Der Successionsvertrag mit Waldeck ist gekündigt worden; er läuft nur noch 2 Jahre.

Ueber die Groß-Hamburg-Frage

bemerkt der Ministerpräsident, daß der hamburgische Staat nicht nur über die Staatseinnahmen einer reichen Stadt, sondern auch noch über die Staatseinnahmen aus den Reichsteuerüberweisungen verfüge, ohne an den Lasten für das flache Land beteiligt zu sein. Die Einwohner der preussischen Randgemeinden des Hamburger Wirtschaftsgebiets stellen die Arbeitskraft zur Verfügung, die Lasten dieser Randgemeinde trägt aber Hamburg nicht. Hier muß vom Reich wegen endlich ein Ausgleich geschaffen werden. Nach dem Scheitern der Verhandlungen ist es Pflicht des Landtags, den preussischen Randgemeinden ihre gemeindliche Selbständigkeit zu sichern. Das erfordert finanzielle Opfer.

Der Ministerpräsident fordert zum Schluß zur Besserung der finanziellen Leistungsfähigkeit eine durchgreifende Verwaltungsreform. Besser eine Anzahl kleine, aber ordentlich bezahlte Beamtenschaft, als ein großes Beamtentum, das zum Leben zuwenig und zum Sterben zuviel erhält. (Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Osterroth (Soz.):

Die Klage des Ministerpräsidenten war geradezu eine Flucht in die Deffinitivität.

Die Staatsmaschinerie arbeitet in Preußen außerordentlich reibungslos. Infolgedessen viel Zeit- und Kraftverschwendung. Die Ursache für die Schwierigkeiten liegt zum Teil in den wenig klaren Mehrheitsverhältnissen. Seit der Landtagswahl von 1924 hat allerdings das Volk im Reich und in Preußen etwas deutlicher gesprochen, und besonders deutlich unlängst beim Volksentscheid. Der Kräfteverschiebung draußen sollte man endlich im Landtag etwas mehr Rechnung tragen, damit die ewige Krifenluft verschwindet. Zu Krifen ist jetzt keine Zeit, es gibt jetzt Wichtigeres zu tun. (Sehr richtig! links.)

Drei große Gegenwartsfragen

stehen vor uns: Sicherung des republikanischen Staates, Reorganisation der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Arbeit für die Industriearbeiter und großstädtische Siedlungen! Wir müssen aus den Agrargebieten Deutschlands etwas anderes machen als Domänen des Großgrundbesitzes. Dann brauchen wir vor allem eine vernünftige Handelspolitik. Das Zusammenreffen der neuen Schutzolläre mit der Wirtschaftskrise ist nicht von ungefähr. Was wurde mit den hohen Verhandlungsschulden erreicht? Nichts! Nichts gegenüber Frankreich, nichts gegenüber Polen. Statt Deutschland wirtschafts- und parteipolitisch zum großen Magnet Europas zu machen, schlagen wir uns in Deutschland gegenseitig die Köpfe ein um Dinge, die längst selbstverständlich sein müßten, wie zum Beispiel um die Staatsform und um die Verfassung. Die Verfassung kann nicht mit Bajonetten revidiert werden. Die Verfassung ist die Basis für den Aufstieg

der Massen, die heute etwas ganz anderes darstellen als die Knechte und Fronbauern der Feudalzeit. Das selbstbewußt gewordene Volk und seine Kerntruppe, die organisierte Arbeiterschaft, kann ohne die Weimarer Verfassung nicht existieren, sie braucht diese Verfassung wie die Luft zum Leben. In der Sicherung dieses Lebens-elementes für die Volksmassen, in der Sicherung der Verfassung

und der Republik liegt die neue historische Aufgabe Preußens. (Beifall bei den Soz.)

Im weiteren Verlauf der Aussprache kam der deutsch-nationale Abgeordnete Schlang (Schünning) noch einmal auf die Polizeiaktion gegen die Putzschlitten zurück. Schlang fragt den Ministerpräsidenten, ob er dem Landwirtschaftsminister Steiger von seinem Vorgehen gegen den Präsidenten Dünnlitz Mitteilung gemacht habe. Die Polizeiaktion habe nur die Reihe der politischen Skandale der Aera Braun um einen neuen Fall vermehrt. Einstweilen sei die Skandalreihe mit dem Fall Lessing abgeschlossen worden. Man müsse der Studentenschaft nur gratulieren, daß sie sich gegen einen Menschen wie Lessing zur Wehr gesetzt habe. Lessing habe im Reporterstil über den Haarman-Standal geschrieben; mit einem solchen Menschen erziehe man weder eine nationale noch eine christliche Jugend. (Zuruf des Sozialdemokraten Meyer (Berlin): „Für Ihr Christentum danken wir!“)

Nach den Ausführungen der Abgeordneten Schwarzhaup (D. Vpt.), Bartels (Profeld, Komm.) und Nebel (Dem.), die keine neuen Gesichtspunkte brachten, vertagte sich das Haus zur Weiterberatung auf Donnerstag.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Konferenz des Bundesauschusses.

Der Bundesauschuss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes wird — wie uns von zuständiger Stelle geschrieben wird — am 9. und 10. Juli in Düsseldorf zu seiner vierten Sitzung zusammenzutreten. Die Sitzung ist nach Düsseldorf einberufen worden, um den Verhandlungsständen Gelegenheit zu geben, unter sachkundiger Führung die „Gesolei“ zu beschließen, an der auch die Gewerkschaften beteiligt sind.

Als Hauptpunkt der Tagesordnung ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsbeschaffung vorgesehen. Außerdem wird eine Aussprache über die Förderung des Arbeiterschutzes stattfinden, die insbesondere der Mitarbeit der Gewerkschaften an der vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Arbeiterschutts“ gelten wird. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Schrup, wird an dieser Aussprache teilnehmen. Der Leiter des Instituts für Arbeitsphysiologie in Berlin, Prof. A. H. L. e. r., wird in einem Vortrag über „Wege und Ziele der Arbeitsphysiologie“ die Bestrebungen dieses Instituts erläutern.

Am Sonntag den 11. Juli ist eine große Jugendkundgebung geplant, bei der eine Reihe von Verhandlungsständen sprechen werden. Am Montag den 12. Juli wird anschließend eine Konferenz von Vertretern der Zentralverbände der Bezirke und der größten Ortsauschüsse abgehalten werden, die sich mit Maßnahmen zugunsten der erwerbslosen Jugendlichen beschäftigen wird. Vor allem sollen die Düsseldorfser Einrichtungen für die erwerbslose Jugend, die Schulwerkstätten und Schulgärten, besichtigt werden.

Betriebsräte der Wasserbauverwaltung. Die Wahlen der Hauptbetriebsräte für die preussische Wasserbauverwaltung führten zu folgendem Ergebnis: Freigewerkschaftliche Arbeiter 2801 (2028), freigewerkschaftliche Angestellte 226 (183), Wasserstraßengewerkschaft 641 (726), Angestellte 102 (99). Die Wahlbeteiligung war im Jahre 1926 größer als im Vorjahre. Die freigewerkschaftlichen Arbeiter haben ihre Stimmengahl um 87 Prozent gesteigert. Bei der Verteilung der Sitze entfielen auf die freien Gewerkschaften vier Arbeiter- und zwei Angestelltenstimmen. Die christlichen Gewerkschaften erhalten einen Arbeiterstimme.

Ferienvereinbarung. In der Profelder Metallindustrie kam unter Mitwirkung des Schlichters eine Einigung zustande, die folgendes vorsieht: Der zum 1. August gekündigte Tarifvertrag wird zu diesem Zeitpunkt mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß für das Urlaubsjahr 1926 der Urlaub mit 70 Prozent des Lohnausfalls vergütet wird. Der Anspruch richtet sich jeweils nach der Beschäftigung im Urlaubsjahr. Als Berechnungsgrundlage gilt der Zeitpunkt vom 1. April 1925 bis 1. April 1926.

Befreiung mit Wartestandsbeamten. Wie die Beamtenkorrespondenz mitteilt, ist dem Preussischen Landtag soeben der mündliche Bericht des Hauptauschusses über den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltplans für 1926 zugegangen, in welchem der Hauptauschuss die Einsetzung eines § 1a beantragt, der besagt, daß die zweiten freigeordneten und befristeten Stellen der Besoldungsgruppen A 1 bis 13 mit geeigneten, insbesondere vorgezogenen Wartestandsbeamten zu besetzen sind. Ausnahmen sollen nur in zwingenden Fällen mit Genehmigung des Finanzministers zulässig sein.

Bergarbeiter-Generalversammlung. Am Sonntag und Montag findet in Saarbrücken die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands statt. Die vorläufige Tagesordnung sieht u. a. ein Referat von Professor Dr. Singheimer über „Grundrechte und Grundpflichten aus den Tarifverträgen“, „Grundrechte und Grundpflichten aus den Tarifverträgen“, ferner einen Bericht über die sozialpolitischen Fragen, der besonders das neue Reichsstaatsangehörigkeitsgesetz behandeln dürfte sowie einen Bericht über den Gewerkschafts- und internationalen Bergarbeiterkongress, d. h. über den englischen Bergarbeiterstreik und seine Rückwirkung auf die Lage der deutschen Bergarbeiter.

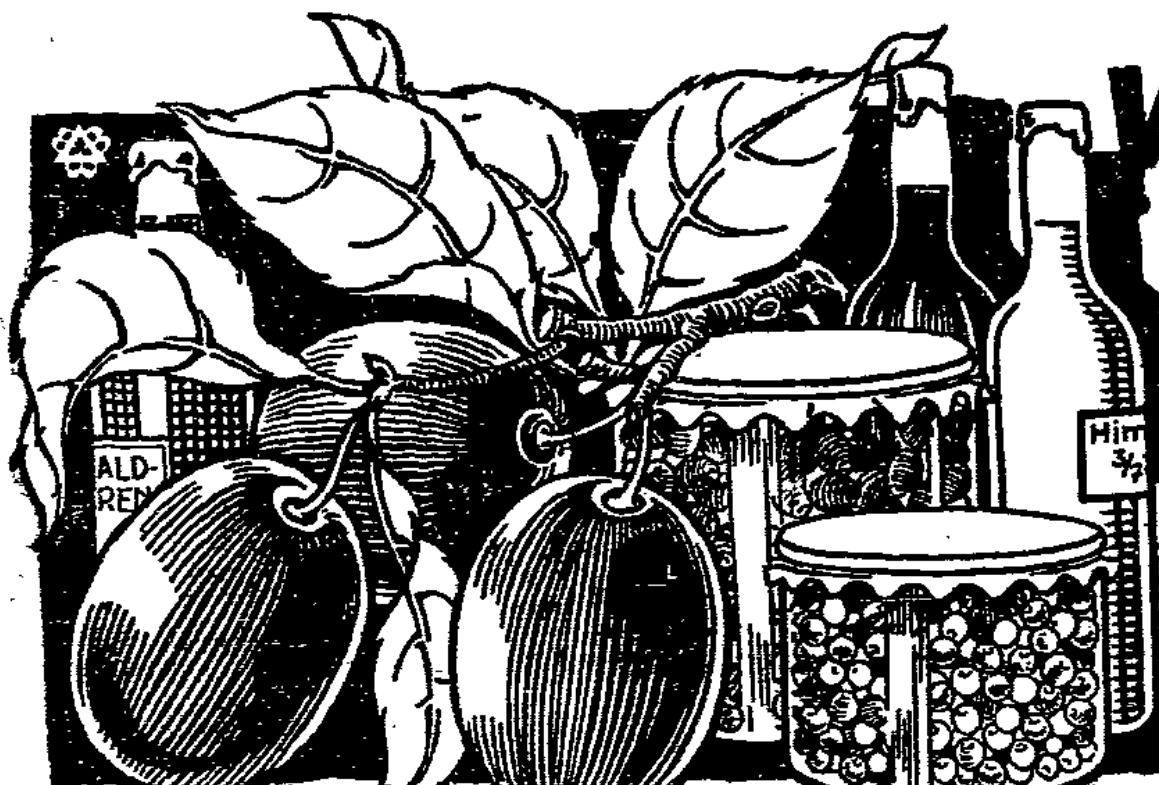
Urteil eines Arztes.

Herr Dr. Fr. Neumann, der seit langer Zeit in Berlin seine Praxis ausübt, gab folgendes Rezept für ein selbstanzufertigendes Mittel gegen graue Haare heraus:

„Graues, fleißig gewordenes oder ausgebleichtes Haar kann schnell wieder schwarz, braun, hellbraun werden oder sonst jede gewünschte Farbe durch das folgende, zu Hause herzustellende Mittel wiedererlangen:

Man beschaffe sich nur in irgendeiner Apotheke eine Schachtel Barbo Compositum; es ist billig und verursacht keine Extraausgaben. Man löse das Mittel in 60 Gramm destilliertem Wasser auf und kämme das Haar damit durch. Genaue Gebrauchsanweisung und eine Barbo-Garantie liegen jeder Schachtel bei.

Es ist unschädlich, geht nicht wieder ab, ist weder klebrig noch fettig und läßt das Haar loder. Grauhaarige Personen sehen um viele Jahre jünger aus.“



Vor dem Verderben

durch Schimmel und Gärung werden alle für den Winter eingemachten Früchte sicher geschützt, wenn man sie mit

Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

einmacht. Es ist das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren. — 1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hülfe für 7 Pfg. genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Gebrauchs-Anweisung ist jedem Päckchen aufgedruckt.

Dr. Oetker's Einmache-Rezepte erhalten Sie kostenlos in den einschlägigen Geschäften. Verlangen Sie ebendasselbst die beliebten Oetker-Rezeptbücher, wenn vergriffen, portofrei von:

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Spizelarten in der Kommunistischen Partei.

Uns wird geschrieben:

Der „Spizel-Almanach“ der kommunistischen Zentrale unterscheidet verschiedene Arten von Spizeln, die in den Reihen der kommunistischen Organisationen tätig sind. Ueber die Herkunft wird gesagt (S. 12):

In der Tat ist es der Bourgeoisie gelungen, starke Hilfstuppen... aus den Reihen der Arbeiterschaft oder der Schichten, die sozial der Arbeiterschaft nahe stehen... zu gewinnen... Das Hauptkontingent im unterirdischen Kampfe gegen die kommunistische Partei stellt jedoch das sogenannte Lumpenproletariat, das mit der Bourgeoisie auf Geheiß und Verberb verbunden ist.

Es wird unterschieden zwischen Hochstaplern, Schwadern, Fälschern, Betrügnern, Spizeln, Provokateuren, Denunzianten und Verrätern. Der „Spizel-Almanach“ spricht von „sonst guten Genossen, die durch lange Illegalität oder großes wirtschaftliches Elend demoralisiert, sich zu Betrügnen und zu andern parteischädigenden Handlungen (Schwägereien, Drohungen, ja sogar Verrat) hinreissen lassen“. Gegen solche „schwache Genossen“ wird weitherziges Entgegenkommen angeraten, „damit wir sie der Revolution erhalten oder wenigstens nicht zu noch größeren Verberbungsstaten gegen die Partei treiben“.

Die Spizel werden nach dem Almanach „von der Bourgeoisie als Vertrauensleute in die kommunistische Partei geschickt“ oder „sie versucht, durch Kauf von Funktionären Nachrichten über die Organisationen zu erhalten“. Die zweite Methode wird als die viel gefährlichere bezeichnet: „Der gekaufte Funktionär fällt nicht auf, weil er die theoretischen Voraussetzungen für die politische Arbeit hat und in der Partei verwachsen ist.“

Ueber die Rolle der Provokateure wird (S. 16) gesagt:

Wir finden ihn innerhalb und außerhalb der Partei. Innerhalb der Partei nicht er mit Vorliebe den Materialismus der Erwerbslosen oder anderer gerade besonders bedrohter Schichten aus. Er zeigt sich massenhaft in akuten revolutionären Situationen, z. B. im Oktober 1923. Der Zweck seiner Tätigkeit ist klar. Die revolutionären Kräfte sollen zerrissen, dem Militär und der Klassenjustiz Gelegenheit zum Einschreiten gegeben werden.

Der Almanach lehrt zu unterscheiden „zwischen dem notorischen Verräter, der der Partei den Rücken gekehrt hat und sie völlig preisgibt, um sich zu entlasten oder wenigstens im Strafmaß begünstigt zu werden, und jenen Genossen, die aus Unbeweglichkeit oder in einer vorübergehenden Schwäche den erpresserischen Methoden unterliegen“. (S. 17.)

Eine Art von „Spizeln“ ist im Almanach nicht aufgeführt: die armen Teufel, die von den Kommunisten als Spizel gebrandmarkt wurden, um „die Partei zu entlasten“ bzw. um sich der Unterstützungspflicht zu entziehen. Im „Reichsbanner“ wird darüber auf Grund eines genauen Studiums der Spizel-Liste im Almanach gesagt:

„Auf Tausende zählen die Kommunisten die Zahl der Spizel in ihren Reihen; wer die Namensliste ihres Verbrecher-Albums aufmerksam studiert, erkennt bald, daß nur ein Teil echte Spizel darunter sind und über die Mehrzahl dieser Zeitgenossen sind die Angaben so spärlich, daß ein Namens- und Ortswechsel vollauf genügt, um das Handwerk fortsetzen zu können.“

Ein großer Teil der als Spizel genannten Personen sind unglückliche Opfer der kommunistischen Rutschpolitik und der (entlarbten und noch nicht entlarbten) Spizel, die als Führer der Kommunisten heute noch tätig sind. Die Liste der Namen ist eine Liste unzähliger Tragödien. Viele arme Teufel, die 1919, 1920, 1921 und vor allem im Oktober 1923 für die Kommunisten die Waffen führten, Sprengstoffattentate verübten, Waffenlager verwalteten usw., sind von der kommunistischen Partei abgeschrieben und preisgegeben worden, sobald sie vor Polizei und Gericht nicht unbedingt ihre Hintermänner deckten und es wagten, sich auf Anordnungen kommunistischer Parteistellen zu berufen. Oft genug waren diese Parteistellen tatsächlich in Spizelhänden, während die Ausführenden ehrlich überzeugte Kommunisten gewesen sind, die in vollem Vertrauen zur Partei gehandelt hatten. Nicht weniger zahlreich sind aber die Fälle, da die (neue) Zentrale die „Politik“ der alten (abgesägten) nicht deckt und die unglücklichsten Opfer preisgibt. Und oft genug haben die Kommunisten einen der Ihren einfach als „Spizel“ und „Verräter“ gebrandmarkt, lediglich, um sich der Unterstützungsspflicht zu entziehen.“

Funktionäre als Spizel.

Aus dem „Spizel-Almanach“ sind im „Reichsbanner“ folgende Namen von Leuten verzeichnet, von der die kommunistische Zentrale behauptet, sie haben als Funktionäre Spizeldienste geleistet:

Buchholz, Otto (auch Bornholz), Berlin, Bergmannstraße 22, 86 Jahre alt, besonderes Kennzeichen: Narbe auf linkem Handrücken. Auf Berliner Funktionärerversammlung am 17. April 1924 als Spizel entlarbt.

Dachauer, Eugen. Ehemaliges Mitglied der KPD in Eßlingen. 1921 wegen eines Sprengstoffdelikts verurteilt, vorzeitig entlassen. Von da an wahrscheinlich Verräter. Im Sommer 1923 Funktionär der Partei. Einige Zeit in Schutzhaft, ohne Grund entlassen. Heppige Lebensweise. Trat Anfang März 1924 zu den Nationalsozialisten über. 1924 machte er schwer belastende Aussagen als Zeuge in münchener kommunistischen Prozessen. Einwandfrei festgestellt, daß er mindestens seit Schutzhaft 1923 für die Polizei arbeitete. (Bild Nr. 4.)

Faron, Wanne (Ruhgebiet). 1923 Zehnergruppenführer. Leistete Spizeldienste für die Franzosen. Wegen Spionage von der deutschen Polizei verhaftet und aus der Partei ausgeschlossen. Deffentliche Warnung erfolgt.

Fitz, Hans, Köln (Deckname: Frau), wurde 1922 als Spizel entlarbt, der gleichzeitig für die englische Besatzungsbehörde und die deutsche Polizei arbeitete. Er verriet auch seine beiden Auftraggeber gegenseitig. Es gelang ihm eine Zeitlang, an wichtiger Stelle der Kölner Partei zu arbeiten. Die Funktion mußte er aus für seine Spizelwerke. (Bild Nr. 22.)

Friede, Wilhelm, Hannover. 1919 Erwerbslosenrat, arbeitete als Spizel.

Gasthaus, Gustav, Düsseldorf, Platanenstraße 21, II, 42 Jahre alt, Schreiner. 1923/24 Funktionär, vorher passiv. Oktober 1924 als Spizel für die Franzosen entlarbt. Ausgeschlossen.

Gorning, Dietrich Wilhelm, geb. 21. Oktober 1904, wohnhaft Dortmund. Wurde 1920 als Spizel entlarbt und ausgeschlossen. 1923 als Spion für die Franzosen von deutschen Behörden verhaftet. Erhielt 6 Jahre Zuchthaus.

Kaltenbush, Georg, München, Blumenstraße 27. Geboren 2. November 1900. 1924 Betrüger und Denunziant in München. Nahm unehrliche Sammlungen vor, deren Erlös er für sich verbrauchte und verwendete Material der roten Hilfe. Nach seinem Ausschluss Spizel.

Kell alias Wittmann. Lebte seit 1921 illegal, entpuppte sich 1924 als Schwunder und Verräter. Suchte Geld zu erpressen und denunzierte Genossen und Unterstützungsvereinigungen der Polizei in Nürnberg.

König, Otto, Zischler, Stuttgart. Provokateur, stand 1921 durch den Spizel Dr. Lipp aus München in Verbindung mit der politischen Polizei. Im Frühjahr 1923 trat er der Partei bei. Beilegte sich während an Utkantaten, die er selbst ausdachte. Legte Waffenlager an. Von Ende Dezember 1923 bis Januar 1924 pro forma in Schutzhaft. Durch die Vermittlung seines Freundes Adolf Diener (Spizel) schloß er sich in Frankfurt a. M. der „Tischel“ an und führte sie nach Stuttgart. Nach verdächtigen Mäandern, bei denen er einen Mitarbeiter verhaften ließ, wurde er zuletzt selbst verhaftet und angeklagt. In Haft alle Ersuchen um Urlaub. Zu fast allen in Württemberg stattgefundenen Prozessen lieferte König mit Diener zusammen das Belastungsmaterial. (Bild Nr. 42.)

Koppitz, Hans, ehemaliger Metallarbeiter, Berlin-Nieder- Schöneweide, Brückenstraße 19. 1921 Spizel gegen NSP und KPD. War tätig als Agent des Reichsamts des Innern, arbeitete aber auch für die Abteilung Ia und die Nachrichtenstelle der Ortschaft zusammen mit Kapitänleutnant v. Werner, Mittelweiser Höber und Ernst Günther Kallähne. Entlarvt auf dem Parteitag in Jena 1921, den er im Auftrag der Regierung bespitzelte. (Bild Nr. 43.)

Kotzsch, Feiseur, Berlin-Neutölln, Vambachstraße. 1923 in Neutölln als Spizel im Erwerbslosenausschuß entlarbt.

Kretsch, Paul, alias Ernst Hartung, geboren in Wabern, Bezirk Meidenburg (Ostpreußen), Polizeibeamter. Wurde 1922 auf einer Gaukonferenz des internationalen Bundes der Kriegsofer als Spizel entlarbt. Beschäftigt als Parteimitglied und des preussischen Polizeibeamtenverbandes.

Kühl, Köln, 40 Jahre alt, seit 1921 Parteimitglied. Arbeitete 1924 gleichzeitig für die französische und deutsche Polizei. Verriet Waffenlager und versuchte Genossen zu provozieren.

Kühn, Paul, Leipzig, Kulturstraße 13, langjähriges Parteimitglied. 1924 Verräter in der Potsdamer Sprengstoffaffäre. Entwickelte sich zum Spizel. Horchte Genossen im Gefängnis aus. Kronzeuge der Reichsanwaltschaft in verschiedenen Prozessen gegen die Partei, so Tischelaprozess und Hochverratsprozess gegen die Zentrale.

Kuppe, Otto, letzte Adresse D. R. Hamburg 27, Niebuhrstr. 15, bei Spandau. Geboren 7. März 1903. Mitglied der KPD, trat Oktober 1923 zur NSD über. Unterschlug Geld bei der KPD. Leistete Spizeldienste für die Polizei in Halle. Versuchte insbesondere die Soldatenpropaganda auszuschmüffeln. (Bild Nr. 44.)

Kuntz, aus Köln, auch Kellner, Hermann Göttinger, Feiseur. 1922 und 1923 als Spizel und Provokateur in der Pfalz aus der Partei ausgeschlossen. Versuchte nach Ausschluß unter Drohungen Geld zu erpressen.

Mertl, München. Beging 1919 Unterschlagungen als Kassierer der Schwabinger Sektion im Spartakusbund München. 1921 als Spizel in der KPD entlarbt.

Meyer, Emil, F. R., Hamburg, Lohpfeil. 1919 in Hamburg als Spizel und Provokateur. Stand im Dienste der belarnten Spizelzentrale Küllinger und wurde in deren Auftrag Mitglied der Partei. Versuchte Arbeitslose zum Sturm auf das Hamburger Untersuchungsgefängnis und zur Demonstrierung der Wahlen zur Nationalversammlung zu veranlassen.

Monberger, Karl, Friedberg, Engelstraße 5. 28 Jahre, verheiratet. Ueberführter Betriebspizel, stark verdächtig, auch für die politische Polizei gearbeitet zu haben. Im Juli 1924 aus der Partei ausgeschlossen.

Muschel, Heinrich, Gummersbach, Körnerstraße 5. Kanzleidiatar. Lohpfeil, war Mitglied der KPD, hatte nach der Märzaktion 1921 phantastische Pläne über Aktionen der Partei ausgearbeitet und an die Ortschaft gegeben. 1922 in einem Prozeß entlarbt.

Petri, Albert, Mülheim-Ruhr, 27 Jahre alt, groß, schlank, illegaler Funktionär in Mülheim. Lieferte 1923 und 1924 Berichte an die deutsche Polizei und französische Besatzungsbehörden. Von beiden bezog er laufend Gelder. Ausgeschlossen. Bisher nicht öffentlich gemarnt.

Pöhl, auch Pöhl, Rostock. 1923 illegaler Funktionär. Anfang 1924 als Spizel für die Polizei entlarbt. Entzog sich seinem Ausschluß durch Austritt. Bisher nicht öffentlich gemarnt.

Pieper, Wilhelm (Walter), Berlin-Neutölln. 1918/19 Mitglied des Spartakusbundes, später der KPD. Verriet im Rapp-Putsch 1920 ein Bureau der KPD, an die Ehrhardt-Truppen. 1921 am Siegesjubiläum in Berlin beteiligt (in dem bekanntlich eine Zündschnur statt 5 Minuten 5 Stunden brannte und von der Polizei dann rechtzeitig gelöscht werden konnte!). Er arbeitete zusammen mit dem Kommissar Scherler von der Abteilung Ia Berlin und den Hamburger Spizeln Günther und Wiers. 1922 in Wien in einem Spionagekomplott für die „Kleine Entente“ gegen die Komintern. 1924 neuerdings in Berlin Verbindungen mit dem schwerindustriellen Nachrichtenbureau Muntia, Berlin, Friedrichstraße 209 (Wieser und Nau) und dem Nachrichtenbienst der Deutschholländischen. Arbeitete nach allen Seiten. Wegen krimineller Vergehen bestraft. (Bild Nr. 52.)

Renecky, Joseph, Bochum. 1924 illegaler Funktionär in der Partei. Wurde in einem Prozeß als Spizel für die Franzosen festgesetzt.

Repenning, Joachim, Rendsburg. 40 bis 45 Jahre alt, 1,72 bis 1,75 Meter groß, kräftige Statur, gesundes Aussehen. Spizelle 1924 als Funktionär die KPD in Rendsburg für die Polizei.

Rößiger, Ernst, besetztes Gebiet, in Münster in Haft. 1923/24 als Funktionär der Partei Spizel für die Franzosen. Gab seine Spizelrolle in Untersuchungshaft und vor der Polizei selbst zu.

Schneider, Emund. 1924 Polizeispizel in Württemberg. Verriet nach Festnahme illegale Funktionäre und geheime Werkstätten in Emund. Selbst verhaftet, suchte er die Genossen in Begleitung von Kriminalbeamten in Emund und Ehlingen auf und denunzierte sie. Selbsten in Leipzig „Zellengenosse“ von standhaften Genossen.

Schulze, Halle. 40 bis 45 Jahre, beschäftigt im Konsumverein Halle. Verpflichtete sich bei drohender Verhaftung im Oktober 1922, alles, was er über die Partei erfahren kann, der Polizei zu melden. Leistete während der Illegalität der Partei 1922/24 tatsächlich Spizeldienste.

Steinver, Duisburg. Lieferte 1924 als Parteifunktionär an das Polizeipräsidium in Duisburg Mundschreiber, Sitzungsberichte und so weiter aus. Ausschlug und Warnung Herbst 1924.

Stuhowski, Dresden-A., Sängerstraße 5, 2 Treppen. Beruf: Schneider. 38 bis 40 Jahre alt, 1,82 Meter groß, hellblondes, dünnes Haar, blaues Gesicht. Hat während der Illegalität 1923/24 in Dresden geheime Versammlungen, insbesondere der Erwerbslosen-Funktionäre, der Polizei denunziert.

Towatowski, Köln. 35 Jahre alt, schwarzes Haar. 1923/24 illegaler Funktionär. Er war ehemaliger Hilfskriminalbeamter und stand nachgewiesenermaßen später noch mit der Polizei in Verbindung. Unter den Erwerbslosen trat er als Provokateur auf.

Wächter, Hermann, 21 Jahre alt, 1,70 Meter groß, kräftig gebaut, Haar dunkelblond, rundes frisches Gesicht. Angehöriger der Reichswehr, „Zivilauflärer“. Arbeitete während der Besetzung Thüringens (1923/24) hauptsächlich in Rudolstadt, Blankenburg und Könned. Schlich sich unter Angabe, er sei bayrischer Flüchtling, in das Vertrauen führender Genossen ein. Veranlaßte Verhaftungen und transportierte die Festgenommenen unter unmenschlichen Mißhandlungen. In Hagen in Westfalen verhaftete er später daselbe Mäandern.

Wagner, Alfred, geboren 3. März 1892 zu Hünfirschen (Lugaun). Beruf: Kellner. Spricht Deutsch, Ungarisch und Russisch. 1,72 Meter groß, dunkelblondes Haar, braune Augen, krumme Nase. 1921 als Spizel in der ungarischen Sektion in Deutschland entlarbt. Trug russische Uniform und gab sich als Rotgardist aus. (Bild Nr. 72.)

Walt, Max, Saargebiet. Ließ sich seit 1919 in verschiedenen Funktionen unregelmäßigkeiten aufzudecken kommen. Verstand es jedoch, wieder das Vertrauen zu erwerben. 1921/22 wurde er von der Saarregierung als Lohpfeil gekauft mit dem Auftrag, die Politik der Partei im Sinne der Saarregierung zu beeinflussen.

Werner, Gebhard. 1918 bis 1922 Schutzpolizist in Ehlingen. Nationalsozialist bis August 1923. Trat dann zur KPD über und gelangte vorübergehend in Funktionärsstellung. Verzichtete persönlich auf die Polizei. Ging 1924/25 nach Heilbronn, Stuttgart, Berlin. Versuchte sich ohne Erfolg als Provokateur. Beschreibung: Etwa 1,76 Meter groß, volles Gesicht, hellblond. Alter 30 Jahre.

Wetzel, Heinrich, Württemberg. Bis 1924 Lohpfeil in der Partei. Denunzierte Konferenzen, Funktionäre und Waffenlager der Polizei. Schmebete phantastische Aufzuchtpläne, die er als angeblich von der Partei geplant der Polizei überbrachte. Nach Entlarbung von der Polizei fallen gelassen.

Wittenberg, Hugo, Schloffer, Hamburg. Polizeispizel. Machte 1924 als Parteifunktionär der Polizei freiwillig Angaben über Sitzungen und führende Genossen. Im Prozeß gegen die Hamburger Oktoberkämpfer Belastungszeuge.

Wraf, Otto, kaufmännischer Angestellter. Mitgliedsarte der NSD. von Berlin-Lichtenberg. Sohn des Abgeordneten Wraf. Kennzeichen: Rechte Hand ein Finger steif. Stahl im Februar 1922 in Schönfeld bei Dresden seiner Wirtin 1300 Mark und hinterließ außerdem 3700 Mark Schulden. Warnte sich nach der Tischel.

Czerwinski-Hark, Albert, Hamburg, Schlachter. Ende 1924 wegen nachgewiesener Verbindung mit weißgardistischen Kreisen und grober arbeiterfeindlicher Bestrebungen aus der Partei ausgeschlossen.

Gibam, Friedrich, geboren 5. November 1874 zu Rupp (Kreis Opreln). Schwindler und Schmarotzer; „wirkte“ 1923 in Solingen. Beschäftigt Mitgliedsbuch der Ortsgruppe Eisenberg. Arbeit, die ihm vermittelt wurde, verließ er und lebte auf Kosten der Partei. Versuchte in Versammlungen Geldsammlungen für sich zu veranlassen. Das Mitgliedsbuch wurde ihm abgenommen und vor ihm öffentlich gewarnt.

Erzberger, Ernst (auch Ernst Berger). Größe 1,57 Meter. Förder auf der rechten Seite, blond, Nase groß und spitz, Mund groß, spricht hallig. Kam im Mai 1922 aus Stuttgart nach Frankfurt a. M. Er arbeitete an der Zeitung und beschwand mit Abonnentengeldern. Warnung (nicht öffentlich) am 8. Mai 1922.

Figge, Albert, aus Berlin-Pankow. 1922 wegen Unterschlagungen und Korruption ausgeschlossen. Geht seitdem als Flüchtling.

Gnang, Richard, angeblich aus Stargard. Größe 1,70 Meter, etwas jüdischer Gesichtsausdruck, spricht süddeutschen Dialekt. Hat die Ortsgruppen Mostof, Lübeck u. a. um erhebliche Geldbeträge gehäblig. Auch soll er eine Konferenz der Polizei denunziert haben.

Lash, Dresden, 45 bis 50 Jahre alt, früherer Eisenbahnbetriebsrat. Parteimitglied. Betrog 1922 verschiedene Genossen und parteilose Arbeiter um größere Geldsummen.

Meusel, Joseph, 1,70 Meter groß, stramm gebaut. War 1922 in Bielefeld, unterschlug in der Jugendorganisation Geld und verschwand. Er besaß eine Mitgliedsarte aus Bittau (Sachsen).

Messer, Valentin, Ludwigshafen a. Rh., Raubenstraße 8. Geboren 6. September 1883, 1,65 Meter groß, stark, blondes, lachiges Haar, trägt falsches Gesicht, über dem rechten Auge eine Narbe. Trat Mai 1921 in die Partei ein. Verließ Ende 1921 Ludwigshafen nach Unterschlagung von Geld. Seine Mitgliedsarte nahm er mit.

Muhs, Hermann, geboren 19. April 1904. Nannte sich Gothe, Friß und Dietrich. Volontär. Beschäftigt Papiere auf diesen Namen. Schwindler, Hochstapler und Dieb von Parteigelbern. 1922/23 als angeblicher politischer Flüchtling aus Düsseldorf in Baden, Mitteldeutschland, Tschechoslowakei und Rußland. Warnung durch Organisation am 12. Dezember 1922.

Szabo, Karl, nannte sich auch Schaber. Wurde im Oktober 1920 im Auftrag der KPD (Ungarische Sektion) mit Geldwerten nach Wien geschickt. Unterschlug alles. Ende 1921 tauchte er in Nancy auf als Spizel der französischen Regierung.

Stengel, J., Rengersdorf bei Gölitz, in der Partei in Spremberg (Niederlausitz). Verschaffte sich 1924 in Thale Einsicht in interne Parteiangelegenheiten und erschwindelte finanzielle Unterstützung unter dem Vorgeben, im Auftrag der Zentrale zu reisen. Beschreibung: Größe 1,75 Meter, Haare, Schnurrbart und Brauen schwarz, Augen stechend, Alter etwa 40 Jahre.

Wagner, Harri. Tauchte Anfang 1924 in Schweinfurt auf, unterschlug Zeitungsgelder, machte Schulden, stahl ein Fahrrad und verschwand wieder.

Weglich, Joseph, Baugen, ehemaliger Funktionär. Verschwand 1922 aus Baugen, ohne übernommene Literatur abzurechnen und persönliche Schulden bei Genossen zu bezahlen.

Wunderlich, Stephan, Bochum. Beging 1920 als Parteimitglied eine Reihe von Unterschlagungen und bestahl Genossen. Wurde ausgeschlossen. 1923 tauchte er als Mitglied in Köln auf und beging neue Verbrechen.

Schnitzbank, Walker. 28 bis 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, kräftig, blondes Haar. Beginn 1924 in Hamburg Unterschlagungen und Schwindel. Stahl zwei Mitgliedsbücher auf die Namen Kommatzsch und Maria Lamp.

Der Fall Samann.

Bezeichnend für die Art, wie die Leute, die heute einen Teil der kommunistischen Presse in der Hand haben, die kommunistischen Arbeiter über die Tatsache zu täuschen versuchen, daß seit Jahren leitende Parteifunktionäre der kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes in den Händen von Beauftragten der rechtsradikalen Putzorganisationen sind, ist die Behandlung des Falles Samann durch das Magdeburger Kommunistenblatt. Als Samann entlarvt war, ließ das Blatt kein Wort verlauten. Im Jahre 1925 wurde die Spitzelei Samanns erkannt; aber erst im März 1926 als in der ganzen deutschen Arbeiterpresse über Buchhausurteile berichtet wurde, die über kommunistische Arbeiter verhängt wurden, die dem Samann ins Garn gelaufen waren, erfuhren die kommunistischen Arbeiter von Magdeburg folgendes:

Die „Volksstimme“ püfete sich auf wie ein Truthahn, daß Samann, der kurze Zeit Org.-Sekretär und Reichstagsabgeordneter in Breslau war, als Polizeispitzel entlarvt ist. Ein Jürgen braucht freilich keine Spitzel in die S. P. D. zu schicken, denn die S. P. D.-Führer sind ohnehin die getreuesten Stützen der Reaktion (und werden auch durch seine Pöfchen dafür bezahlt!).

Das war alles! Die „kurze Zeit“ der Spitzeltätigkeit Samanns erstreckte sich etwa vom Jahre 1921 bis 1925! Im Jahre 1923 wurde er von der Zentrale in das Bezirkssekretariat nach Breslau geschickt (vorher war er Sekretär in Wagnitz), im Herbst 1923 lieferte er die ganze kommunistische Organisation aus, im Mai 1924 wurde er Reichstagsabgeordneter und erst im Jahre 1925 wurde sein Treiben aufgedeckt. Wir haben aus guten Gründen an den Fall Samann erinnert, und all diese Tatsachen muß man sich vor Augen halten, um folgende „Antwort“ richtig zu würdigen, die das Magdeburger Kommunistenblatt zu geben magt:

Über die „Volksstimme“ ist entsetzt, daß ein gewisser Samann, der sich der Spitzelei schuldig machte, in hohem Maße aus der kommunistischen Partei hinausflog. Vielleicht hätte der Polizeiminister Sebering lieber gesehen, der Spitzel Samann hätte ihm oder seinen untergeordneten Organen weiter im Kampfe gegen die Kommunisten Material geliefert.

Von 1925 bis 1926, über ein Jahr lang, erfuhren die Magdeburger Kommunisten überhaupt nichts von dem Falle Samann; dann wurden sie in drei Zeilen von der „kurzen Zeit“ der Tätigkeit dieses hervorragenden Bezirkssekretärs und Reichstagsabgeordneten „unterrichtet“, und von März bis Juli hat sich alles zu einem „gewissen Samann“ verflüchtigt, dessen Enttarnung und Ausschluß wie eine besonders verdienstvolle Handlung dargestellt wird. Noch immer ist Sebering und natürlich die Sozialdemokratische Partei schuld daran, daß Spitzel kommunistische Sekretäre, Reichstagsabgeordnete und Leiter der „illegalen“ Organisation werden. Dabei ist zum mindesten einem Manne in der Magdeburger kommunistischen Redaktion genau bekannt, daß Samann im Auftrage und nach Anweisungen einer rechtsradikalen Nachrichtenstelle gehandelt hat, und daß sein Treiben nur deshalb so lange unentdeckt geblieben ist, weil er von der Berliner Zentrale gegen alle Angriffe nicht nur gedeckt, sondern von einem guten Freunde unterstützt wurde.

Aber noch ängstlicher als alle diese Tatsachen wird den Magdeburger kommunistischen Arbeitern verschwiegen, wie viele ihrer schlesischen Genossen flüchtig werden mußten, durch Monate und Jahre die Gefängnisse füllten und schwere Buchhausurteile auf sich nehmen mußten, weil sie Aufträge der gleichen kommunistischen Bezirksleitung ausführten, deren Leitung die Zentrale einem gewissen Samann anvertraute — trotz der guten Ratsschlüsse über die „Technik der Enttarnung“ im „Spitzel-Almanach“.

Kleine Chronik.

Raubüberfall auf einen Kassenboten. Ein schwerer Raubüberfall wurde Dienstag nachmittags, kurz nach 3 Uhr, auf den Kassenboten Hermann Reischel in Berlin verübt. Der Kassenbote hatte von der Reichsbank einen größeren Geldebetrag abgehoben und ihn in eine Lebertasche gesteckt, die er unter dem Arme trug. Mit dem Gelde wollte sich Reischel von der Reichsbank nach der Dessauer Straße begeben. Er wurde aber auf dem Wege dorthin von einem Manne unauffällig beobachtet und verfolgt. Kaum hatte der Kassenbote das Geschäftshaus der Landbank betreten, als der Fremde über ihn herfiel und mit einem stumpfen Gegenstand auf ihn einschlug. Als der Räuber auf Widerstand stieß, da der Ueberfallene sich stark zur Wehr setzte, zog der Räuber einen Revolver und gab mehrere Schüsse auf den Kassenboten ab. Dieser wurde am Kopf schwer verletzt und brach bewußtlos zusammen. Durch die Detonation der Schüsse eilten Straßenschaufeln hinzu und versuchten, den stehenden Räuber aufzufallen. Er richtete die Waffe jetzt gegen seine Verfolger und wäre sicherlich entkommen, wenn nicht im letzten Augenblicke die Beamten des herbeieilenden Ueberfallkommandos eingetroffen wären. Der Täter wurde nach der Wache des 104. Polizeiregiments gebracht, wo er als der stellungslose Kaufmann Otto Ulrich, Rathschstraße 19, festgestellt wurde. Der Täter ist geständig und will den Raubüberfall seiner verzweifeltsten Lage wegen ausgeführt haben. Er bestreitet Komplizen bei der Ausführung der Tat gehabt zu haben.

73 Zentner Konferven gestohlen. Vor den Lagerräumen der Firma Wolff Kaufmann in den Stadtbahnhöfen der verlängerten Schöneberger Straße in Berlin fuhr ein Wagen vor, der mit zwei mageren braunen Pferden bespannt war und auf dem drei Männer in Arbeitskleidung saßen. Es war kurz vor der Zeit, zu der die Angestellten der Firma ihren Dienst anzutreten haben. Die Männer schlossen, wahrscheinlich mit Nachschlüssel, die Tür auf und holten 73 Kisten mit je einem Zentner Inhalt an Obst- und Gemüsekonzerven heraus, luden sie auf den Wagen, machten die Tür oberflächlich wieder zu und fuhrten davon. Leute, die in benachbarten Lagerräumen bereits an der Arbeit waren, wurden durch das dreifache Aufstören der Diebe getäuscht.

Ru raunfte. Erschossen hat sich auf einem Berliner Friedhof ein Mann im Alter von 30 bis 35 Jahren. Er hatte keine Papiere bei sich. In der einen Hand hielt er lebiglich einen Zettel mit den Worten: „Siebes Gretchen, nun raunfte!“

Der Hungerkünstler wider Willen. Ein Ingenieur Kolb aus Mülhausen, der seine Ferien in Obersolberg verleben wollte, hat ein furchtbares Abenteuer erlebt. Er verspätete sich bei einem Ausflug im Walde, kam im Dunkel der Nacht vom Wege ab und fiel in einen mit Litzen und Unterholz, der in der Zeit des Krieges an einer verborgenen Stelle angelegt worden war. Da Kolb sich bei dem Falle schwer verletzte, konnte er aus dem Unterholz nicht wieder herausklettern. Seine Hilferufe wurden nicht vernommen. 26 Tage blieb der Unglückliche ohne Nahrung; nur das Wasser einer kleinen Quelle erfrischte ihn in seinem Gefängnis. Endlich gelang es ihm, sich aus der Grube herauszuarbeiten. Er kroch auf Händen und Knien mühsam nach Obersolberg, wo er mittags eintraf. Kolb ist bis zum Seelstüß abgemagert. Hart und Haare sind verwildert. Es hat viele Stunden gedauert, bis der vollkommen zusammengebrochene Mensch einige Worte hervorbringen konnte.

58 000 Erholungsbedürftige Schulkinder verspricht die Stadt Berlin zu Beginn der Schulferien. 2000 Kinder haben bereits am Mittwoch Berlin verlassen, teils nach einem städtischen Erholungsheim an der Ostsee, teils nach Ostpreußen. Sonderzüge mit Schulkindern sind außerdem vorgesehen nach Thüringen, selbst nach der Schweiz, nach Niederösterreich, Kärnten und Steiermark.

Hand- und Kopfarbeiter! Vergesst nicht

für **EWRE** Partei und

für **EWRE** Presse zu werben

Der Richter unter Morbanlage. An dem ersten Verhandlungstage in der Strafsache gegen den Amtsgerichtsrat Josephsen vor dem Schwurgericht Breslau schiderte der Beschuldigte stundenlang seinen Werdegang, und dann die Vorgeschichte seiner Bekanntschaft mit der Hesse, der Robestod und der Schmidt. Er erklärte, die Robestod habe ihn schon in der ersten Zeit seines Wirkens in Bries mit Liebesanträgen verfolgt. Mit einem anonymen Briefe habe es begonnen, und zwar bereits im Juni 1914. Das Schreiben, das zur Verletzung kam, hatte einen überaus schwärmerischen Inhalt. Nur aus Neugierde will Josephsen diesen Brief an die angegebene postlagernde Adresse beantwortet haben. Auch als er im Febr. war, habe ihm die Robestod Briefe voller Prahlerei und Ueberheblichkeiten nachgeschickt. Infolge einer Zuckerkrankheit will der Beschuldigte oft sehr willensschwach und nicht widerstandsfähig gewesen sein. Das Mädchen hätte ihm daraufhin zugesagt, daß sein Nervensystem schließlich völlig zum Zusammenbrechen sei. Er sei dann zu allen Zugeständnissen bereit gewesen, um nur die Mädchen loszuwerden. Bald sei er von den Mädchen mit Exzessen, bald mit Liebesbriefen bedacht worden. Es unterliege keinem Zweifel, daß die Hesse von ihm Gelder erpreisen wollte. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, die Robestod zu einem Verbrechen angezettelt zu haben. Der Vorstehende wies den Beschuldigten auf den Standpunkt der Anklage hin. Diese gehe davon aus, daß sich der Angeklagte gesagt habe, wenn die Robestod erst die Hesse erschossen habe, werde sie bei ihrem so oft geäußerten Lebensüberdruß den Mut haben, auch sich umzubringen. Der Angeklagte wies demgegenüber darauf hin, daß diese Annahme kaum verständlich sei. Sollte durch seine Schuld oder durch seine Mithilfe die Robestod die Hesse erschossen, so hätte er an der Robestod eine Mitwisserin, gegen die eine Ratschläge gar nichts wäre. Als erster Zeuge wurde dann Justizrat Markusch vernommen. Der Zeuge befanderte, er zweifle bezüglich der Robestod nicht an deren geistiger Normalität. Auch die Hesse sei nach seiner Ueberzeugung völlig normal. Er halte sie für unfähig, eine schlechte Tat zu begehen. Nie würde sie versuchen, durch unfaubere Mittel irgend etwas zu erlangen. Landgerichtsrat Dr. Rogge aus Breslau kennt den Beschuldigten von Bries her. Er hat schon dort mit ihm verkehrt, da sie beide Junggeheulen waren. Josephsen habe auf ihn keinen schlechten Eindruck gemacht. Es sei ihm aufgefallen, daß Josephsen verhältnismäßig oft nach Breslau fuhr. Als er (der Zeuge) nach Bries kam, sei die Robestod Angestellte eines dortigen Rechtsanwalts gewesen. Sie mußte, daß er mit Josephsen kollegialen Umgang pflegte, und deshalb habe sie einmal mit ihm eine Unterredung gehabt. Sie fühlte sich deshalb so unglücklich, weil sie Josephsen nicht heiraten wollte. Schließlich verlangte sie von dem Zeugen, ein Darlehen, das sie aber nicht erhielt. Der Angeklagte sei stets übertrieben sparsam gewesen. Eine auffällige Erscheinung sei es gewesen, daß Josephsen so viele Beziehungen zu jungen Mädchen hatte. Der Zeuge habe den Eindruck gewonnen, daß die Robestod eine hysterische Person sei. Sanitätsrat Dr. Larisch aus Bries kennt die Familie Robestod seit vielen Jahren. Im Januar 1920 sei er in die Familie gerufen worden. Olga Robestod hatte einen Selbstmordversuch gemacht. Mit einer Schußwunde in der Nähe des Herzens habe sie im Bett gelegen. Er habe die feste Ueberzeugung, daß die Robestod damals den ersten Willen hatte, sich das Leben zu nehmen. Der Vater hatte in der Nähe von Bries eine Besitzung. Er neigte zu Größenwahnstimmungen und endete durch Selbstmord. Olga Robestod habe auf ihn den Eindruck einer schweren Hysterikerin gemacht. Regierungsrat a. D. Dr.-Ing. Kuller ist ein Freund des Angeklagten. Josephsen habe ihm oftmals erzählt, daß er in schwerer Weise von seinen Verhältnissen bebrängt werde, und zwar nicht nur in Selbstangelegenheiten, sondern auch in jeglicher Beziehung. Er beklagte sich darüber, daß es ihm nicht möglich sei, die Mädchen loszuwerden. Die Hesse habe ihm (dem Angeklagten) gesagt, allzu großen Wert lege sie auf die Verheiratung mit Josephsen nicht, aber den Titel wolle sie haben. Ihm habe einmal der Angeklagte erzählt, er sei von der Hesse ins Gesicht geschlagen worden.

Die Muttergottes-Erscheinungen in Himmelstadt. Die Wallfahrten nach Himmelstadt, wo einigen jungen Mädchen angeblich die Muttergottes erschienen ist, sind ins Gigantische gewachsen. Schon können die Felder am Erscheinungsort die Laufende nicht mehr aufnehmen. Eine wahre Psychose hat das ganze Frankenland erfaßt. Man bringt Kranke, Lahme und Blinde. Sogar von Mittel- und Norddeutschland und dem südlichen Bayern kommen Gläubige nach Himmelstadt. Auch aus Frankfurt fahren jeden Morgen mehrere Personen an den über Nacht berühmt gewordenen Gnadenort. Alle nur einigermaßen ausschließbare Arbeit daheim und auf den Feldern ruht im Frankenland. Bürgermeister, Pfarrer und Lehrer sind in Himmelstadt nicht mehr dem Ansturm bezerr gewachsen, die täglich kommen und Auskunft erheischen. Die Post befördert täglich ungezählte Briefe mit Anfragen. Ordens- und Weltgeistliche haben schon den Ort besucht, um das Rätsel zu entwirren. Gesehen hat außer den Mädchen, die noch immer mittags in Ekstase gegen Himmel schauen, die Muttergottes noch niemand, obwohl allmählich viele tausend sehnsüchtig des Augenblicks harren, da auch ihnen diese Himmelsgnade zuteil werde. Das bischöfliche Ordinariat in Würzburg hat folgende Rundgebung erlassen: Der Zubrang auf das zurzeit vielgenannte Himmelstadt nimmt nachdrückliche bedenkliche Formen an. Wir mahnen unsere Gläubigen, sich zurückzuhalten und das Ergebnis der amtlichen Untersuchung abzuwarten.

Die Mäherinnen. Ein seltsames Schauspiel ereignete sich, wie Prager Mäherinnen melden, vor dem Rathaus der tschechoslowakischen Hauptstadt, in dem sich das Standesamt befindet. Als ein junger Mann, Vätergestalt von Beruf, mit seiner ihm eben angetrauten Frau das Standesamt verließ, um das wartende Auto zu besteigen, stürzten sich mehrere kreischende Frauen auf ihn und

rissen ihn von der Seite seiner entsetzten Gemahlin. Ein häßliches junges Mädchen kommandierte mit lauter Stimme den Angriff ihrer Freundinnen auf den neugeborenen Ehemann, dem alsbald das Blut über Gesicht und Hände rieselte. Zwei Wachmänner hatten große Mühe, ihn von den Frauen zu befreien. Schließlich gelang es dem Väter, mit seiner meinentend Gehäufte ins Auto zu flüchten, das sogleich im schnellsten Tempo abfuhr, während die Amazonen-Kampfruppe verhaftet wurde. Ihre Anführerin erklärte beim Verhör, die schändlich verlassene Geliebte des Vaters zu sein. Seit einer Reihe von Jahren habe sie ein intimes Verhältnis mit ihm unterhalten und er habe ihr immer wieder die Ehe versprochen. Erst in letzter Zeit sei er plötzlich kühl zu ihr geworden, und als sie jetzt erfuhr, daß er heiraten wollte, habe sie den Entschluß gefaßt, sich an dem Wortbrüchigen zu rächen. Sie habe ihre Freundinnen verständigt und diese seien „mit Begeisterung“ zur festgesetzten Stunde herbeigeeilt, um das Nachweh zu vollziehen.

Doppelter Todessturz bei einer Flugübung. Bei militärischen Manövern in der Umgegend von Chateauroux stießen zwei Flugzeuge zusammen. Ein Eindecker, der von dem Unteroffizier Elobard gelenkt wurde, sollte einen Scheinangriff gegen einen Zweidecker ausführen. Der Angriff erfolgte mit solcher Gewalt, daß beide Flugzeuge schwer beschädigt wurden. Der Eindecker konnte mit einem zerbrochenen Schraubenflügel notdürftig landen. Sein Führer Elobard war unverletzt, dagegen stürzte der Zweidecker, dessen Steuerung abgerissen war, aus 1200 Meter Höhe nieder. Führer und Beobachter wurden tot unter den Trümmern herborgezogen. — Auch im Fluglager von Jüres bei Marzelle ist ein Flugzeug abgestürzt. Der Führer wurde auch in diesem Falle getötet.

46 Soldaten getötet und 40 schwerverwundet. Die polnische Armee, die in letzter Zeit schon häufig unter bedauerlichen Unglücksfällen zu leiden hatte, ist Mittwoch nachmittags neuerdings von einem schweren Massenunglück betroffen worden. Aus Romel wird nach Warschau gemeldet, daß bei einer Feldübungsübung des 46. Infanterieregiments in Noworel bei Nowel plötzlich ein 18-Zentimeter-Artilleriegeschütz explodierte, das in der Erde — wahrscheinlich seit dem Weltkrieg — lag. Die Folgen der Explosion waren furchtbar. 46 Leute der Kompanie wurden auf der Stelle getötet, darunter ein Offizier. Weitere 30 Leute wurden schwer verletzt, darunter ebenfalls ein Offizier, der kurz darauf an den Folgen gestorben ist. Außerdem sind noch 11 weitere Personen leichter verletzt. Nach dem Unglücksfall ist eine spezielle Artillerieuntersuchungskommission und eine Kommission von Seiten des Kriegsministeriums abgereist. Das Unglück war so schwer, weil das Artilleriegeschütz erst in einem Momente explodierte, nachdem die halbe Kompanie über das Geschütz hinweggeschritten war. Auf diese Weise wurde fast die halbe Kompanie vernichtet. Aus Bruchstücken des Geschosses konnte man feststellen, daß es sich um ein 18,8-Zentimeter-Geschoss handelte. Man nimmt an, daß ein Soldatenstiefel auf den bloßgelegten Zünder trat und dabei das Geschütz zur Explosion brachte.

Auf dem Sportplatz schwer verunglückt. Auf einem Arbeitersportplatz in Wien hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Eine Kindergruppe spielte auf einem Teile des Sportplatzes. Auf dem benachbarten Teile übten sich junge Leute im Speerwerfen. Plötzlich lief ein etwa 6jähriger Junge auf den Übungsspielplatz hinaus und wurde von einem Speer so unglücklich getroffen, daß ihm die Spitze in den Schädel drang und das Gehirn bloßlegte. Trotz der sofort vorgenommenen Operation besteht nur wenig Aussicht, das Kind am Leben zu erhalten.

Ein polizeilich ausgewiesener König. Anlässlich des Lebens der Königin Olga von Griechenland bringen die griechischen Blätter eine ausführliche Darstellung eines tragischen Vorfalles aus dem Leben der Gemahlin Georg I. von Griechenland. Ihre einzige Tochter, Prinzessin Maria, verheiratete sich im jugendlichem Alter mit dem russischen Großfürsten Georg Michailowitsch, der ein besonders schöner Mann gewesen sein soll, dabei aber auch ein brutaler Müßling. Bald nach den Flitterwochen begann er seine junge Frau tagtäglich zu mißhandeln, und als sie im Zustand vorgeschrittener Schwangerschaft war, brach sie bei einer solchen Szene leblos zusammen und verschied bald darauf. Bei den Beisetzungsfeierlichkeiten war auch das griechische Königspaar anwesend. Als es vom Zaren in Audienz empfangen wurde, hat nun die Königin Olga kein Blatt vor den Mund gelegt und dem Zaren auf den Kopf gesagt, daß man ihre einzige Tochter in Rußland grauam ermordet habe. Statt die unglückliche Mutter zu trösten und die Bestrafung des Großfürsten in Aussicht zu stellen, zog sich der eille Zar verbittert zurück und ließ noch am selben Tage dem König Georg durch die Polizei (!) mitteilen, daß er mit seiner Frau binnen 24 Stunden Rußland zu verlassen habe. So ergab sich damals der in der neuern Geschichte wohl einzig dastehende Fall, daß ein regierendes Königspaar durch die Polizei des Landes verwiesen wurde. Seither hat sich vieles für immer geändert. Königin Olga ist im Exil gestorben, weil die Griechen von der nordischen Familie Glücksburg nichts mehr wissen wollen und die Zarenherrschaft ist längst in Trümmer gegangen.

Vom Hochwasser.

Die Elbe hat bei Braßdorf (Medlenburg) den Damm ein zweites Mal durchbrochen. Es gelang bisher nicht, die Stelle wieder abzdichten. Das Wasser ergießt sich über Wiesen und Acker. Ein zweiter Deich, der sogenannte Altwinterdeich, wird mit allen zu Gebote stehenden Kräften erhöht, um weitere Verheerungen zu vermeiden. Besonders gefährdet ist noch immer die Umgegend von Dömitz. Bei Mendisch-Wöhningen lief der Flügeldeich über. Es wird fieberhaft gearbeitet, um die Dämme der Gude zu erhöhen; denn auch diese ist in der letzten Nacht um fast 10 Zentimeter gestiegen.

Der emsigen Arbeit der an der Deichbruchstelle bei Wöitzewitz eingeleiteten Mannschaften gelang es, die größte Gefahr zu bannen. In der 10 Meter breiten Einbruchstelle wurden Röhre verfenkt und Pfähle eingerammt, hinter denen Tausende von Sandfäden einen neuen Damm bilden. Etwa 100 Helfer sind zurzeit damit beschäftigt, den den Ort Besitz schützenden Deich zu erhöhen. Neu heimgeflutet sind die Gebiete von Düßen und Süda. Das Hochwasser überflutet dort Deich und Wiesen. Fieberhafte Tätigkeit herrscht auch in der Braßdorfer Gegend, wo die Lage stellenweise sehr bedrohlich ist.

Die Hochwassergefahr für Wittenberge kann als beiseitigt gelten. Lengen ist noch von Rückstauhochwasser eingeschlossen. Man errichtet Dämme, um das Eindringen des Wassers in den Ort zu verhindern. Im Falle eines Damnbruches würden hier 18 000 Morgen überflutet werden. In Dannenberg ist das Wasser in die Stadt gedrungen. Bei Penzitz ist ein Sommerdeich gebrochen; das dahinterliegende Land wurde überflutet. In Schöber ist der Scheitel des Hochwassers eingetroffen. Viele Uferstraßen stehen unter Wasser. Die in den letzten Tagen stark befestigten Hauptdeiche werden dem Druck des Wassers wahrscheinlich widerstehen. Im Kreise Westhavelland erreichte das Wasser den höchsten Stand und überflutete 26 000 Morgen Land. Das Hochwassergebiet beginnt unmittelbar südlich von Rathenow. Bei Paretz stehen die Wiesen 2 1/2 Meter tief unter Wasser. Die Ernte ist verloren. Oberhalb von Rathenow ist der Deich bis zur Krone vom Wasser umspült. Das Hochwasser des Bodensees ist in kurzer Zeit um 25 Zentimeter zurückgegangen und fällt ständig weiter. Der Wadebetrieb auf den Uferstraßen ist in vollem Umfange aufgenommen.

Gegen offene Sübe, Krampfadern gebrauchen Sie mit Erfolg die milde wohltuend Kirjan-Weinschädenalbe, 1,50, 2,50 RM. **Hof-Apothek Magdeburg, Breiter Weg 156.**

Nachrichten aus der Provinz.

Steuererleichterung für Ueberschwemmte.

Amlich wird gemeldet: Anlässlich der Ueberschwemmungen im Elbe- und Odergebiet, die besonders der Landwirtschaft ganz erheblichen Schaden zugefügt haben, hat der Preussische Finanzminister den zuständigen Stellen die bestehenden allgemeinen Anordnungen über Steuererleichterungen in Erinnerung gebracht, damit die wirtschaftliche Not der von der Ueberschwemmung betroffenen Personen auch steuerlich berücksichtigt wird.

Die preussischen Katasterämter sind angewiesen, zunächst durch Stundung und Niederschlagung der Grundvermögenssteuer zu helfen und im Vernehmen mit den Gemeinde- und Gutsvorsteher von Umlandswegen diejenigen Steuerpflichtigen festzustellen, die nach Maßgabe ihres Schadens für die Stundung und Niederschlagung in Betracht kommen.

Inwiefern hierüber hinaus Steuererleichterungen erforderlich sind, kann erst später festgestellt werden, wenn der durch die Ueberschwemmung angerichtete Schaden sich übersehen läßt.

Tagung des Provinzialausschusses.

Am 30. Juni tagte der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Weber (Halberstadt), gedachte in warm empfindenden Worten des verstorbenen früheren Landeshauptmanns, Generaldirektors der Reichsbahn, Deseur, und hob seine Bedeutung für die Provinzialverwaltung von Sachsen hervor.

Die kommunistische Fraktion hatte den Antrag gestellt, den Provinzialalltag aus Anlaß der Hochwasserkatastrophe einzuberufen. Der 30. Provinzialalltag von Sachsen hatte jedoch Grundzüge für die Beteiligung des Provinzialverbandes an Hilfsmaßnahmen zur Vinderung von Unwetterschäden festgestellt, durch die der Provinzialausschuß ermächtigt wird, in ihm eintretenden Fällen über Anträge auf Beteiligung des Provinzialverbandes an der Ausgleitung oder Wäderung von Schäden innerhalb des Provinzialgebietes, die durch elementare Ereignisse hervorgerufen sind, selbständig zu entscheiden. Aus diesem Grund wurde beschlossen, von einer Einberufung des Landtags abzusehen, vielmehr den Landeshauptmann zu beauftragen, dem Provinzialausschuß eine entsprechende Vorlage zu machen.

Ferner nahm der Provinzialausschuß folgende Entschliessung an: „Der Provinzialausschuß dankt der Staatsregierung für die schnelle Einleitung einer Hilfsaktion zugunsten der Hochwassergebädigten, bittet dringend um möglichste Beschleunigung der ersten Hilfeleistungen und erklärt sich bereit, sich an den Kosten in angemessener Höhe zu beteiligen unter Vorbehalt der Nachprüfung durch den Landeshauptmann.“

Ferner stimmte der Provinzialausschuß dem Beitritt des Provinzialverbandes zu einer zu gründenden wasserwirtschaftlichen Gesellschaft für die Provinz Sachsen zu, um die auf wasserwirtschaftlichem Gebiet liegenden Aufgaben zweckmäßig einheitlich zusammenzufassen zu können.

Dann wurde über die Verlegung des Sitzes der Provinzialverwaltung beschlossen. Wir berichten darüber an anderer Stelle. Der Provinzialalltag hatte sich bei seiner letzten Tagung auch mit dem Bau einer Elbebrücke in der Altmark beschäftigt und den Provinzialausschuß mit der weiteren Prüfung dieser Frage beauftragt. In seiner heutigen Sitzung hat der Provinzialausschuß folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der Provinzialausschuß hält den Bau einer Elbebrücke, die den Kreis Jerichow mit der Altmark verbindet, für erforderlich.

2. Der Provinzialausschuß schlägt dem Landtag eine beträchtliche finanzielle Unterstützung des Unternehmens vor, sobald es möglich ist, zu angemessenem Zinssatz für diesen Zweck Geld anzuleihen.

3. Mit Rücksicht auf die Interessen der Stadt Tangermünde und die Elbschiffahrt, des Strassen- und Kleinbahnverkehrs kann die Provinz nur das Projekt Tangermünde, nicht das Projekt Hamernitz fördern. Daher erübrigt sich die Prüfung der technischen Ausführbarkeit des letzteren.

4. Voraussetzung für eine Beteiligung der Provinz ist eine Sicherung der Finanzen des Gesamtunternehmens durch die beteiligten Stadt- und Landkreise sowie die interessierten Reichs- und Staatsstellen, die Aufstellung eines technisch einwandfreien Projekts und die Herbeiführung der erforderlichen staatlichen und sonstigen Genehmigungen. Der Landeshauptmann wird mit der Klärung dieser Fragen beauftragt.

Die Direktion der Lebensversicherungsanstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt wurde ermächtigt, die bei dieser Gesellschaft abgeschlossenen Rentenversicherungen der Papiermarkrenten auf der Grundlage der Aufwertung auf 50 Prozent des ursprünglichen Geldwertes der Rente aufzuwerten. In den Verwaltungsrat der Gesellschaft wurden neu gewählt als Mitglieder Landwirt Römer (Wiedungen), Buchdruckermeister Danemann (Stendal), als Stellvertreter Oberamtmann Lindner (Grfurt), Dreher Kahner (Magdeburg), Buchdruckermeister Doktor Carlsson (Galle), Landrat Vöttger (Wolmirstedt).

Zur Unterstützung des Wegebauwesens, zur Förderung der Landwirtschaft, insbesondere zu Kulturbesserungen, Binnenentwässerungen, zur Kultivierung von Moorwiesen, zum Korweidenanbau und zum Bau von Wasserleitungen wurden erhebliche Beihilfen bewilligt.

Landrat Apel (Schleusingen) ist nach Höchst am Main verfeuert worden und scheidet als stellvertretendes Mitglied des Provinzialausschusses aus, an seine Stelle tritt Landrat Vöttger (Wolmirstedt).

Für den Flughafen Schleuditz wird ein 44 Morgen großes Grundstück des Rittergutes Wilschütz zur Verfügung gestellt, wofür eine Entschädigung in Geld oder in Land gefordert wird; andererseits werden 1 1/2 Morgen Uckerland für das Landeserziehungsheim in Nordhausen käuflich erworben.

Parteinachrichten.

Sachsen I. Die Monatsversammlung der Partei findet am Sonntag den 8. Juli, abends 8 Uhr, statt. — **Frauengruppe** am Sonntag den 4. Juli, abends 8 Uhr Wahl einer Delegierten nach Magdeburg.

Stadtkreis Burg.

Sinweis. Für unsere Leser in Burg und Umgebung liegt heute ein Prospekt der Firma Karstedt Aktien-Gesellschaft bei.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Ovenstedt. Unser Frauenabend findet am Montag den 5. Juli bei Wilhelm Denese statt. Um rege Teilnahme bittet der Vorstand.

Barleben. Die gemeinsame Vorstandssitzung sämtlicher Arbeitervereine findet heute abend nicht statt, dafür aber am Sonntag abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Gütensleben. Eine Parteiverammlung findet am Sonntag den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr, bei Stade statt. Genosse Berni (Magdeburg) spricht, außerdem wird Genosse Scherzberg (Döberitz) über Schulfragen einen Vortrag halten. Mitglieder und Freunde sind eingeladen.

Kreis Calbe.

Arten. Die Stadtverordneten-Sitzung am Dienstag war gut besucht. Die Tagesordnung war nur wenig reichhaltig und wies zwei Anfragen und zwei Dringlichkeitsanträge auf. Der erste Dringlichkeitsantrag war von den Kommunisten, er forderte eine sechsgliedrige Kommission zur Untersuchung der Missetände im Siechenhaus. Auf eine Anzeige eines „getreuen“ Nachbarn des Siechenhausverwalters Ribede wurden die Anzeigen des Siechenhauses vernommen. Die Untersuchung ergab jedoch nicht das geringste. Auf eine zweite Anzeige wurde die Ange-

legenheit der Oberstaatsanwaltschaft übergeben. Genosse Ede stellte fest, daß wir in die Untersuchung der Staatsanwaltschaft nicht eingreifen können und hat, die Kommission nicht zu bilden. Die Kommunisten gaben sich damit auch zufrieden. Ein Stück der baufälligen Stadtmauer soll repariert werden. Die Kosten trägt zur Hälfte die Stadt, zur anderen Hälfte die Regierung. Infolge der Verhaftung des jetzigen Schiedsmannes des 2. Bezirks der Stadt hat dieser sein Amt zur Verfügung gestellt. Vom Magistrat wurde Konrektor a. D. Jürgens vorgeschlagen. Genosse Ede schlug den Genossen Friedrich Schmidt, Burgstraße, vor, der auch gewählt wurde. Die für 1928 von der Stadt zu zahlenden Reichssteuerbeiträge betragen 887,85 Mark. Die Ueberlassung eines Ausstellungsplatzes an den Steinmetzmeister Rausch wurde abgelehnt. Nach langem Suchen hat sich nun doch eine Preisprüfungscommission gebildet. Sie besteht aus dem Vorsitzenden, Weigerordnen Raundorf, aus den Verbrauchern Konrektor a. D. Jürgens, dem Privatmann Wilhelm Homann und den Erzeugern Fleischermeister Franz Vogler und Landwirt August Heinecke. An der diesjährigen Kurperiode sollen 24 Kinder unserer Stadt teilnehmen. Die Kosten wurden bewilligt. Die Stadtprüfungscommission hat den Etat geprüft und etwaige Mängel darin abgestellt. In der Kammereilasse balancieren die Einnahmen und Ausgaben mit 482 880 Mark, Armenkasse mit 18 545, Kranken- und Siechenhaus 24 570 Mark, Schulkasse 344 810 Mark, Kirchenkasse 2980 Mark, bei letzterer 500 Mark mehr als im Vorjahre. Genosse Göring beantragte, diese 500 Mark der Armenkasse einzuverleihen und bei den Kirchenkosten zu streichen. Folgende Steuerzuschläge sind erforderlich: Vom bebauten Grundbesitz 800 Prozent, vom unbebauten Grundbesitz 600 Prozent, Gewerbesteuer vom Ertrage 700 Prozent und von der Lohnsumme 1800 Prozent. Er empfahl den Etat zur Annahme, da wir nur unsern Erwerbslosen helfen und mit dem Bau der Wasserleitung beginnen können. Von einer Zwangs-einstellung, die die Regierung unweigerlich wieder vornehmen würde, haben wir wohl alle genug. Der SPD-Stadtvorordnete Dammasch stellte den Antrag, den Etat an den Magistrat zurückzugeben, da er nicht genügend spezialisiert sei. Die Kommunisten mühten sich sagen lassen, daß sie sich nur wenig um den Etat gekümmert hätten, er liege in allen seinen Einzelheiten vor. Der Antrag wurde abgelehnt. Jetzt rückten die SPD-Vertreter mit ihren Änderungsvorschlägen heraus, die eine Staffelleistung der Steuern vorsehen und die den Wegfall der Kirchenkosten auf Grund der Reichsverfassung, die diese sonst nicht anerkennen, verlangen. Unsere Genossen stimmten dem zu, nur hätten die Kommunisten mit ihren Vorschlägen vor der Abstimmung herauszukommen müssen. Nur wurde die Vorlage dem Magistrat zur Aenderung zurückverwiesen. Der Arbeitsnachweiserwartler, Genosse Pandau, soll, wie andre Nachweiserwartler der Umgegend, nach Gruppe 6 besetzt werden. Da der Bürgermeister des öftern auf Reisen ist, hat er in einer Vorlage um Verzichtung in einer Unfallkasse. Die SPD-Fraktion lehnte dies ab mit der Begründung, daß, falls etwas passieren sollte, der Bürgermeister seinen Gehalt weiterbezögen bzw. dessen Frau Pension erhalte. Genosse Ede stellte den Antrag, daß, wie bei den Reichstags-, Kreis- und Landtagsabgeordneten die Unfallversicherung auch für die Stadtverordneten und städtischen Beamten eingeführt werden soll. Hier stimmten auch die Kommunisten zu, was in Anbetracht des zuerst absehnenden Standpunkts nicht konsequent war. Der Kommunist W. Diehner stellte die Anfrage, wann der Vertrag mit dem Elektrizitätswerk zustande komme. Des weitern beschwert er sich, daß die Umstellung des Werkes von Dreh- auf Gleichstrom nur dem Werke zum Vorteil gereiche, die Abnehmer müßten jedoch neue Wirten von 220 Volt kaufen. Ueber diese Frage will der Bürgermeister Dr. Billing mit dem Werke verhandeln, da dies ganz abnorme Zustände sind, und die entstehenden Kosten der Einwohnerschaft nicht zugemutet werden können. Genosse Ede fordert vom Magistrat, daß dieser wegen einer Anleihe zum Bau der Wasserleitung bei der Regierung vorstellig werden soll. Dies sei insofern leichter, als der Reichstag ein Gesetz verabschiedet hat, das erhebliche Mittel zur produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung stellt. Nach den Worten des Bürgermeisters sind diese Anträge bei der Regierung bereits gestellt. — Wegen angeblicher Veruntreuungen wurde der Buchstellersleiter des Gewerbevereins, W. Lehmann, seines Amtes enthoben. Die Akten sind ihm abgeholt und in den Räumen des Bankvereins untergebracht worden.

Barby. Nachstehende Hochwasserschäden im Bezirk Barby sind bis jetzt zur Anmeldung gekommen: 917 Morgen Weize, 810 Morgen Getreide, 188 Morgen Kartoffeln, 177 Morgen Rüben, 211 Morgen Gemüse. Das sind zusammen über 2800 Morgen. Eine „Sachverständigenkommission“ errechnete einen Schadenbetrag von 415 000 Mark. Dieser erstreckt sich also nur auf Land- und Gartenbau. Die andern zu Schaden gekommenen Berufe scheinen noch nicht berücksichtigt worden zu sein. — **Monnch** hat wieder Anschluss mit der Welt. Der Weg nach Wäldchenburg ist einigermaßen passierbar. Nach 14 Tagen kam zum erstenmal der Postbote wieder nach Ronney. Auf dem wasserfrei gewordenen Stellen liegen zahlreiche Tierababer. Der Tierhändler im Postbezirk Grünwalde soll ein großer sein. — **Tödlisch** und **Unglücksfall.** Ein Schiffer rutschte auf der Höhe von Breitenhagen von seinem Schleppstern in die Elbe und verschwand sofort in der Tiefe. — Der Eisenbahndurchgang an der Bismarckstraße ist wegen des Stauwassers kaum zu benutzen. Zahlreicher Nachfahr kamen schon zu Fall und fielen der Länge nach in den Schlamm.

Eickenhof. Die Frauengruppe der Partei, die in den letzten Tagen bewies, daß Solidarität eine gute Stütze in ihr hat, veranstaltet morgen (Freitag) ihren Unterhaltungsabend. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Bringt Freundinnen und Nachbarinnen mit!

Schönebeck. Die städtische Lungenfürsorge stellt heute unter den heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und besonders dem unzulänglichen Wohnungsraum hart zu arbeiten. Etwa 250 Lungenkranke werden von der Fürsorge betreut. Aus dem Bericht von 1925 sind folgende Zahlen interessant. Die Fürsorgestelle hatte ein Bewachungsgebiet von 21 419 Einwohnern im Durchschnitt. Der Fürsorgearzt ist Sanitätsrat Dr. Ströhler. Ein Fürsorgeausschuß besteht aus den gewählten Vertretern der städtischen Körperschaften. Die ärztlichen Sprechstunden finden wöchentlich freitags ab 5 Uhr im allstädtischen Krankenhaus statt. Von der Wohlfahrtskommission werden weitere Sprechstunden allwöchentlich abgehalten, und zwar am Montag, Dienstag, Donnerstag ab 5 Uhr in denselben Räumen. Aus dem Vorjahr wurden 103 Kranke herübergenommen, 187 Neuzugänge waren zu verzeichnen. Davon waren männliche über 14 Jahre 110, weibliche über 14 Jahre 92, Kinder unter 14 Jahren 88. Von dem Fürsorgearzt wurden 70 körperliche Untersuchungen, 147 wiederholte Untersuchungen und 114 Sputumuntersuchungen vorgenommen. Die Fürsorgeerin machte erstmalige Wohnungsbesuche in 134 Fällen. Wiederholungsbesuche etwa 3000. Offene Lungenunterkuffelungen waren der Fürsorgestelle 41 bekannt. Davon hatten 34 ein eigenes Bett, ein eigenes Schlafzimmer 6. Bei 16 Familien, wo Lungenunterkuffelungen vorhanden waren, sind Dachwohnungen festgesetzt. In zwei Fällen fehlte Wohnungen. Zu kleine Zimmer in 9 Fällen. Die Fürsorgestelle überweist in ärztliche Behandlung 63, in Krankenhäuser 5, in Heilstätten 9. In reichlichem Maße wurde für Stärkungsmittel gesorgt: Zucker, Grieß, Pasterfäden, Mehl, Reis, Weiz, Eisenropfen, Pepsinwein und dergl. mehr. Milch wurde in 197 Fällen verabreicht und Rebertran in 112 Fällen. In 86 Fällen wurde eine Wohnungsdesinfektion vorgenommen. Die Ausgabe der Gemeinde betrug hierfür 3404 Mark. Auch die Allgemeine Ortskrankenkasse hatte Stärkungsmittel bereitgestellt. Zu begrüßen wäre es, wenn man statt Sechswochenfuren durch die Landesversicherungsanstalten Achtwochenfuren einführen würde. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die städtischen Körperschaften weiter für den Ausbau der Lungenfürsorge sorgen, im Interesse der Volksgesundheit. — **Bom Schöffengericht.** Der Bierverleger Albert B. wird

beschuldigt, im Jahre 1922 der Ungucht Vorwurf gelehrt zu haben. Die gegen ihn erstattete Anzeige stellt er als einen Nadeakt dar. Durch Zeugenvernehmung wird er der Tat für überführt erachtet und zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt. — Die Ortsgruppe des Reichsbanners wird am Sonntag den 11. Juli im „Stadtparl“ ein großes Wiener-Fest veranstalten. Für die Kinder sind Veranstaltungen getroffen, die weit über den Rahmen der bisher alljährlich stattfindenden Kinderfesten hinausgehen. Es lohnt sich jetzt schon, sich im Eintrittskarten zu versehen, da die Nachfrage groß sein wird. In allen Gewerkschaftsbüros sowie in den Konsumvereinslagern und bei den Kameradschaftsführern sind Programmine zu 50 Pfg., für Kinder 10 Pfg. zu haben. Siehe heutiges Inserat. Arbeitslose Kameraden entnehmen ihre Eintrittskarten unter Vorlegung ihres Ausweises von den Kameradschaftsführern. — Der Schwimmbund Segellub hielt am 27. Juni sein diesjähriges Strandfest auf dem Anger ab. Die Kampionfahrt am Sonnabend gewährt von der Brücke einen sehr schönen Anblick. Am Sonntag nachmittag war Festzug mit Musik durch die Straßen. Um 4 Uhr begann das Ausfahren der Bezirksregatta um die Bezirksmeisterschaft. In der Jugendklasse ging Westerhüfen als bester Verein hervor. 1000 Meter in 4,12,8 Minuten, Herrenfahrer Schönebeck 1000 Meter 3,58,07 Minuten, Frauenkampf 600 Meter konnte Frohje an seine Fahne heften in 2,58,8 Minuten. Die Saalmannschaft des Arbeiter-Stadtfahrvereins Frischau trug zur Verschönerung des Festes bei. Ein großes Kinderfest am Montag gab der Veranstaltung einen guten Abschluß.

Stahfurt. Mit dem Schleier des Geheimnisses ist bisher die Angelegenheit der Errichtung eines großen Werkes durch die Badische Union, und Sodawerke in der Nähe von Gänsefurth bedeckt gewesen. Bald hieß es so, bald anders. Öftern konnten wir schon berichten, daß es fast absolut sicher sei, daß das Werk angelegt wird. Nachher erschien die Sache wieder zweifelhaft, jetzt aber ist sie positiv sicher. Die hiesigen Handwerksmeister haben schon Aufträge auf Lieferung von Gegenständen, die zum Bauen gehören, erhalten, und zum Teil auch bereits ausgeführt. Mit Beendigung der Ernte wird mit dem Ausschachten begonnen und 500 Mann werden dabei beschäftigt werden. Die zahlreichen, zum Teil großartigen Bauten sollen mit aller Beschleunigung fertiggestellt werden. Es liegt auf der Hand, daß auch Stahfurt sowohl von der Einrichtung wie nachher von dem Betrieb mancherlei Vorteile genießen wird, was der schwer daniederliegenden Stadt und den zahlreichen Arbeitslosen von Herzen zu gönnen ist. In einer gewissen Verbindung mit dem Projekt der „Badischen“ steht ein andres Projekt, das für Stahfurt auch einige Vorteile berpricht, nämlich die Umwandlung des Zementwerks bei Gänsefurth in ein großes angelegtes, mit den modernsten Einrichtungen versehenes Zementwerk, das vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde. Hoffentlich wird auch dieses Projekt Wirklichkeit. — Die Polizeiverwaltung rüft die alte Polizeiverordnung ins Gedächtnis zurück, daß das Stehenbleiben von Personen auf den Brücken, das Anlehnen an die Brüstungsländer und deren Verlängerungen sowie das Sitzen auf ihnen verboten ist. Sie kündigt an, daß jeder Fall der Zuwiderhandlung zur Anzeige gebracht wird. Es sind dort Beschäftigungen vorgenommen und schon steht dieses Umherstehen auch nicht aus.

Stadtkreis Uckerleben.

Unser Genosse Robert Greiner feiert am Freitag den 2. Juli seinen 70. Geburtstag. Greiner ist ein alter verdienstvoller Kämpfer unserer Parteibewegung und als solcher in weiten Kreisen bekannt. Er zog schon lange Zeit vor dem Kriege als einer der ersten Vertreter unserer Partei in die Stadtverordneten-Versammlung ein. Seit 1919 ist er ehrenamtlicher Stadtrat. Greiner feiert sein 70. Wiegendfest in völliger geistiger und körperlicher Frische. Wir wünschen unserm Kampfgenossen noch weiter einen heiteren und glücklichen Lebensabend.

Als Deputent der städtischen Feuerwehr ist Stadtrat Engel berufen worden. Der bisherige Deputent, der kommunistische ehrenamtliche Stadtrat Lorenz, hat das Amt niedergelegt.

Altmark.

Garbelegen. Die Lehrlingsausbildung steht in unserm Orte in hoher Blüte. Ganz besonders werden die Lehrlinge bei der Firma Drume u. Ullrich durch lange Arbeitszeit ausgenutzt. Die Arbeitszeit der Jungen ist durchweg von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr, es kommt sogar vor, daß bis 10 Uhr abends gearbeitet wird. Der Gewerbeinspektor wurde auf diese Gesetzesübertretung der Firma aufmerksam gemacht, er kontrollierte den Betrieb, aber alle drei Lehrlinge mußten dem Gewerbeinspektor dabei sagen, daß sie nur 8 Stunden am Tage arbeiten fräuchen. Wir glauben, die Firma würde nun die Lehrlinge nur die gesetzliche Zeit arbeiten lassen, aber die Jungen müssen weiter 11 bis 12 Stunden schuften. Die Arbeiterklasse sollte alle Fälle melden, in denen Lehrlinge über die gesetzlich zugelassene Arbeitszeit beschäftigt werden. — **Zum Wochenmarkt** waren 245 Ferkel und 12 Schweine aufgetrieben. Die Preise betragen a) für Ferkel im Alter bis zu 6 Wochen 28 bis 28 Mark, 6 bis 8 Wochen 28 bis 32 Mark, 8 bis 18 Wochen 32 bis 40 Mark; b) für Schweine im Alter von 3 bis 4 Monaten 40 bis 60 Mark, 4 bis 5 Monaten 60 bis 70 Mark. Gänzel und Umsatz waren flau.

Tangermünde. Frauengruppe. Unsere Versammlung findet Freitag den 2. Juli, abends 8 Uhr, in den hinteren Räumen der „Genossenschaft“ statt. Rege Beteiligung erwünscht.

Stadtkreis Stendal.

Stadtverordneten-Fraktion Sonnabend abend 8 Uhr im Parteifreiarat wichtige Sitzung. Stadtverordneten-Sitzung am Montag den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Rathausaal.

Die gesetzliche Miete für Juli beträgt für den Stadtkreis Stendal nach einer Bekanntmachung des Magistrats 100 Prozent der Friedensmiete. Dazu treten für die über 100 Prozent Zuschlag hinausgehende Grundvermögenssteuer 6 Prozent. Insgesamt also 106 Prozent.

Motorradunfall. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch stürzte der Reisende L. auf der Rückfahrt von Uckerleben nach Stendal in der Nähe des Aufseherhauses Paffel von seinem Made. Er zog sich größere Verletzungen zu.

Auf dem Wochenmarkt am Mittwoch kosteten: Rindfleisch Pfund, 1,10 bis 1,40 Mark, Schweinefleisch 1,20 Mark, Kalbfleisch 1,10 Mark, Geadtes 1,40 Mark, Schinkenstück 1,60 Mark, Speck 1,60 Mark, Kochwurst 1,80 Mark, Parbonade 1,40 Mark, Schladmurst 2,40 Mark, Mettwurst 1,80 Mark, Schmalz 1,40 Mark, Talg 60 Pfg., Sülze 40 Pfg., Eier Stück 10 Pfg., Landbutter Pfund 1,80 Mark, Käse (Kolle) 40 Pfg., Gurken Stück 40 bis 50 Pfg., Blumenkohl Stück 35 bis 80 Pfg., Salat 3 Stück 10 Pfg., Kartoffeln (neu) 10 Pfg., Rettich Stück 5 Pfg., Radischen Bund 10 Pfg., Kohlrabi 3 Stück 10 Pfg., Zwiebeln Bund 10 Pfg., Mohrrüben Bund 10 Pfg., Heidelbeeren Pfund 40 Pfg., Erdbeeren 20 Pfg., Himbeeren 50 Pfg., Erdbeeren 40 bis 60 Pfg., Lauben Stück 1 Mark, Birkinghohl Stück 45 bis 50 Pfg., Spinat Pfund 80 Pfg., Spargel 60 bis 70 Pfg., Kürchen 80 Pfg., Tomaten 60 Pfg., Johannisbeeren 25 Pfg., Maibärber, 2 Pfund, 25 Pfg., Pfifferlinge 40 Pfg., Stachelbeeren 25 Pfg.

Reichsbanner Schwarz = Rot = Gold.

Neuhaldensleben. Freitag den 2. Juli, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Herzog. Wichtige Tagesordnung.

Kreis Wangleben. Sämtliche Ortsgruppen des Kreises Wangleben versammeln sich 11 1/2 Uhr bei Schütze, Klein-Otterleben, Halberstädter Chauffeur, zum Wäldchen nach Eubenburg. Fahnen müssen alle zur Stelle sein. Kreis-spielleute treten in voller Stärke an. Der Kreisleiter.

Große und Klein-Otterleben. Unsere Ortsgruppen beteiligen sich an der Veranstaltung in Eubenburg am Sonntag den 4. Juli. Groß-Otterleben antreten 11 Uhr bei Dorf, Klein-Otterleben 1 1/2 Uhr bei Schütze.

Hiederitz. Hundertkämpfer Geyrothsberge Versammlung am Freitag den 2. Juli, abends 8 Uhr, bei Richter.

Wolmirstedt. Am Freitag abend 8 Uhr findet in „Stadt Prag“ eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Wert für den Versammlungsbuch.

Konsum

-Verein für
Magdeburg
u. Umg. E. G. m.
b. H.



Prima Rinder-Gefrierfleisch
Frisches Schweinefleisch
in allen Lagern.

Wurstwaren in feinsten Qualität.

Wir machen darauf aufmerksam, daß unser
Manufakturwarenlager Breiter Weg Nr. 56
am Montag und Dienstag wegen Inventur geschlossen bleibt.

≡ Lachen links ≡

Jede Woche eine neue Nummer empfiehlt:
Buchhandlung Volksstimme.

Offerierte Ia. Wurst und Fleisch:
Prima Kochfleisch, Schmorfleisch,
Rouladen
Schweinefleisch, Bauch, Kotelett,
Nacken, Schinken,
sowie sämtliche Wurstwaren, Ia. Qualität,
zu äußersten Preisen!
Hugo Eckert, Gr. Marktstraße 15
Ecke Jakobstraße.
Anmeldungen für den Bücherkreis nimmt
an Buchhandlung Volksstimme.



Der billige Ferien-Verkauf hat begonnen.

Wir können in dieser Anzeige wohl die Preise aber nicht die Qualitäten zeigen. Überzeugen Sie sich bitte durch zwanglose Besichtigung, daß Sie bei uns für wenig Geld wirklich gute Qualitäten bekommen.

Herren-Anzüge 16.- 26.- 32.- 39.- 48.- 58.- 75.-
Herren-Mäntel 16.- 22.- 29.- 35.- 48.- 65.- 82.-
Herren-Hosen 3.90 6.50 8.50 12.- 15.- 18.- 22.-
und höher

Damen-Mäntel und Kostüme

prima Qualitäten, zu nur dagewesenen billigen Preisen

Knaben-Waich-Anzüge und Blusen
2.40 3.25 5.- 8.- 10.- 14.-
Knaben-Kieler-Anzüge mit langer und kurzer Hose
6.50 8.- 10.- 14.- 17.-
Knaben-Mäntel, Kotelett, Alster, imprägn. Mäntel
9.35 12.- 16.- 18.- 20.-

Paul & Co. Breiter Weg
Ecke
Bärstraße.

Weniges genügt, um
Vieles zu erwerben.

Berücksichtigen Sie den Saison-

Ausverkauf

vom 1. bis 15. Juli

Es bietet sich eine selten günstige Kaufgelegenheit für **Qualitätsware**
zu außerordentlich billigen Preisen!
Großzügiger Preisnachlaß!

Herren-Anzüge

erprobte gute Qualitäten
18.50 23.- 29.- 37.- 47.- 57.-
und höher.

Herren-Sport-Anzüge

teils mit 2 Hosens
18.50 27.- 37.- 47.- 57.- 67.-
und höher.

Sommer-Mäntel

23.- 27.- 37.- 47.- 57.-
und höher.

Gummi- u. Lod.-Mäntel

14.50 17.50 25.- 27.-
und höher.

Knaben- und Burschen-Anzüge

entsprechend billiger!

Sämtliche Sommer-Kleidung

wie Lüster- und Leinen-Artikel zu bedeutend herabgesetzten Räumungs-Preisen!

Meine Spezialität: Kleidung für korpulente Herren!

Ehrenfried Finke

Breiter Weg 125/126 An der Katharinenkirche
Das Haus der guten Herren- und Knaben-Kleidung

Das Geld

ist zu knapp! Sie müssen
daher sehr billig einkaufen

Sonntagsanzüge, geistl. 36.00 22.00 27.00 22.00
Sonntagsanzüge, Partie nur 18.00
Sportanzüge, 2- u. Steifig 33.00 20.00 21.00
Gummimäntel 21.50 17.50 12.00
Windjaden, imprägniert 11.50 9.50 6.50
Breecheshosen, Kord 9.50 7.50 4.50
Sommerjaden 8.50 6.00 3.25
Pilotshosen 5.50 4.50 3.50
Sonderhosen Ia. 9.50 7.50 4.75
Sonderhosen 4.00 3.00 2.50 1.50

in **Breslens Textilhalle**
nahe Buttergasse 8, am Alten Markt.

empfehle ich eintr
Seelachs, Kabeljau,
Schellfisch, 20 Pfd.
Draffen, Flusshelme, 40 Pfd., lebende Schleie,
Aale, Schollen, Winterkrebse,
Jerta Weiß, Marktband vor dem „Actushof“.

Bekanntmachung.
Im Schwurgerichte des Stadthauses
hängt eine Verfügung des Herrn Landrats in
Stendal betreffend Feldbrände durch Feuersch
auswurf aus den Reichshochöfen aus.
T a g e r m ü n d e, den 25. Juni 1926.
Die Polizeiverwaltung, Lenß.

Bekanntmachung.
Die gesetzliche Miete beträgt vom 1. Juli
1926 ab bis auf weiteres 100 v. H. der reinen
Friedensmiete (§§ 2 u. 3 der Verordnung des
Ministers für Volkswohlfahrt über die Miet-
zinsbildung in Preußen vom 17. April 1924).
Von den 100 v. H. der reinen Friedens-
miete sind für die Kosten für laufende In-
standsetzungsarbeiten 17 v. H. in Ansatz ge-
bracht.
Im übrigen behält die Verordnung des
Ministers für Volkswohlfahrt vom 25. Juni
1924 (Preuß. Gesetzl. S. 570) Gültigkeit.
T a g e r m ü n d e, den 30. Juni 1926.
Der Magistrat, Lenß.

Bekanntmachung.
Die gesetzliche Miete beträgt vom
1. Juli 1926 ab bis auf weiteres
96 Prozent der reinen Friedensmiete
ausschließlich der Schönheitsreparaturen, die
der Mieter auf seine Kosten auszuführen hat.
S c h ö n e b e k, den 30. Juni 1926.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Der Gerber Fritz Behrens in Burg,
Schützenstraße Nr. 28, beabsichtigt auf dem
Grundstück hier Schützenstraße Nr. 28, Eigen-
tümer Hugo Behrens,
eine Gerberei in geringem Umfang
zu errichten.
Die Gerbung erfolgt auf vegetabilischer
Grundlage, und die Benutzung von Wasser-
läufen kommt nicht in Frage.
Etwasige Einwendungen gegen die Er-
richtung der Anlage sind schriftlich in zwei
Exemplaren oder zu Protokoll binnen vierzehn
Tagen, vom Tage der Bekanntmachung ab ge-
regnet, bei der unterzeichneten Polizeiverwal-
tung auszubringen.
Nach Ablauf der gestellten Frist können
Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr
angbracht werden.
Die Besreibungen, Zeichnungen und
Pläne liegen im Polizeisekretariat, Berliner
Straße 42, Zimmer 8, zur Einsichtnahme aus.
Termin zur Erörterung der etwaigen
Einprüche wird nach Ablauf der Einspruchs-
frist festgesetzt.
B u r g, den 25. Juni 1926.
Die Polizeiverwaltung.

Prima zollfreies Schweine-Gefrierfleisch

beste Qualität, 100%
empfehlen zu folgenden Preisen

Rouladen . . . Pfd. 1.00	Gulasch . . . Pfd. 90
Filet . . . Pfd. 1.00	Hohe Rippe . . . Pfd. 80
Roastbeef ohne Knochen . . . Pfd. 1.00	Gehacktes . . . Pfd. 80
Schmorfleisch . . . Pfd. 90	Suppenfleisch . . . Pfd. 70

sowie alle

frischen Fleisch- u. Wurstwaren

in bekannter Güte
zu billigsten Preisen.

Für die Altstadt: Otto Schumburg, Jakobstr. 31	Für Sudenburg: Aug. Dugas, Halberstädter Straße 30 a
Adolt Angrick, Jakobstr. 46	Für Buckau: Franz Kirsten, Martinsstr. 11
Wilh. Kahrstedt, Anhaltstr. 13	Für Neue Neustadt: Ebbecker Straße 10 a
Herm. Voigt, Johannsberg 16	

Reichsbanner-Ausrüstungen?

Dann kaufen Sie diese bei uns.
Wir haben vorrätig:

Reichsbanner-Mützen . . .	zwei 5.00	4.00	3.00
Windjaden imprägn. . .	zwei 18.25	16.50	15.50
Breecheshosen Kord . . .	zwei 14.50	12.50	11.75
Gürtel mit Schulterriemen . . .	zwei 3.50		

Zahnen in verschied. Ausführungen u. Größen.
„Die Biene“ (Vertretungsstelle der Arbeiterjugend)
Schwarze, 1 Treppe (Eck-
gebäude von Rathausplatz 8/4).

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. Juli 1926.

Die Julimiete.

Vom Vorstand des Mietervereins wird uns geschrieben: Da bei der Zahlung der Juli-Miete große Unklarheit darüber besteht, ob 100 oder 104 Prozent der Friedensmiete zu zahlen sind...

Zur Verlegung der Provinzialverwaltung.

Wie wir bereits gestern mitteilten, hat der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen in seiner Sitzung vom 30. Juni den Landeshauptmann beauftragt, wegen einer Verlegung der Provinzialverwaltung...

Die Verweggründe für diesen Beschluß legt der Landeshauptmann in einer Zuschrift wie folgt dar: „Schon seit langem entstand die Ueberzeugung, daß für die Verwaltung der über die ganze Provinz zerstreuten Einrichtungen des Provinzialverbandes die Stadt Merseburg kein günstiger Standort ist.“

Diese Mängel sind seit Jahrzehnten in steigendem Maße empfunden. Wenn der Entschluß, die Verlegung der Verwaltung vorzubereiten, gerade in der jetzigen Zeit des Daniederliegens der Wirtschaft und der Notwendigkeit, ausschließbare Ausgaben zurückzustellen, gefaßt worden ist, so hat das seinen Grund darin, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit des Aufbaues und der Umstellung auf vielen Gebieten der Verwaltung und Wirtschaft die enge Zusammenarbeit der Provinz mit Staats- und Gemeindebehörden und Vertretern der Wirtschaft und der Wohlfahrtsverbände mehr denn je erforderlich ist.

Für eine Verlegung der Provinzialverwaltungsbehörden dürfte in erster Linie die Stadt Magdeburg in Frage kommen. Als Provinzialhauptstadt mit dem Sitz des Oberpräsidiums, als größte Stadt der Provinz, hat sie ein weitgehendes Interesse, daß sich in ihren Mauern sämtliche Provinzialbehörden vereinigen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg.

Table with 4 columns: Date, Members, etc. for the Magdeburg health insurance fund.

Im Vergleich mit dem 31. Juni 1925: 34 756 m. 27 419 m. zuz. 62 175. Zugang v. 21. 6. b. 26. 6. 1926 838 „ 374 „ 1 212.

Einheitsstimmel der Roten Frontkämpfer.

Von der Ortsleitung des Reichsbanners Schwarz-rot-Gold wird uns geschrieben: In der Abstimmungsbewegung haben die Roten Frontkämpfer die nur auf Anweisung der Parteiführung der Kommunisten handeln, den Reichsbannerkameraden versucht, die „Einheitsfront“ schmachtig zu machen.

Schon des öfters haben die Roten Frontkämpfer versucht, sich an den Veranstaltungen des Reichsbanners zu beteiligen. In der Abstimmungsbewegung schlossen sie sich den Propagandazügen an, obwohl ihnen mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben wurde, daß sie wegflehen müßten.

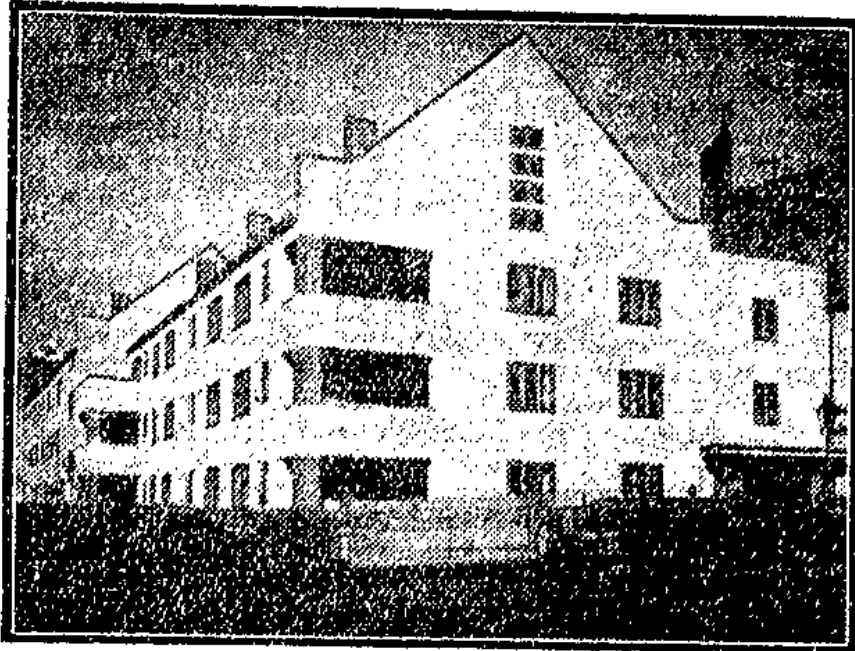
Mit aller Deutlichkeit wollen wir aber hier erklären, daß wir die Einheitsfront mit den Roten Frontkämpfern ablehnen müssen, weil es ihnen in ihrer Absicht nicht auf ernsthafteste Beteiligung der republikanischen Interessen, sondern auf die Stärkung ihrer Organisation ankommt.

dort wird die Republik auf das schmachlichste beschimpft. Kein ehrlicher Republikaner kann in seinem eignen Interesse dem Rufe der Kommunisten nach der Einheitsfront folgen, wenn er nicht sehr bald bitterste Enttäuschung erleben will.

Neubau im Hospital St. Georgii.

Das Hospital St. Georgii, wohl das älteste und größte Altersheim Magdeburgs, hat auf seinem großen Grundstück zwischen Velfortstraße und Kleiner Diesdorfer Straße jetzt eine Erweiterung erfahren durch einen Neubau.

Wegen Mangels an Mitteln konnte auch nur erst ein Teil des Bauprojekts fertiggestellt werden, nämlich der östliche Flügel. Er wurde am Mittwoch durch eine kleine Feierlichkeit eingeweiht.



aus dem Kapital des Stiftes stammten, konnten 60 Wohnungen erstellt werden, 50 davon für eine Einzelperson, zehn für Ehepaare.

Die 80 Quadratmeter großen Wohnungen für eine Person bestehen aus einer Stube mit Bettstätte, durch Vorhang vom Wohnraum getrennt, und aus einem Küchenraum. Dazu gehören Keller- und Bodenverschlag. Die 48 Quadratmeter umfassenden größeren Wohnungen haben außerdem noch eine Schlafkammer. Die Beheizung erfolgt durch einen in die Wand zwischen Küche und Wohnzimmer eingebauten Kachelofen, der gleichzeitig Küchengerät ist und durch einfache Handhabung in Herd und Ofen getrennt werden kann.

Der allgemeinen Benutzung durch die Bewohner dienen Gemeinschaftsräume in jeder Etage. Außerdem sind Spülküchen mit Warmwasserleitung und gemeinschaftlich zu benutzende Balkone vorhanden. Für jede der drei Etagen ist auch eine Waschküche, ein Trockenboden und ein Bad eingerichtet.

Um den langen, 2 Meter breiten Fluren den safternmäßigen Eindruck zu nehmen, hat man viel mit Farbe gearbeitet. Z. B. sind die Türen alle in verschiedenen Farben gehalten, und jeder Flur ist anders abgetönt worden. Man konnte die lange Flucht des Gebäudes und damit der Flure auch dadurch unterbrechen, daß man etwa in der Mitte am Treppenhause eine seitliche Verschönerung der Gebäude teile vornahm.

Durch den Neubau des Hospitals sollen in der Stadt Wohnungen solcher alten Leute freigegeben werden, die gern ihre größeren Räume aufgeben, sei es aus wirtschaftlicher Not oder aus anderen Gründen. Es soll damit ein neuer Schritt im Kampfe gegen die Wohnungsnot getan werden.

Bei der kleinen Einweihungsfeier erhaltete Bürgermeister Paul von der Stadt an die Ausführenden des neuen Hauses. Für alles zeichnete verantwortlich das städtische Hochbauamt, das unter Leitung von Magistratsrat G. Oberich auch die letzten Einzelheiten und Kleinigkeiten durchgearbeitet und entworfen hat.

Sonderzüge nach Düsseldorf.

Wie uns die Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg mitteilt, werden — außer den beiden Feriensonderzügen am 2. Juli und am 14. August nach Eberfeld, Düsseldorf und Köln — noch folgende Verwaltungsonderzüge 3. Klasse ausschließlich nach Düsseldorf gefahren:

Table listing train routes and prices to Düsseldorf: Am 28./29. Juli, Magdeburg Hbf. ab 9,00 abends (28. 7.) = 27,60 Mark.

Table listing train routes and prices to Düsseldorf: Am 31. 7./1. 8., Dresden Hbf. ab 4,45 nachm. (31. 7.) = 30,80 Mark.

Zu diesen Sonderzügen werden nur Rückfahrkarten ausgeben. Die Fahrpreisermäßigung, Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten, Bestellung und Ausgabe der Fahrkarten und die übrigen allgemeinen Bestimmungen sind die gleichen wie bei den Feriensonderzügen. Einsteigestationen zu diesen Zügen sind nur die in den Fahrplänen genannten Stationen.

Die Besolei hat für Düsseldorf auch besondere Gutscheinhefte herausgegeben, die entsprechend dem Wunsche der Reisenden mit den gewünschten Gutscheinen zusammengestellt werden. Es werden durch diese Hefte die Uebernachtung, der Eintritt zur Ausstellung, die Stadtrundfahrten usw. wesentlich verbilligt.

— Neue Ausstattung im Viktoria-Theater. Das behagliche Bühnenspiel Hermann Geijermans, „Eva Bonheur“, in dem am Donnerstag und Freitag im Viktoria-Theater Alla Grüning vom Zentraltheater Berlin gastiert, wird ebenso wie die andern Aufführungen im Viktoria-Theater vollkommen neu ausgestattet.

— Ferienausflug der Arbeiterwohlfahrt Ludau. Am Montag den 5. Juli, nachmittags 2 Uhr, veranstaltet die Arbeiterwohlfahrt ab Feuerwehrdepot nach Baumgarten im Stadtpark einen Ausflug.

— Der Magdeburger Sängerkhor unter Leitung von Willi Neuling singt am Sonntag den 4. Juli, nachm. 4 Uhr, im „Vogelgefang“. Es werden Volks- und Freiheitslieder für Frauen-, Männer- und gemischten Chor zum Vortrag gebracht.

— Der Eisenbahnverein Magdeburg veranstaltet am Sonntag den 3. Juli zum Besten seines Kinderheims in Gertrode ein großes Sommerfest.

— Wäberzug Leipzig—Warenmünde. Mit dem 1. Juli ist der Wäberzug 3084 Leipzig—Magdeburg—Warenmünde und Rad Döberan aufgenommen worden, der außerordentlich günstige Verbindungen von Sachsen, Thüringen, Mitteldeutschland nach den mecklenburgischen Ostseebädern darstellt.

— Vom Feuerwerk auf dem Ausstellungsgelände. Seit Beginn der Woche sind in aller Stille emsige Hände damit beschäftigt, das am kommenden Sonntag stattfindende Gastspiel der südländischen Feuerwerkskünstler Gebr. Pinto vorzubereiten.

— Streichholzanzünden ist Feuermachen. Das Oberlandesgericht Breslau hat sich mit der Frage zu beschäftigen, ob das Anbrennen eines Streichholzes als „Feueranzünden“ gemäß § 368 Riffert 6 des Strafgesetzbuchs anzusehen sei.

— Streichholzanzünden ist Feuermachen. Das Oberlandesgericht Breslau hat sich mit der Frage zu beschäftigen, ob das Anbrennen eines Streichholzes als „Feueranzünden“ gemäß § 368 Riffert 6 des Strafgesetzbuchs anzusehen sei.

— Streichholzanzünden ist Feuermachen. Das Oberlandesgericht Breslau hat sich mit der Frage zu beschäftigen, ob das Anbrennen eines Streichholzes als „Feueranzünden“ gemäß § 368 Riffert 6 des Strafgesetzbuchs anzusehen sei.

— Streichholzanzünden ist Feuermachen. Das Oberlandesgericht Breslau hat sich mit der Frage zu beschäftigen, ob das Anbrennen eines Streichholzes als „Feueranzünden“ gemäß § 368 Riffert 6 des Strafgesetzbuchs anzusehen sei.

Das verhandelte Mieterschutzgesetz.

Auf Veranlassung des Vorstandes des Mietervereins traten die Gesamtvorstandsmitglieder mit den Bezirksvorständen, Vertrauensmännern, Unterkassierern und Beisitzern zum Mietungssamt und Mietschöffengericht zu einer Beratung zusammen, in der der Bundesvorsitzende Frh. D. J. J. (Berlin) einen instruktiven Vortrag über das verhandelte Mieterschutzgesetz und die gesetzliche Mietschöpfung hielt.

Der Vortragende besprach zunächst die Befristung des Mieterschutzgesetzes. Ursprünglich sollte kein Endtermin festgesetzt werden, der mit dem 30. Juni 1926 erreicht ist. Durch die Taktik der Zentrumspartei sei 1922 im letzten Augenblick noch die Befristung „eingeschmuggelt“, die von den Sozialdemokraten und Kommunisten zwar heftig bekämpft, aber nicht verhindert werden konnte. Da es unmöglich ist, das Gesetz in der gegenwärtigen Zeit zu Ende zu führen, brachte die Reichsregierung ihren Gesetzesentwurf zur Verschlechterung des Mieterschutzgesetzes ein. Es fiel von der Reichsregierung mit der Mietschöpfungspartei wegen der Steuererhöhung 1926 so viel Mietschöpfung getrieben, daß als Opfer der Mieterschutz auf der Strecke geblieben sei. Die Abkündigung im Reichstage zugunsten der Vermieter zeige deutlich die Verschlechterung der Rechtsverhältnisse für die Mieterschaft. Mit aller Macht muß dieser Zustand beseitigt werden.

Im § 1 ist nichts abgeändert. Abgelehnt wurden sieben Anträge der Wirtschaftspartei und ein Antrag der Volkspartei, welche sämtlich darauf hinaus wollten, dem Vermieter wieder das volle Kündigungsrecht zu geben. Das hätte katastrophale Wirkungen ausgelöst. Während nach § 2 bisher der intellektuelle Urheber eines Streites oder einer Verletzung durch das Gesetz gestraft würde, ist dieser Kreis auf andere Personen, die auch im Dienste des Mieters ständen, erweitert worden, wofür erreicht sei, daß auch schikanöse Hausverwalter, die oftmals noch schlimmer sind als die Eigentümer, vom Gesetzgeber bestraft werden können.

Der wichtigste Grund zur Aufhebungsklage nach § 3 war bisher die Nichtzahlung der Miete in Höhe des zweimonatigen Betrags. Hier ist eine gewaltige Verschlechterung eingetreten. Es muß eine außerordentlich peinliche Innehaltung der Zahlungstermine stattfinden. Es gibt nunmehr zweiklassige Mieter, welchen das Schicksal der Barackenwohnungen droht. Neben den Obdachlosenaffen werden jetzt in Deutschland

Wohnviertel für „minderwertige“ Mieter

geschaffen werden müssen. (1) Nach § 10 ist der Gerichtsschreiber, bei dem eine nach § 3 eingereichte Klage auf Räumung wegen Nichtzahlung der Miete eingegangen ist, verpflichtet, an das Wohnungsaufsichtsamt zu berichten, welches helfend eingreifen soll. Wegen der Wichtigkeit der Sache sei hier der Text des § 10, Abs. 2, mitgeteilt: „Vor dem Eingang einer Klage, mit welcher die Aufhebung eines auf Wohnraum bezüglichen Mietverhältnisses auf Grund des § 3 verlangt wird, hat der Gerichtsschreiber der Fürsorgebehörde unter Angabe des rückständigen Mietbetrags und unter Hinweis auf die Fürsorgepflicht gemäß den Reichsgrundgesetzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge untergütlich Mitteilung zu machen.“ Im Zahlungsprozess ist eine Sicherung geblieben, soweit die Unkenntnis nicht auf Fahrlässigkeit beruht. Ist die Behauptung des Mieters glaubwürdig, daß er sich im Zweifel über die Aufrechnungspflicht befunden, so „kann“ der Richter Grade vor Recht ergehen lassen. Es empfiehlt sich aber, beim Aufrechnungsverfahren die größte Vorsicht walten zu lassen, um nicht den Verlust der Wohnung zu besorgen.

Im § 4 spielt die Frage des Gewerbebetriebs eine erhebliche Rolle. Es ist leider nicht gelungen, die Freigabe der gewerblichen Räume zu verhindern. Die Regierung stand auf dem Standpunkt, daß kein Ersatzraum notwendig sei. Neu ist, daß das Gesetz vorschreibt, daß im Termin gefragt werden muß nach dem Alter des Vermieters und seiner Kinder, damit er in den Besitz der Gewerberäume (zum Eigebrauch) gelangen

kann. Für die Gewerberaummieter ist eine ganz gefährliche Situation geschaffen. Sie wird manchem die Existenz kosten.

§ 6 behandelt die Ersatzraumfrage für die Wohnung. Hier ist die „Miß“-Form des Gesetzes in eine „Nann“-Form auf Antrag der Deutschen Volkspartei verwandelt. Der Ersatzraum ist von größter Wichtigkeit. Ein Mieter mit dreiköpfiger Familie und fünfzimmiger Wohnung kann in eine Zweizimmerwohnung hineingepreßt werden. Selbst die

Verkauf einer Ersatzwohnung

kann ausgesprochen werden, wenn der Richter den Eindruck erhält, daß es für den Mieter „keine unbillige Härte“ sei. Wer definiert den Begriff „billige Härte“? Wegen unberechtigter Untervermietung soll unter Umständen, wenn es dem Richter beliebt, der Ersatzraum abgelehnt werden.

Hat jemand Laden und Wohnraum gemietet und ihm wird das eine oder das andere abgefragt, so kann ihm unter Umständen für die Wohnung Ersatz gewährt, für den Gewerberaum aber nur dann, wenn es sich um ein Gewerbe handelt, wofür ein öffentliches Interesse vorliegt. (Zum Beispiel Apotheke.)

Der Untermieter hat keinen Schutz mehr, wenn er nicht einen eignen Hausstand führt. Die §§ 1 bis 19 gelten nicht mehr für ihn.

Eine sehr wichtige Sache ist die neue Bestimmung, daß Wohnungen, die nicht vom Wohnungsaufsichtsamt der Kosten wegen geteilt, aber vom Hauswirt zergliedert werden, nicht mehr den Schutz des Gesetzes genießen. Satz 1 des § 8a heißt: Wird durch Teilung einer unbenutzten Wohnung von fünf oder mehr Wohnräumen eine neue abgeschlossene Wohnung gewonnen, so finden auf die neue Wohnung die Vorschriften des Reichsmietengesetzes (beinhaltet die Mietpreisbildung) und der erste Abschnitt dieses Gesetzes keine Anwendung.

Die Umwandlung von gewerblichen Räumen in Wohnräume befreit diese von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes. Überall tritt die Tendenz zutage, dem Vermieter ein schrankenloses Ausnahmerecht einzuräumen. Sehr bedenklich ist das Recht, daß sich der Vermieter einzelne Teile einer Mietwohnung einlagern kann. Das wird manchem — besonders den räumlich nicht so beengten besser situierten — Mietern schlaflose Nächte bereiten.

Über auch an den Wohnraumwucher hat man gedacht. Hinter § 49 werden § 49a und b eingefügt. Sie lauten: Wer für die Verabreichung von Räumen oder im Zusammenhang damit für sich oder einen anderen einen Mietzins oder sonstige Vergütung fordert, annimmt oder sich versprechen läßt, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse als unangemessen anzusehen sind, wird wegen:

Wucher mit Räumen

mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bestraft. Ist die Tat fahrlässig begangen, so ist auf Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahre zu erkennen.

Und § 49b: Die Vorschriften des § 49a finden auch auf die von Behörden, insbesondere der Reichsbahn und Post überlassenen Räume Anwendung.

Nach einer Pause behandelte der Referent noch die Friedensmiete und beleuchtete sie nach allen Seiten. Da die Gesetze nur um 1 Jahr verlängert werden, befindet sich die Mieterschaft in ständiger Aufregung. Gewisse Presseorgane, die offen und heimlich für die freie Mietwirtschaft arbeiten, werden natürlich alles nur als Spielerei, als halb so schlimm bezeichnen. Demgegenüber muß schärfste Verwahrung eingelegt werden.

Den Vorträgen folgte eine Aussprache, die bewies, daß die Reichsregierung sich bei den Mietern gründlich in die Messen gesetzt hat. Die Regierung mag gewarnt sein. Der Höhepunkt ist überschritten, die Gebuld ist zu Ende. Die Mieter fordern die Rückkehr zu Vernunft und verlangen Schutz vor der offenen und verteilten Profitgier der Hausbesitzer.

Montessori-Kursus. Dr. Maria Montessori wird im Winterhalbjahr 1926/27 in Berlin einen Ausbildungskursus für deutsche Lehrkräfte abhalten. Der Kursus beginnt am Montag den 11. Oktober und schließt Anfang April 1927. Verbindliche Vorkursfächer sind: Theorie und Technik der Montessori-Methode, Hospitieren und Tagebuchführen in den Montessori-Kindertagesstätten und in der Montessori-Schulklasse, Seminarübungen mit Referaten, Zeichnen, Schriftzeichnen, Musikalische Übungen (keine Vorkenntnisse erforderlich), Übungen im guten Sprechen und Vorlesen, Hygiene des Kindes, soziale Hygiene, Psychologie, Töpfern, Weben. Berechtigter zur Teilnahme am Kursus sind: Lehrer, Lehrkräfte und Kindergärtnerinnen mit staatlichem Examen. (Schulungsleiterinnen mit staatlichem Examen können auch zugelassen werden, sie können aber, wenn sie kein pädagogisches Examen nachmachen, in Montessori-Kindertagesstätten nur als Helferinnen, nicht als Leiterinnen beschäftigt werden.) Als Vollqualifiziert werden 60 Teilnehmer, die im Besitz der verlangten Vorbildung sind, zugelassen. Der Unterricht in Zeichnen, Schriftzeichnen, Töpfern, Weben wird in Gruppen von je 20 Teilnehmern erteilt. In anderen Fächern werden je nach Bedarf Teilungen vorgenommen. Als Hospitanten können Ärzte, Psychologen, pädagogisch interessierte Eltern, Sozialbeamte usw. an den theoretischen Fächern teilnehmen. Die Teilnahme an den übrigen Fächern ist aus technischen Gründen nicht möglich. Die Hospitanten nehmen nicht an den Prüfungen teil und erhalten kein Zeugnis. Für Junglehrer und Junglehrerinnen werden besondere behördliche Unterhaltungen für Lebensunterhalt und Kursushonorar in Aussicht gestellt. Anmeldungen sind zu richten an die Deutsche Montessori-Gesellschaft e. V., zu Händen von Klara Grünwald, Berlin NW 87, Kugelhener Straße 18.

Republikanischer Tag in Sudenburg am Sonntag den 4. Juli.

Festlokal: „Konzerthaus“.

Sahnen heraus! Schmückt Fenster, Häuser und Straßen! Alle Republikaner sind herzlich eingeladen.

Preis der Plakette einschl. Steuer und Zang 50 Pfennig.

— Straßenausschmückung. Eine jugendliche Madlerin überfuhr die Otto-von-Guerike-Straße von der Anhaltstraße kommend. Ein vom Haffelbachplatz kommendes Auto fuhr die Madlerin am Hinterrad an. Sie kam zu Fall und verletzte sich dabei am Kopfe und Arme.

— Seinen Verletzungen erliegen. Seinen schweren Verletzungen durch den in der Nacht zum Mittwoch erlittenen Autounfall erliegen ist der Gastwirt Otto B. aus Ködern.

Kommt zum Konzert der Arbeiterwohlfahrt am Freitag abend 7/8 Uhr in der „Wilhelma“.

Programme à 30 Pfennig sind in der Buchhandlung Volkstimme und an der Kasse zu haben.

— Unglücklicher Sturz vom Fuhrwerk. Der Landwirt O. R., wohnhaft Badetischstraße 20, glitt beim Absteigen aus dem Fuhrerboden am Schöppenstieg so unglücklich unter sein eigenes Fuhrwerk, daß er sich einen komplizierten Oberschenkelbruch zuzog. Der Verunglückte wurde dem Krankenhaus Altstadt zugeführt.

— Unfall. Der 12jährige Schüler E. wurde Donnerstag früh von einem Motorfahrer in der Halberstädter Straße Boden gerissen. Der Knabe blieb mit aufsehenerregenden inneren Verletzungen liegen. Er wurde durch mitleidige Passanten nach der elterlichen Wohnung gebracht.

— Heruntergefallener Stud. Vom Hause Blaubeißstraße sind in der letzten Nacht große Mengen loberer Stud herabgefallen. Der schmale Bürgersteig war infolgedessen heute vormittag unpassierbar. Die beiden Geschäfte im Hause mußten wegen der drohenden Gefahr einige Stunden schließen.

— Schrebergartenbiefstahl. Dem Schrebergartenbesitzer wurden aus seiner im Garten an der Schrote neben der Law belegenen Stallung fünf wertvolle Mannichsen und drei junge Hühner gestohlen. Die Schloßer waren gewaltsam geöffnet. Der Garten fand man frühmorgens offen. Von dem Diebe fehlt jede Spur.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Alte Neustadt. Abfahrter am Sonnabend den 3. Juli abends 9 Uhr, bei Winter Baumwelle. Alle Kameraden sind herzlich eingeladen. — Am Sonntag den 4. Juli, mittags 1 Uhr, Treffen mit Kameraden im Vereinslokal.

Abteilung Alte Neustadt. Sonntag den 4. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr Antreten vor dem Vereinslokal zum Marsch nach Sudenburg. Erscheinen Pflicht!

Abteilung Neue Neustadt. Am Sonntag 11 Uhr Antreten mit Spielern am „Wintergarten“ zum Marsch nach Sudenburg. Restlose Teilnahme wird erwartet. — Jugendabteilung. Zu dem republikanischen Jugendfest Antreten der Jugend um 1 Uhr an der „Wilhelma“. Vollständig erschienen.

Abteilung Wilhelmstadt. Die Abteilung beteiligt sich geschlossen an der Veranstaltung in Sudenburg. Antreten 11 1/2 Uhr vor dem Vereinslokal.

Abteilung Sudau. Am Freitag den 3. Juli Sitzung der Vorstandsmittglieder, Hauptkassier und Kassierer beim Kameraden Dorendorfer — Am Sonntag den 4. Juli Antreten der Abteilung 12 Uhr mittags Spielplatz Dorendorfer Straße zur Teilnahme am republikanischen Tag in Sudenburg.

Bereinskalender.

Geographische. Bund der freien Schulgesellschaft. Am Freitag den 3. Juli abends 9 1/2 Uhr, Versammlung bei Richter.

Rundfunkprogramme.

Rundfunk-Programme. Berlin, Königswusterhausen, Stettin. Berlin Welle 504 u. 571. — Königswusterhausen Deutsche Welle 1300. — Stettin Welle 241. — Stettin gibt außer eigenen Darbietungen des Programms Berlins. — Königswusterhausen gibt es von 8.30 ab (Sonntags von vorm. 11.30—2 und abends von 8 Uhr ab.) — Wochentags 10.10: Kleinhandelspreise. © 10.15: Nachrichten, Wetter. © 11 u. 3.30: Konzert für Verlorene. © 12.20: Vorkörse. © 12.55: Zeit. © 1.15: Nachrichten, Wetter. © 2.30: Börse. © 3.10: Landw.-Wirtsh. Zeit. — Abends: Nachrichten, Zeit, Wetter, Sport, Theater, Film.

Freitag, 2. Juli. Dorothee Goebele: Goldene Rückwärtslogik. — 4.30: Georg Hammer: Schwestern aus dem Volksleben (in Berliner Rundfunk). © 5: Funk-Kapelle. Friml: Ullas's Hochzeit, Frotz. — Ganne: Blondinen, Walzer. — Gomez: Duo. — „Guaraní“. — Brog: Wie im alten Stil. — Vortrefflich: Capotte Caprice. — Catalani: Fant. „Doreley“. — Sumpriss: In Hongkong. © 6: Leo-Wulf aus dem Hotel Adlon. © 6.50: Oberinsp. Krug: „Sommerarbeiten im Gemüsegarten.“ © 7.20: Prof. Dr. Hell: Orientalisches Gut in unserer Muttersprache. © 7.50: Dr. Bradmann, Mitgl. d. Brau- u. Akademie d. Wissenschaft: Grundzüge d. europ. Geschichte (Entstehung der Nationalstaaten). © 8.30: Lyrik der Großstadt. Mitw.: Fränze Kolloff, Alfred Braun (Mitgl.). © 9: Kammer-Konzert. York Bowen: Sonate e-moll für Violine und Klavier. Hans Mahle, Bratsche; Paul Schramm, Klarinet. — Beethoven: Sonate op. 27, cis-moll (Schumann). — Schumann: Märchenbilder op. 113 (Mahle, Schramm).

Stettin. 8.30: Konzert. Schumann: Widmung. Walbesgespräch. — Schubert: Der Jüngling an der Quelle. (Suzanne Loop, Sopran.) — Beethoven: Quintett op. 71. (Bläservereinigung des Städt. Orchesters). — Löwe: Archibald Douglas. — Schumann: Die beiden Grenadiere. (U. Handzell vom Stadttheater (Wag)). — Böhm: Sängerspruch. — Mäde: Berggipfel erglänzen. (Männergesangsverein „Melodia“). — Chopin: Etüde. (U. Stöben, Cello.) — Weinzierl: Heidenheimat. — Wöhlgenmuth: Wie's daheim war. — Danwitz: Frühling auf dem Rhein. (Männergesangsverein „Melodia“). — Schumann: Träumerei. — Davidoff: Am Springbrunnen. (U. Stöben). — Sclager: Nun leb' wohl. — Mäde: Schläfe, Bleichen. (Männergesangsverein „Melodia“). — Gabriel-Marie: Lamento. (U. Stöben). — Nagler: Mädel flink auf den Kranz. — Schröder: Champagnerlied. (Männergesangsverein „Melodia“). — Mischlinge in der Stadterziehung.

Königswusterhausen. Freitag, 2. Juli. 1.10: Karl Graef: Die Kunst des Sprechens für Schüler. © 3: C. W. Wierl u. Fril. v. Enjeken: Spanisch für Anfänger. © 3.30: Landeschulrat Dr. Sawatz, Lübeck: Die Bedeutung der Erbfunde für unsere Zeit. © 4: Derlebe: Der Gegenstand des Erbfundes-Unterrichtes. © 4.30: Mitteilungen des Zentralinstitutes. © 5: Franziska Brück: Die Blume als Bildungsfaktor. © 7.30: Dr. Schenk: Die Angst vor dem Zahnarzt. © 7.55: Prof. Dr. Suggenheimer: Magen- und Darmstörungen im Sommer.

Rundfunk-Programme. Hamburg, Bremen, Hannover, Kiel. Hamburg Welle 392. — Bremen Welle 279. — Hannover Welle 297. — Kiel Welle 233. Wochentags: 12.15: Börse. © 12.30—2: Konzert. © 12.55: Rauener Zeit. © 1.10: Schifffahrt. © 2: Wetter. © 2.05: Konzert der Bremer Vokal. © 2.45: Börse. © 3.35: Zeit. © 3.40: Börse. © 3.50: Schifffahrt. © 5.35: Luftverkehr. © 6: Kapelle Marie Weber aus Hotel Adlon, Berlin. © 7.55: Wetterbericht. © 10: Wetter. Sport.

Freitag, 2. Juli. 4: Hannover (für Hannover u. Hamburg): Hermann Wunt (Wieder zur Laute) und Kammerorch. © 4: (nur Bremen): Kammerorch. Weber: „Der Freischütz.“ — Mendelssohn: Zwei Wieder ohne Worte. — Urdach: Schubert-Etizen. — Schumann: Aufschwung. © 4: (nur Kiel): Walden und Melodramen. Mitw.: Emmy Karlied, Reg.; Hans Günther, Gesang; Kapellmeister Döhning, Klavier. © 4.40: Lustige Vertelle. Gelesen von Hans Fleischer. © 6: Teatortext aus Hotel Adlon, Berlin. © 6.55: Bilder a. d. deutschen Theatergeschichte, von Dr. W. Gerdes. © 7.20: Die Schnellmaße der Schweine. Von Direktor Müller. © 8: Hamburg (für Hamburg, Hannover und Kiel): Kompositionen. Abend. Edward Moritz. © 8: (nur Bremen): Schweizer Abend. Mitw.: Hermann Ernst-Jürich, Gesang; Dr. Pündter, Regist.; Kammerorch. u. a.: Schweizerlieder. — Gedichte von Conrad Ferd. Meyer. — Gedichte von Heinrich Leuthold und Carl Spitteler. — Gedichte von Gottfried Keller. © 10: (nur Bremen): Uebert. des Konzerts aus „Söllner's Gute Stuben“, Bremen. © 10: Hannover (für Hannover, Hamburg, Kiel): Uebert. des Konzerts aus Continental Hannover.

Rundfunk Leipzig (Welle 452), Dresden (Welle 294). Wochentags: 10: Wirtschaft. © 11.45: Wetter. © 12: Mittagsmusik. © 12.55: Rauener Zeit. © 1.15: Börse, Presse. © 2.45: Wirtschaft. © 3—4: Wäbagog. Rundfunk Deutsche Welle 1300. © 3.25: Berl. Devisen, Prod.-Börse. © 4.30 u. 5.30: Konzert des Leipz. Rundorch. © 6: Börse, Wirtschaft. © Ansicht. an die Abendveranstaltungen: Preise etc.

Freitag, 2. Juli. 8.30: Aus Neuerungen auf dem Bäckermarkt. © 7: Prof. Stübbe: „Das moderne Berlin.“ © 7.30: Prof. Taraschank Kon: Der indische Dichtersphilosoph Tagore. © 8.15: Kabardinatagh Tagore. Mitw.: Prof. Reg. Regat.; W. Niemann, Klavier; Juntorch. Pop: Orientalische Suite. — Aus der Lyrik Tagores. — Niemann: Klaviervorträge. — Aus den Dramen Tagores. — Aus den Prosawerken Tagores. — Pop: Orient. Suite. © Darauf Tanzmusik. Uebert. aus dem Ausstellungslokal.

— Auslegung eines Fluchtlinienplanes. Der Fluchtlinienplan für das Gelände westlich des Bahnhofs Nothensee ist, nachdem über die gegen denselben erhobenen Einwendungen endgültig beschlossen worden ist, förmlich festgesetzt. Gemäß § 8 des Fluchtliniengesetzes liegt dieser Plan mit Erläuterungsbericht und Vermessungsregister im Liegenschaftskamt — Spiegelbrücke 1/2, 3 Treppen, Zimmer 33, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus.

— Schlafwagen (Hamburg)—Magdeburg—München. Zu Beginn der Reisezeit wird erneut auf die außerordentlich günstige Schlafwagenverbindung hingewiesen, die durch den in den Zügen D 151/70 eingerichteten Schlafwagencarrier hergestellt ist. Man fährt ab Hamburg 4.40 Uhr nachmittags, ab Magdeburg 9.10 Uhr abends, und kann zwischen Magdeburg und Halle auf den Schlafwagen übergehen, der daselbst auf D 70 umgesetzt wird. D 151 Hamburg—Magdeburg—Leipzig führt Speisewagen und hat in Wittenberge Anschluss von D 63, ab Kiel 2.42 Uhr, ab Travemünde 3.28 Uhr, ab Lübeck 4.20 Uhr. Gute Anschlüsse bestehen in Magdeburg von E 143, ab Hannover 6.08 Uhr, ab Braunschweig 7.18 Uhr abends. In Wittenberg trifft man 5.04, in München 8.05 Uhr morgens ein, wozuließ die gesamten Anschlüsse nach Oberbayern, Salzburg, Tirol, Italien, die München um 9 Uhr morgens bestanden, erreicht werden. Bestellungen für den Schlafwagen sind zweckmäßig an die Lauffartenführende Stelle, dem Magdeburger Verkehrsverein, Magdeburg, Breiter Weg 166, Telefon Nr. 1374, zu richten.

— Warum keine Einlösung der „Notgeldempfehlen“. Das Reichsgericht teilt jetzt die Begründung seines Urteils vom 20. Mai 1926 mit, in dem die Aufwertungsansprüche der Besitzer von Reichsbanknoten abgewiesen werden. Es heißt darin u. a., daß es sich bei den Banknoten nicht um sogenannte Goldobligationen handelt. Die frühere Einlösungspflicht sei lediglich für das Geldzeichen angeordnet gewesen und später beseitigt worden. Die Einlösungspflicht lasse sich nicht auf die bürgerlich-rechtliche Schuldverschreibung ausdehnen; das Zahlungsverprechen sei vielmehr, wenn es existiere, ein solches gewöhnlicher Art ohne Goldklausel. Die Frage, ob die Besitzer von alten Reichsbanknoten ein Recht auf Aufwertung haben, wird in der Begründung auch deshalb verneint, da weder nach den Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes, noch nach dem allgemeinen bürgerlichen Recht (§ 242 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) die Voraussetzungen einer Aufwertung gegeben seien. Bezüglich der viel erörterten rot abgestempelten Banknoten heißt es: „Keine Beachtung kann dem Umfang geschenkt werden, daß nach Kriegsende da und dort Gerüchte auftauchten, wonach es mit den rot abgestempelten Laufbanknoten eine besondere Bewandnis habe und ihnen ein besonderer Wert innewohne. Das Deutsche Reich hatte sich verpflichtet, die Noten, die während des Krieges im besetzten Gebiet mit Zwangsdruck in Verkehr gebracht worden waren, einzulösen, und dieser Umstand wurde von Unredlichen dazu benutzt, um im Inland Scheine aufzukaufen, sie nach Belgien zu bringen und von dort aus dem Reich zur Einlösung vorlegen zu lassen.“

Sozialdemokratische Partei.

Diebstahl Arbeiterwohlfahrt. Mit den Konzertprogrammen ist vor dem Konzert in der „Wilhelma“ abgerechnet. Abrechnung um 1/2 Uhr. Baden. Fette u. S. in u. am Montag den 5. Juli, nachmittags 2 Uhr, ab Fernverkehrsamt nach Baumgarten im „Stadtpark“.

Kammer-Lichtspiele

Größte und älteste Filmbühne.

Gute Sensationen, spannende Abenteuer und eine fesselnde Handlung bilden den Inhalt unseres neuesten Ellen-Nichter-Films



Schatten der Weltstadt

Regie: Dr. Will Wolf.
Der an dramatischen Spannungen reiche Film zeigt wahre Bilder aus dem Vespertempel der Weltstadt Venedig und gibt der Hauptdarstellerin Ellen Nichter die Möglichkeit, in der Rolle einer ungerechtfertigt verdächtigten Frau, ihr großes dramatisches Talent zu zeigen.

Bermödete junge Damen

Dieser orlativste Film zeigt die Verwandlung eines jungen Mädchens in eine Frau mit warmem Herzen. Norma Shearer spielt die Fraurolle, Jack Holt gibt den Mann.

Die neueste Deulig-Woche!

Beginn: Wochentags 4 Uhr — Sonntags 3 Uhr
Dienstags bis 5 Uhr: Kleine Preise.

Panorama-Lichtspiele

Hinaus in die Welt führt Sie der fühne Tom Mix

Tom im Damenstift

1000 Abenteuer laden, und alle besteht der bewegte Reiter Amerikas

Tom im Damenstift

Der aufsehenerregendste Film, den Tom Mix je geschaffen hat, heißt:

Tom im Damenstift

Verfümen Sie nicht

Tom Mix im Damenstift

Der: Der Klub der Harmlosen

Ein farbenprächtiges Kaleidoskop aus dem Nachleben New Yorks.

Die Deulig-Woche Nr. 27

Beginn: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Der Deulig-Palast

Die führende Filmbühne!

Heute nachm. 2 Uhr Heute nachm. 4 Uhr

Zum ersten Male

Vorführung unsers herrlichen Romanprogramms

Die Prinzessin und der Geiger

Nach dem Roman von Raymond Paton.

Personen:
Michael Walter Ailla
Prinzessin Marie Jane Novak
Die Großmutter Rosa Balletti
Kewinski Bernhard Göhde
Der Maler Fritz Alberti
Großfürst Paul Robert Scholz
Die Herzogin Dora Bergner.

— Ein zuherst fesselnder Film von Liebe und Leid. —

Frauen und Pferde

Die Züchtung einer modern. Widerspenstigen
In der Hauptrolle die unsern Besuchern bereits bekannte, entzückende
Eleanor Boardman.

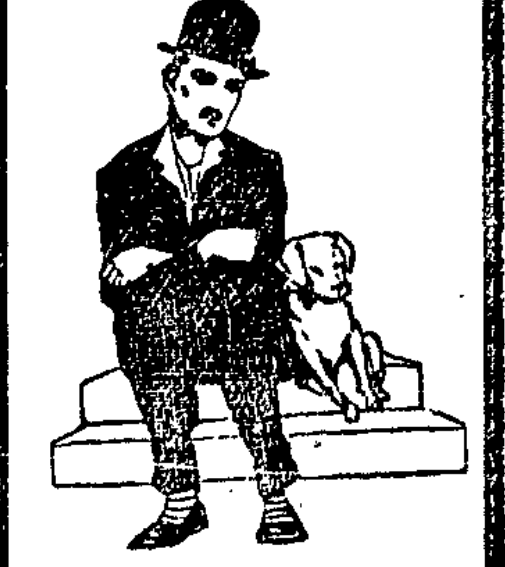
Die Deulig-Woche Nr. 27



Ab heute zeigen wir das fabelhafteste Programm des Jahres!

Charlie Chaplins

neuester Großfilm!



Ein Hundeleben

Sie werden noch mehr lachen als bei Goldrausch

Es gibt keinen Künstler, der wie Chaplin die Augen der Zuschauer vor Schaden tränen und vor Müdigkeit leicht schimmern läßt. Seine Kunst ist einzig. Jeder seiner Filme ruft in der Presse aller Länder weitläufige Erörterungen hervor.

Außerdem zeigen wir: Den deutschen Großfilm

Die vom andern Ufer

Hauptrollen: Bruno Kastner, Olaf Storm, Colette Brettl, Julie Serda, Herta von Walter

Ein erschütterndes Drama voll Kraft und Mächtigkeit! Man kann das Werk nur mit dem Film Die Herrschaften vergleichen.

Die Terra-Woche

Bis 5 Uhr kleine Preise.

Abfahrtsstelle Petri-See (Herren- & Damenbahnen).

Abfahrtsstelle Petri-See (Herren- & Damenbahnen).

Am Freitag den 2. Juli, nachmittags 2 Uhr, anlässlich des 25 jähr. Bestehens der Dampferlinie Magdeburg-Hohenwarthe mit dem neuesten und modernst eingerichteten Dampfer Magdeburg „MARKGRAF“
Große Jubiläumsfahrt mit Musik nach Hohenwarthe.
Dortselbst im „Elschlöbchen“ Konzert und Tanz.
Der Dampfer wird außerdem bis Leipzig fahren, wo vom Oberdeck des Dampfers aus die Bruchstelle des Damms zwischen Hohenwarthe und Leipzig zu sehen ist.
Fahrpreis: Hin und zurück Mk. 1.00, Kinder Mk. 0.50, unter 4 Jahren frei.
Rückfahrt von Hohenwarthe nachmittags 7 Uhr.
Am Sonntag den 11. Juli: Extrafahrt nach Hamburg.
(Näheres siehe Plakate und Sonntags-Palmar.)
Jeden Wochentag vorm. 8 Uhr u. nachm. 2 Uhr nach Hohenwarthe. Jeden Sonntag vorm. 7, 8, 10 u. nachm. 2, 3, 4 Uhr nach Hohenwarthe.
Tel. 371. Otto Krietsch, Schiffsahrtsgeschäft, Werftstr. 34.

Abfahrt über Strombrücke rechts Zitabelle.

Abfahrt über Strombrücke rechts Zitabelle.
Hochwasserfahrt mit Musif nach der Saalemündung (mit Einfahrt in die Saale)
Freitag den 2. Juli, nachm. 2 Uhr, Dampfer „Patriot“.
Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt Mk. 1. Kinder die Hälfte.
Große Extrafahrt nach Dessau (Anschluß n. Wörlitz)
Sonntag, 4. Juli, vorm. 6.30, ab Dessau 6.45 Uhr nachm. mit Schnelldampfer „Freiheit vom Stein“, 1005 Personen. — Musik an Bord! Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt Mk. 2.00, Kinder und Schüler die Hälfte.
Gustav Stahlberg Sandtorstraße Nr. 38 Fernsprecher Nr. 6434

Schauspiel-Verein Magdeburg (gegr. 1910)
Einladung
zu der am Sonnabend den 3. Juli, abends um 8 Uhr, stattfindenden
Dampferfahrt
mit dem Rheindampfer „Fehr“ vom Stein nach Hohenwarthe (Laudhaus).
Dabei Theater und Ball.
Nur Auführung gelangt „Der süße Schwimmer“, Schwan in 3 Akten v. Arnold u. Bach. Abfahrt pünktl. 8 Uhr abends ab Hohenwarthe, rechts d. Strombr. Fahrpreis m. Theater u. Ball Mk. 1.25. Karten an Bord zu haben.
Der Vorstand.

Hohenzollernpark.
Freitag 8.20 Uhr vorletztes Gastspiel Gesamt Ensemble des Fürstlichen Theaters. Beste Aufführung des Sensations-Erfolgs.
Solang beim Mütterlein noch lebt!
Schiffsaalweg e. Mutter b. Armenhaus Kleine Preise 50, 60, 85 Pf.
Sonnabend, 3. Juli — 8.20 Uhr
Abschieds-Gastspiel — Künstlerfest Der tolle Schwan in 3 Akten

Der Heiratschwinder
Darauf: Ball-Kabarett. Tanz-Kapelle.
The Darlington Dancing Band.
Vorverkauf: Blumenhandl. Habertin, Köhlerstr. 10, Bienecke, Breiter Weg Nr. 232, Post, Tischlerbrücke 8, und „Hohenzollern-Part“ (Telephon 1068).

Rein Saison-Ausverkauf!
aber trotzdem kaufen Sie
preiswert und gut
in
Frühmanns Etagegeschäft
Reichhaltige Auswahl in eleganter Herren- und Jünglings-Kleidung, Sportkleidung, Gummi-Lodenmänteln, gestreiften Hosen, Wasch- und Lüsterkleidung in nur primo Qualitäten und Verarbeitung
1 Posten blaue Klubanzüge in la. Sammgarnen
Ferner:
Frack-, Smoking-, Gehrock-, Cutaway- und Jacketanzüge fast neu u. chemisch gereinigt, von nur ersten Schneiderfirmen.
Frühmanns Etagegeschäft Breiter Weg 87, 1 Treppen, neben dem Pflanzosen.

Kleiderschränke
in allen Holzarten, lackiert und eicht von Mark **60** an
Jürgens & Co.
Nübel-Vertrieb Altes Zeughaus Domplatz, Steinladen, deshalb billige Preise.
Standesamtliche Nachrichten.
Magdeburg-Stadt.
Todesfälle. 29. Juni. Erb. Adolf Giesch, 55 J. Ullse geb. Günther, Ehefrau des Bürgermeisters Wilhelm Giesch, 82 J. Eisenbahn-Telegraphist Adolf Giesch, 82 J. Herr. Erb. Marie Longmuth geb. Bod, 58 J. Anneliese, 7. des Arztes Paul Adler, 5 W.
Todesfälle. 30. Juni. Emma geb. Ely, Ehefrau des Privatiers Julius Ely, 49 J. Arbeiter-Quartale Paul Lindstedt, 49 J. Werkzeugdreher Will Siefert, 28 J. Herr. Erb. Dorothee Wok geb. Säuberlich, 77 J. Edith, 7. des Bräuers Karl Winkler, 18 J. Ehef. 7. des Dreßers Fritz Lehmann, 14 J.

Ganze Bibliotheken
rebes Umfangs
Liefert anerkannt befriedigend
Buchhandlung Volksstimme.

Textbücher empfiehlt Buchhdlg. Volksstimme

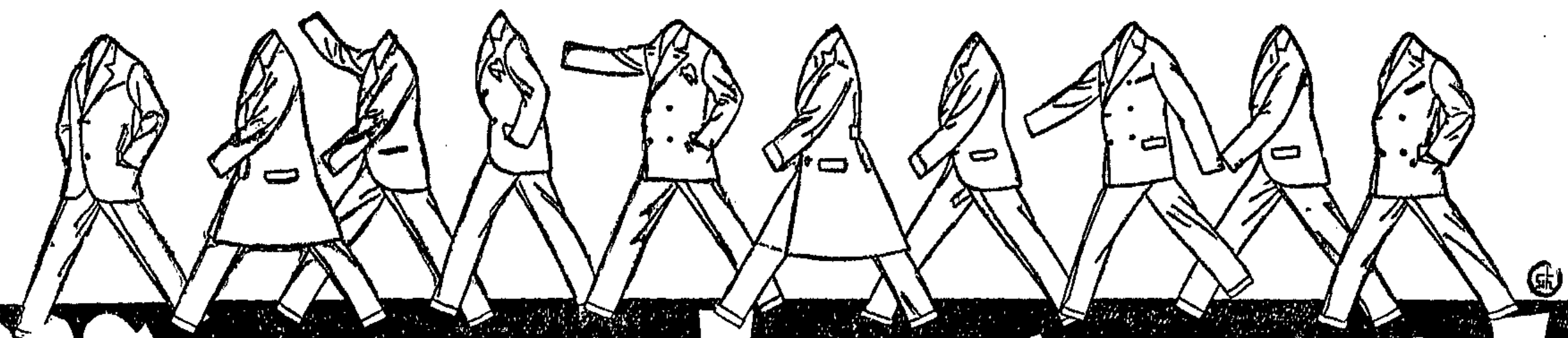
Sportwesten
6.90 Mk. 8.50 Mk. 11.75 Mk.
Strassenjaden — Rindersportwesten
19.75 Mk. 2.50 — 5.50 Mk.
Baumwollene Rinderweater
alle Größen 0.90 Mk.
Damenstrümpfe
Kunstseide 1.30 Mk.
Flor Waschseide
0.95 u. 1.60 Mk. 2.75 3.25 Mk.
Rindersöckchen
mit Woltrand,
Gr. 1 = 40 Pfg., um 5 Pfg. steigend.
Nur solange Vorrat.
Bolms & Hey

Viktoria-Theater
Freitag, den 2. Juli
Vor. 8. Ende 10 1/2 Uhr
2. Gastsp. „Die Gräfin“
Gva Bonheur
Ein behagl. Bühnen-
spiel von Hermann
Fellermann.
Gastspiel: or. et. c.
Sonnabend den 3. Juli
8 1/2 Uhr
Großreinemachen

Billige Möbel
Büffel . . . 180
Kreuz . . . 85
Tische von 22 an
Stühle von 5 an
Wischerst. . . 85
Schreibtisch . . 75
Kerzenzimmer-
Tisch . . . 50
Kleider-Schränke
von 55 an
Wahlstisch mit eht.
Wärmor . . 45
Nachtisch mit eht.
Wärmor . . 25
Wetten, kompl. mit
Kint. von 50 an
Küchenmöbel . . 40
in naturl. . . 115
Nachtisch . . 20
Sofa 30
Chaiselong. . . 30
Sämtl. Polstermöbel,
Komplette Garnituren
in Leder und Gobelin
äußerst preiswert im
Möbelgeschäft
Friedstraße 40.
Zahlungserleicht.
Unverb. Besuch erb.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster
Saison-Ausverkauf
Beginn: Donnerstag den 1. Juli
Bedeutende Preisherabsetzungen
für Waschstoffe — Musseline — Waschseide — Trikotagen
Wäschestoffe — Bettwäsche — Oberhemden — Damen-Wäsche
Schürzen — Knaben-Waschkonfektion
Damen- und Mädchen-Konfektion
Rudolf Broetje
Jakobstraße, Ecke Peterstraße
Sie kaufen jetzt am billigsten

Unser Großer Saison-Ausverkauf



Waren heraus!

Trotz der billigen Preise verkaufen wir auf Teilzahlung!

Anzüge früher 38, jetzt 29 Mk.
 Anzüge früher 48, jetzt 36 Mk.
 Anzüge früher 58, jetzt 49 Mk.
 Anzüge früher 68, jetzt 56 Mk.

Franz Mehnert
 G M B H

Anzüge früher 72, jetzt 65 Mk.
 Anzüge früher 78, jetzt 69 Mk.
 Anzüge früher 84, jetzt 78 Mk.
 Uebergangsmäntel früher 68, jetzt 52 Mk.

Magdeburg, Breiter Weg 10, 1 Treppe (Engpaß).



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Schönebeck.

Voranzeige.
 Am Sonntag den 11. Juli, von nachm. 2 Uhr an, in
 sämtlichen Räumen des Stadtparks

Gr. Wiener Braterfest

Konzert im festlich dekorierten Garten.
 Im groß Saale: Donauweibchen-Orchester Wiener Blat
 Auf dem Sportplatz und in allen Räumen Volkskinder-
 fest mit Aufführungen, Loosziehungen, Wurstschoppen,
 Karussell, Musikbahn, Ruderbuben, Glücksrad, Sach-
 tabinet, Spielkasten, Schießstände mit rollendem Schi-
 Wiberhall Aufmarsch der Großdeutschen Wiener
 Jugendgruppe in Nationaltracht. Einzug des
 Reichsbanners um 3 Uhr ins Festlokal vom Vereins-
 lokal aus. Aufmachung u. Dekoration Wiener Art.
 Arbeitsloie Reichsbanner-Kamraden entnehmen ihre
 Eintrittskarte von ihren Kameradschaftsführern.
 Ausweis ist vorzulegen.
 Reichsbanner-Kamraden, Republikaner, Männer
 und Frauen! Das Komitee scheut weder Kosten noch
 Mühe, um unter fest als Volksfest wirken zu lassen.
 Es ladet herzlich ein Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
 Das Festkomitee.
 Eintritt 50 Pf., Kinder 10 Pf., Kinder ohne Begleitung
 der Eltern freien Zutritt

OBERSKY'S



Saison Ausverkauf

2. bis 15. Juli

PREISE BIS
50%
 HERABGESETZT

Häftartikel, moderne Formen — Drill und Jacquard —
 M. 2.15, 3.00, 3.35, 4.50 und eleg.
 Elast. „Dry“ Hüftformer, bewährte Figurenverbesserer,
 für Sport und Tanz M. 5.00, 6.50, 7.00 u. eleg.
 Obersky Büstenhalter, neueste Modelle, M. 0.75, 1.25,
 1.50, 2.10 u. eleg.
 Obersky Boy Corset (Corselette), hervorragender Sitz,
 M. 12.50, 15.00, 23.00.
 Obersky Corsets für Schlanke und Starke, in Aus-
 führung und Sitz vorzüglich, M. 1.45, 1.95, 2.90, 3.85
 bis zu den elegantesten.
 Unsere Novität für 1926 „Quadruplet“ D. R. G. M.,
 in 3 Spezialausführungen, vereint Büstenhalter,
 Hüftformer, Haltergürtel und Hemdhose, M. 35.00,
 50.00, 75.00.
 Ein grosser Posten Hüftformer und Corselettes,
 etwas angestaubt, aussergewöhnlich billig.

Obersky Damen-Wäsche
 Taghemden mit Stickerel M. 1.95,
 2.15, 3.25 u. eleg.
 Garnituren mit Stickerel M. 4.95,
 5.85 u. eleg., mit feinsten Hand-
 arbeit von M. 8.95 an.
 Nachthemden mit Stickerel von
 M. 4.95 an, mit feinsten Handarbeit
 von M. 7.95 an.
 Prinzessröcke in Batist und Opal von
 M. 5.50 an, in Kunstseide v. M. 2.75 an.
 Kombinationen in Crepe de Chine, reich
 mit Spitze und Handarbeit garniert
 M. 13.50, 18.25, 24.00, in Kunstseide M. 2.45,
 4.95, elegant mit Spitze garniert M. 6.95.

Alte Ulrichstraße Nr. 18

Zentraltheater

Direktion: Walter Steinert
 Täglich 8 Uhr:
Der Alte Dessauer
 Fortsetzung der Operette „Anneliese
 von Dessau“
Billige Sommerpreise!
 Sonntags zwei Vorstellungen
 nachmittags 4 Uhr (keine Preise) und
 abends 8 Uhr

DIE AUSSTELLUNG BRENT AM SONNTAG

nachmittags 5 Uhr, ein japanisches
 Tagesfeuerwerk und
 abends 9^{1/2} Uhr ein Riesen-Nacht-
 feuerwerk ab unter Leitung der be-
 kannten

GEBR. PINTO

GARTENKONZERT

Ab 3 Uhr nachmittags großes
 Eintritt: 9 bis 1 Uhr gewöhnl Preise
 ab 1 Uhr Erwachsene Mk. 1.—
 Kinder Mk. 0.50, Vorzugskarten Mk.
 0.40 Zuschlag, Freieinführung von
 Kindern aufgehoben.

INDIENSCHAU

große Vorstellungen um 11^{1/2} Uhr
 vorm. und 2, 4, 6 und 8 Uhr nachm.

Großer Hofjäger Großer Saal

Ab Sonntag den 4. Juli,
 täglich abends 8 Uhr
Große Sonder-Gastspiele
 Die beliebtesten und einzig bestehenden
**Leipziger
 Geidel-Gänger**
 Das glänzende Eröffnungs-
 programm.
 Kleine Preise.

Gardelegen Gardelegen

Einladung zum Fünften Stiftungsfest

des
Arbeit.-Radfahrervereins Guelweiß Gardelegen
 (Mitglied des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität).
Programm am Sonntag den 4. Juli
 1 Uhr morgens: Start zum 50-Kilometer-Straßenrennen auf
 der Kloster-Chaussee.
 2 Uhr nachmittags: Auftreten zum Korsofahren am „Eiboll“.
 4 bis 7 Uhr nachmittags: Gartenkonzert und Fußball
 8 bis 9 abends: Bühnen-Rennen Colbis und Gardelegen
 2x10 km Stierzu Harten für Colbis Otto Sommer (Gardun-
 meister), Ernst Möber, Heinrich Lauerbach; für Gardelegen
 Richard Voigt, Max Wernecke, Wilm Jürgen.
 10 bis 11 Uhr nachts: Fußball.

Gardelegen. Gardelegen. Lichtspiele Neue Welt

Von Freitag den 2. Juli
 bis Montag den 5. Juli,
 abends 8^{1/2} Uhr. Auch Sonntag nachmittag 4^{1/2} Uhr.
 1. Die Sirene von Sevilla. 7 Akte u. Stierkämpfern
 und schönen Frauen
 2. Gemütliche Nachbarn. Eine Groteske in
 3 Akten
 3. Konstantinopel, die Stadt d. 1000 Türme.
 4. Ufa-Bohnenchau.

Wer wandern will

1 Mk. 28 Ausflüge in Magdeburgs
 Umgebung — Viele Karten 1 Mk.
Buchhandlung Volksstimme.

Empfehle den werthen Herrschaften sowie Vereinen und Klubs meine **Omnibusse**

Beförderung bis zu 100 Personen.
 Hochachtungsvoll
Albert Peyerling, Fuhrwesen
 Tel. Stephan 41097 Groß-Döbbersleben